



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

3

Voranschlag

Zusatzerläuterungen
und Statistik

2015

Impressum

Redaktion

Eidg. Finanzverwaltung
Internet: www.efv.admin.ch

Vertrieb

BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3003 Bern
www.bbl.admin.ch/bundespublikationen
Art.-Nr. 601.200.15d

INHALTSÜBERSICHT

Band 1 Bericht zum Voranschlag

Kommentar zum Voranschlag

Voranschlag

Kennzahlen des Bundes

Entwurf zum Bundesbeschluss über den Voranschlag für das Jahr 2015

Band 2A Voranschlag der Verwaltungseinheiten – Zahlen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Band 2B Voranschlag der Verwaltungseinheiten – Begründungen

Voranschlagskredite und Ertragspositionen

Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen

Zusätzliche Informationen zu den Krediten

Band 3 Zusatzerläuterungen und Statistik

Zusatzerläuterungen

Statistik

Band 4 Sonderrechnungen

Fonds für die Eisenbahngrossprojekte

Infrastrukturfonds

Bereich der Eidgenössischen Technischen Hochschulen

Eidgenössische Alkoholverwaltung

Band 5 Finanzplan 2016–2018

Zahlen im Überblick

Kommentar zum Finanzplan 2016–2018

Finanzplan 2016–2018

Anhang

Aufbau der Finanzberichterstattung

Band 1 informiert in konzentrierter Form über die finanzielle Lage des Bundeshaushalts. Der Anhang liefert wesentliche Zusatzinformationen für die Beurteilung der Zahlen.

In *Band 2* werden alle Informationen im Zusammenhang mit den Voranschlagskrediten und Ertrags- bzw. Einnahmenpositionen ausgewiesen. Im Unterschied zu den Bänden 1 und 3 sind in den Zahlen die Aufwände und Erträge aus der Leistungsverrechnung zwischen den Verwaltungseinheiten enthalten. Band 2A enthält die Zahlen, Band 2B die Begründungen.

Band 3 geht im Kapitel «Zusatzerläuterungen» vertiefend auf einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen ein, zeigt Sensitivitätsanalysen für unterschiedliche Konjunkturszenarien

und erläutert Querschnittsfunktionen (u.a. Personal, Investitionen, Informations- und Kommunikationstechnologien, Bundestresorerie, FLAG-Steuerung und Leistungsverrechnung). Der Statistikeil zeigt detaillierte Finanzinformationen im Mehrjahresvergleich.

Band 4 enthält die Sonderrechnungen, welche ausserhalb der Bundesrechnung (Bände 1–3) geführt werden.

Band 5 zeigt die Entwicklung des Haushalts in den Finanzplanjahren. Die wesentlichen Aussagen finden sich im eigentlichen Berichtsteil. Der Anhang enthält weitergehende Informationen mit standardisierten Übersichten der wichtigsten Einnahmen und Aufgabengebiete.

Zusatzerläuterungen und Statistik

Seite

Zusatzerläuterungen		7
1	Zusätzliche Erläuterungen zu ausgewählten Einnahmen	9
11	Direkte Bundessteuer	11
12	Verrechnungssteuer	13
13	Stempelabgaben	15
14	Mehrwertsteuer	17
15	Mineralölsteuer	19
16	Schätzung der Gewinnsteuer	21
2	Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	23
21	Soziale Wohlfahrt	25
22	Finanzen und Steuern	27
23	Verkehr	29
24	Bildung und Forschung	31
25	Landesverteidigung	33
26	Landwirtschaft und Ernährung	34
27	Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit	35
28	Übrige Aufgabengebiete	36
3	Haushaltsrisiken/Alternativszenarien	37
31	Haushaltsrisiken	37
32	Alternativszenarien	40
4	Querschnittsthemen	43
41	Personal	43
42	Investitionen	45
43	Informations- und Kommunikationstechnologien IKT	48
44	Beratung und Auftragsforschung	50
45	Bundestresorerie	51
46	Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG	52
47	Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung	54
48	Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten	57
Statistik		59
A	Übersicht	61
A01	Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)	61
A02	Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)	62
A03	Vorgaben der Schuldenbremse	63
B	Finanzierungsrechnung	65
	Einnahmen nach Kontengruppen	
B11	Einnahmen nach Kontengruppen	65
B12	Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen	66
B13	Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen	67
	Ausgaben nach Kontengruppen	
B21	Ausgaben nach Kontengruppen	68
B22	Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen	70
B23	Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen	71

	Seite
Ausgaben nach Aufgabengebieten	
B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten	72
B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten	74
B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten	75
B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2015/2014	76
Ausgaben und Einnahmen zweckgebundener Fonds	
B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	78
B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital	80
B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr	81
C Erfolgsrechnung	83
C01 Ertrag nach Kontengruppen	83
C02 Aufwand nach Kontengruppen	84
C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	86
C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen	87
C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2015/2014	88

ZUSATZERLÄUTERUNGEN

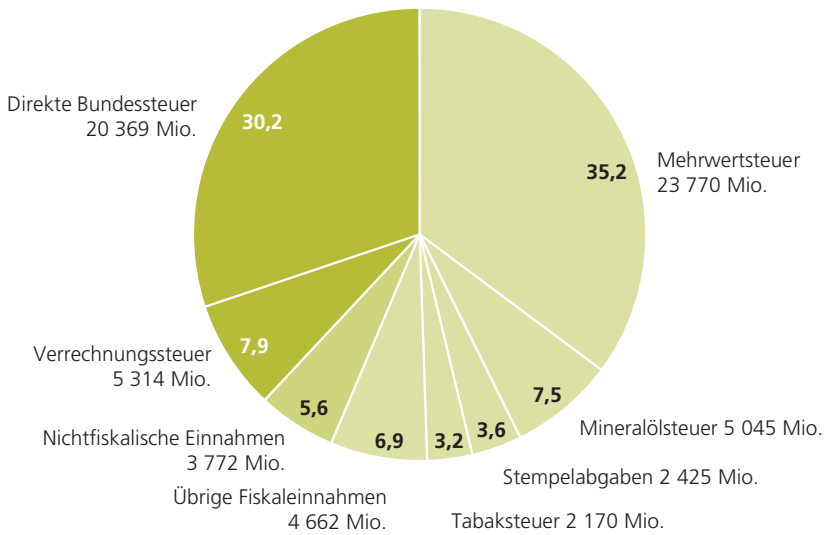


Der Voranschlag 2015 sieht Einnahmen von 67,5 Milliarden vor. Das Wachstum gegenüber der Schätzung 2014 (Basis für den Voranschlag 2015) beträgt 4 Prozent und ist damit höher als beim nominellen BIP (3,1 %). Haupttreiber des Wachstums sind die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer. Zusammen genommen sind diese beiden Steuern nicht mehr weit von einem Anteil von zwei Dritteln der Gesamteinnahmen entfernt.

Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Ordentliche Einnahmen	65 032	66 245	67 527	1 282	1,9
Fiskaleinnahmen	60 838	62 270	63 755	1 485	2,4
Direkte Bundessteuer	18 353	20 113	20 369	256	1,3
Verrechnungssteuer	5 942	4 837	5 314	477	9,9
Stempelabgaben	2 143	2 300	2 425	125	5,4
Mehrwertsteuer	22 561	22 960	23 770	810	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 414	7 480	7 328	-152	-2,0
Mineralölsteuer	5 005	4 980	5 045	65	1,3
Tabaksteuer	2 295	2 387	2 170	-217	-9,1
Biersteuer	113	113	113	0	0,0
Verkehrsabgaben	2 242	2 273	2 290	17	0,7
Automobilsteuer	369	410	390	-20	-4,9
Nationalstrassenabgabe	356	363	370	7	1,9
Schwerverkehrsabgabe	1 517	1 500	1 530	30	2,0
Zölle	1 059	990	950	-40	-4,0
Spielbankenabgabe	308	350	300	-50	-14,3
Lenkungsabgaben	816	964	1 006	42	4,4
Übrige Fiskaleinnahmen	-	3	3	0	0,0
Regalien und Konzessionen	922	899	677	-222	-24,7
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	242	244	241	-3	-1,1
Gewinnausschüttung SNB	333	333	167	-167	-50,0
Zunahme des Münzumsatzes	93	92	67	-24	-26,4
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	220	209	180	-29	-13,8
Übrige Regalien und Konzessionen	34	21	22	1	3,3
Finanzeinnahmen	1 179	1 115	1 047	-68	-6,1
Zinseinnahmen	237	251	243	-8	-3,2
Beteiligungseinnahmen	853	864	804	-60	-6,9
Übrige Finanzeinnahmen	88	1	1	0	-3,5
Übrige laufende Einnahmen	1 806	1 772	1 838	66	3,7
Entgelte	1 331	1 326	1 322	-4	-0,3
Wehrpflichtersatzabgabe	163	165	165	0	0,0
Gebühren	252	248	249	2	0,7
Rückerstattungen	134	124	120	-4	-3,0
EU Zinsbesteuerung	139	141	118	-23	-16,0
Übrige Entgelte	643	650	670	20	3,1
Verschiedene Einnahmen	475	446	516	70	15,7
Investitionseinnahmen	286	189	209	20	10,7

Einnahmen 2015 Anteile in %
Ordentliche Einnahmen



Der kumulierte Anteil der Einnahmen aus der Mehrwertsteuer und der direkten Bundessteuer wächst weiter an und nähert sich der Zweidrittel-Marke. Diese Entwicklung beruht zur Hauptsache auf der Zunahme bei den Erträgen aus der Mehrwertsteuer, deren Anteil im Vergleich zum Vorjahresbudget um 0,5 Prozentpunkte steigt.

11 Direkte Bundessteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Direkte Bundessteuer	18 353	20 113	20 369	256	1,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	28,2	30,4	30,2		
Steuer auf Reingewinn juristischer Personen	8 769	9 530	9 821	291	3,1
Steuer auf Einkommen natürlicher Personen	9 734	10 763	10 708	-55	-0,5
Pauschale Steueranrechnung	-151	-180	-160	20	11,1

Die direkte Bundessteuer wird auf dem Einkommen natürlicher Personen sowie auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Bei der Schätzung der Einnahmen der natürlichen Personen werden die prognostizierten Einkommen der Haushalte als Grundlage verwendet, bei den juristischen Personen die geschätzten steuerbaren Unternehmensgewinne. In beiden Fällen muss auch die zeitliche Verzögerung berücksichtigt werden, die sich aus dem Veranlagungs- und Bezugsverfahren ergibt.

Das Voranschlagsjahr 2015 ist das «Hauptfälligkeitsjahr» der Steuerperiode 2014: Auf dem im Jahr 2014 erwirtschafteten Einkommen oder Gewinn werden die Steuern im Jahr 2015 fällig.

Veranlagungsverfahren

Im Frühjahr 2015 wird grundsätzlich die Steuerschuld für die abgelaufene Steuerperiode 2014 erstmals in Rechnung gestellt (vgl. Schema). Diese Rechnung beruht jedoch noch auf einer provisorischen Veranlagung, in der Regel gestützt auf die Steuererklärung des Vorjahres (2013). Die Steuerpflichtigen können aber der Steuerbehörde Änderungen in ihrer Einkommenssituation frühzeitig melden, damit dies bei der provisorischen Veranlagung berücksichtigt wird. Das Veranlagungs- und Bezugsverfahren führt zu einer effektiven Verzögerung von mindestens ein bis zwei Jahren zwischen der Erwirtschaftung eines Einkommens oder Unternehmensgewinns durch den Steuerpflichtigen und der Verbuchung einer daraus entstehenden Einnahme durch den Bund.

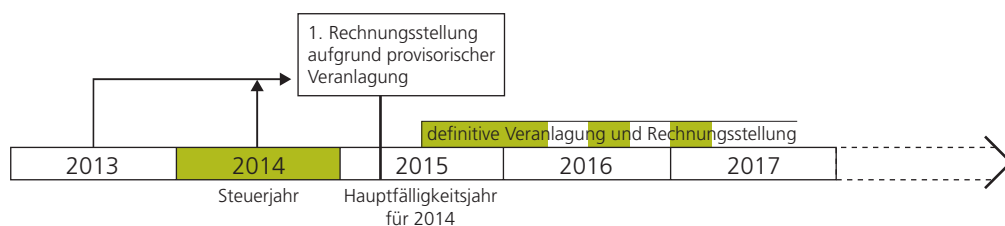
Zahlungen können sich über mehrere Jahre erstrecken und führen somit beim Bund auch zu «Eingängen aus früheren Perioden». Die definitive Veranlagung für das Steuerjahr 2014 liegt auch bei der Fälligkeit der Steuerschuld des darauf folgenden Steuerjahres 2015 (per 31.3.2016) nicht in jedem Fall vor; im nachfolgenden Schema ist dies durch die zeitliche Streckung der Zeitspanne für die definitive Veranlagung dargestellt.

Der Bund vereinnahmt auch «vorzeitig fällige Beträge», z.B. in Form von Quellensteuern oder ratenweisen Vorauszahlungen. Die Bedeutung der bereits frühzeitig entrichteten Steuern hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dafür verantwortlich ist der vermehrte Einsatz der ratenweisen Vorauszahlungen in den Kantonen. Dadurch erhalten die Steuerpflichtigen die Möglichkeit (es besteht kein Zwang), ihre Steuerrechnung für ein bestimmtes Steuerjahr bereits im selben Kalenderjahr und zudem in Raten zu begleichen. Das System der ratenweisen Vorauszahlung bei der Bundessteuer wurde bis anhin in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg sowie im Kanton Jura eingeführt. In der Folge hat sich die beschriebene Verzögerung beim Veranlagungs- und Bezugsverfahren in den letzten Jahren deutlich verkürzt.

Budget 2015

Im Voranschlag 2015 wird insgesamt mit Einnahmen aus der direkten Bundessteuer von 20,4 Milliarden gerechnet. Dies entspricht – im Vergleich zu den erwarteten Einnahmen für das

Direkte Bundessteuer: Veranlagungsverfahren



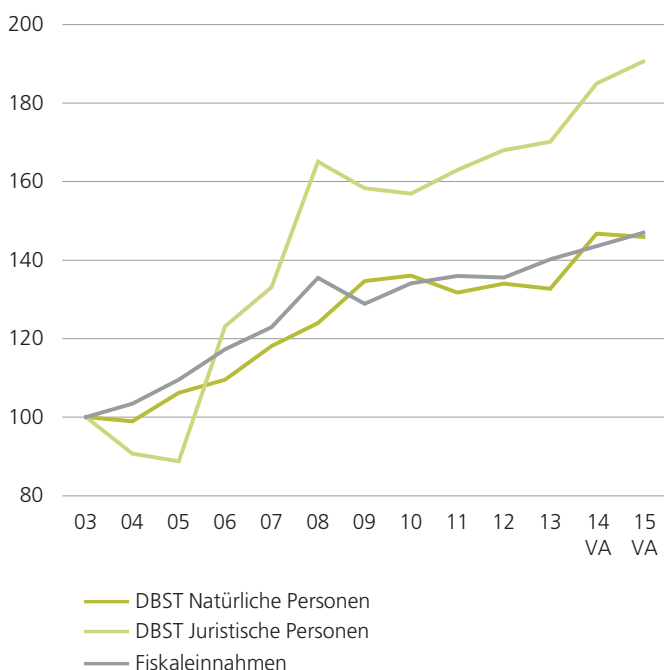
Die provisorische Veranlagung erfolgt zum Grossteil noch aufgrund der Angaben über die Einkommenslage von 2013. Die Steuererklärung über die im Jahr 2014 erwirtschafteten Einkommen wird erst im späteren Verlauf von 2015 (oder im Jahr 2016) ausgewertet.

Jahr 2014 (19,3 Mrd. gemäss Mai-Schätzung) – einem Wachstum von 5,6 Prozent. Dieses Wachstum wird getragen durch die Einnahmen aus dem Hauptfälligkeitssjahr (+7,4%) sowie den vorzeitig fälligen Beträgen (+7,5 %). Rückläufig entwickeln sich hingegen die Einnahmen aus früheren Steuerperioden (-3,3 %).

Die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer stehen dem Bund nicht vollumfänglich zur Verfügung. 17 Prozent oder rund 3,5 Milliarden der gesamten Erträge der natürlichen und juristischen Personen, vor Abzug der pauschalen Steueranrechnung (180 Mio.), gehen an die Kantone.

Direkte Bundessteuer

Indexiert; 2003=100



Die Gewinnsteuern der juristischen Personen haben sich in den letzten Jahren noch dynamischer entwickelt als die Einkommenssteuern der natürlichen Personen. Entsprechend machen die Gewinnsteuern mittlerweile 47 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer aus. Diese weist insgesamt eine – im Vergleich zu den gesamten Fiskaleinnahmen – ausgesprochen dynamische Entwicklung auf.

12 Verrechnungssteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Verrechnungssteuer	5 942	4 837	5 314	477	9,9
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	9,1	7,3	7,9		
Verrechnungssteuer (Schweiz)	5 920	4 825	5 300	475	9,8
Steuerrückbehalt USA	22	12	14	2	16,7

Seit dem Voranschlag 2012 wird der Ertrag mit der exponentiellen Glättungsmethode geschätzt, die angesichts der letzten Ergebnisse geeigneter scheint. Nach diesen Berechnungen belaufen sich die geglätteten Einnamenschätzungen für das laufende Jahr 2014 auf 5,175 Milliarden anstelle der 4,825 Milliarden im Budget. Die Differenz ist darauf zurückzuführen, dass die Schätzung das hohe Niveau berücksichtigt, das 2013 erreicht wurde und das bei der Erstellung des Voranschlags 2014 noch nicht bekannt war. Die Glättung der aktuell bekannten Werte für 2015 ergibt 5,3 Milliarden und entspricht damit der steigenden Grundtendenz der letzten Jahre.

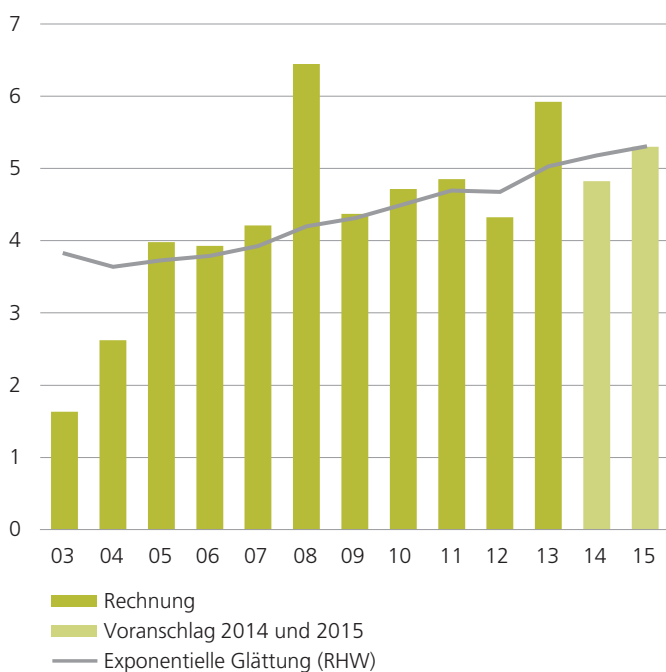
Inadäquate Punktschätzung

Die Gründe, weshalb seit Jahren auf eine punktuelle Schätzung verzichtet wurde, treffen angesichts der Besonderheiten der Verrechnungssteuer und der Anforderungen der Schuldenbremse immer noch zu.

- Erstens ist immer noch sehr unsicher, wie hoch der Verrechnungssteuerertrag für ein bestimmtes Jahr ausfallen wird. Die Eingänge waren auch in den vergangenen Jahren sehr volatil. Nachdem sie 2011 bei knapp 4,9 Milliarden lagen, sanken sie im Jahr darauf auf 4,3 Milliarden, um dann 2013 auf 5,9 Milliarden (ohne Debitorenverluste) anzusteigen.

Verrechnungssteuer in Mrd.

Voranschlag und Rechnung nach Methode Holt-Winters (RHW)



Das hohe Niveau des Ergebnisses 2013 zieht einen Anstieg der RHW-Kurve der geglätteten Werte nach sich. Für 2014 liegt der geglättete Wert damit über dem in der Fortführung des tiefen Niveaus 2012 erstellten Budgetwert 2014.

- Zweitens erweist sich die Volatilität dieser Steuer im Kontext der Schuldenbremse als problematisch, weil die höchstzulässigen Ausgaben direkt vom Einnahmenniveau abhängen, das um den Faktor k korrigiert wird (vgl. Band 1, Ziff. 22). Der Faktor k vermag die starken Schwankungen der Verrechnungssteuer jedoch nicht auszugleichen, weil er nur konjunkturell bedingte Schwankungen vermindern kann. Es braucht demnach eine glättende Schätzmethode, um zu vermeiden, dass sich die starken Schwankungen dieser Steuer in den jährlichen Ausgaben niederschlagen.

Schätzung mit exponentieller Glättung

Seit dem Voranschlag 2012 fiel die Wahl auf eine robuste Variante der Holt-Winters-Methode (RHW), denn sie bietet folgende Vorteile:

- Zunächst erlaubt die gewählte Methode eine Begrenzung des Einflusses der sogenannten Ausreisser, welche die ganze Prognose verfälschen. Der jährliche Ertrag der Verrechnungssteuer weist effektiv extreme Werte innerhalb einer Spannweite von 853 Millionen im Jahr 2001 und 6,4 Milliarden im Jahr 2008 auf. Deswegen braucht es eine spezifische Glättungstechnik wie diejenige, die bei der Holt-Winters-Methode verwendet wird. So kann trotz der grossen Volatilität des Ertrags der Verrechnungssteuer eine «robuste» Prognose erstellt werden. Damit lassen sich in Zukunft bedeutende jährliche Schwankungen der veranschlagten Einnahmen und eine damit einhergehende, durch die Vorgaben der Schuldenbremse bedingte inadäquate Ausgabenpolitik verhindern.
- Zudem nimmt diese Methode eine exponentielle Glättung vor, welche die jüngsten Ergebnisse stärker gewichtet als die weiter zurückliegenden. Mit anderen Worten beruht die Prognose auf dem Prinzip, den Ergebnissen umso weniger Einfluss einzuräumen, je älter sie sind. Dieser Einfluss nimmt exponentiell ab. Konkret ist eine Schätzung, die mit Hilfe einer solchen Glättungstechnik erstellt wurde, reaktiver als eine Schätzung, die auf einem arithmetischen Mittel oder einem mobilen Durchschnitt beruht. Sie eignet sich deshalb besser für die Einschätzung zukünftiger Entwicklungen einer Einnahme, deren Ertragsniveau manchmal brüskten Schwankungen oder sogar plötzlichen Trendwenden unterliegt.

- Die Holt-Winters-Methode erlaubt schliesslich die Berücksichtigung eines allfälligen Trendeffekts. Die in den vergangenen Jahren beobachtete Ertragsentwicklung bei der Verrechnungssteuer lässt auf eine steigende Grundtendenz schliessen, die in der Schätzung berücksichtigt werden sollte.

Konfiguration der Schätzung

Um trotz der starken Schwankungen der Ergebnisse von Jahr zu Jahr eine gewisse Stabilität des geschätzten Trends sicherzustellen, erstreckt sich die Schätzperiode über einen langen Zeitraum von 1969 bis zum letzten bekannten Jahr 2013.

Für 2015 besteht die die Prognose für das letzte bekannte Jahr aus dem geglätteten Wert, der mit der Holt-Winters-Methode errechnet wurde (d.h. knapp 5,0 Mrd. für 2013), plus einem Betrag für die Jahre 2014 und 2015, der der geschätzten jährlichen Zunahme entspricht. Da die Glättung gestützt auf die aktuellen Daten eine jährliche Zunahme von rund 2,9 Prozent ergibt, berücksichtigt die Schätzung für 2015 eine Zunahme von rund 150 Millionen (siehe Grafik).

Das so errechnete Ergebnis wird in der Regel nicht korrigiert, um den für die nächsten Jahre erwarteten Auswirkungen allfälliger Sonderfaktoren Rechnung zu tragen. Jeder Einzelfaktor ist damit nur noch einer von vielen Sonderfaktoren, welche oft nicht voraussehbar sind. Zwar mag sich ihre jeweilige Auswirkung im Nachhinein als bedeutsam erweisen, doch im Voraus ist sie kaum quantifizierbar. Hingegen werden die Sonderfaktoren wegen der Aktualisierung der für die Berechnung benützten Zeitreihe gleich nach Bekanntgabe eines neuen Jahresergebnisses die zukünftigen Schätzungen sukzessive beeinflussen.

13 Stempelabgaben

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Stempelabgaben	2 143	2 300	2 425	125	5,4
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	3,3	3,5	3,6		
Emissionsabgabe	182	220	220	0	0,0
Umsatzabgabe	1 262	1 390	1 500	110	7,9
Inländische Wertpapiere	174	210	215	5	2,4
Ausländische Wertpapiere	1 088	1 180	1 285	105	8,9
Prämienquittungsstempel und Übrige	700	690	705	15	2,2

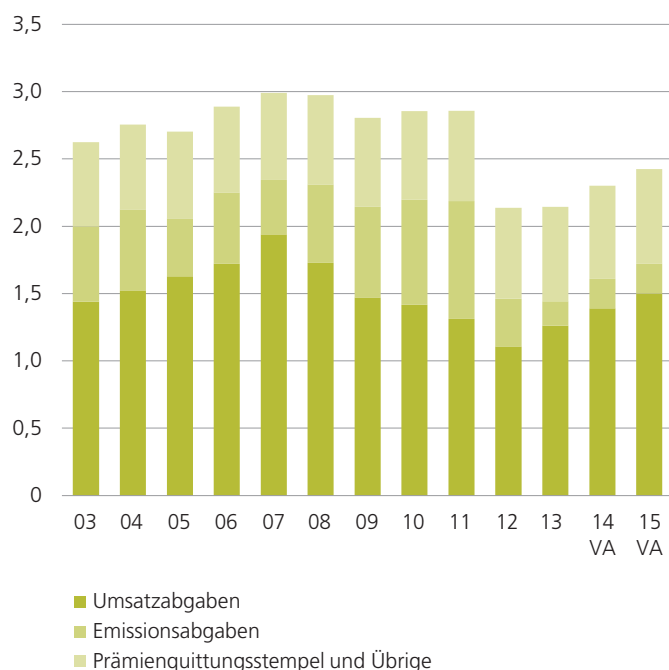
Die Stempelabgaben werden erhoben auf der Emission von Aktien und anderen inländischen Beteiligungsrechten, auf dem Handel mit in- und ausländischen Wertpapieren sowie auf bestimmten Versicherungsprämien. Die Einnahmen schwankten in den vergangenen Jahren stark. Beeinflusst werden sie insbesondere von der Konjunkturentwicklung im In- und Ausland, vor allem von der Zahl neuer oder expandierender Gesellschaften sowie in noch grösserem Ausmass von der äusserst volatilen Entwicklung des Börsengeschehens. Ausserdem wurde die Emissionsabgabe auf der Emission von Fremdkapital im Rahmen der neuen Grossbankenregelung «too big to fail» per 1. März 2012 aufgehoben.

Emissionsabgabe

Seit dem Inkrafttreten der oben genannten Massnahme wird die Emissionsabgabe ausschliesslich auf der Schaffung von Eigenkapital, d.h. im Wesentlichen Aktienkapital, erhoben.

Nach der Schätzung für 2014 liegt der Ertrag unter dem budgetierten Wert; ein Zeichen für eine unter den Erwartungen liegende Entwicklung bei der von Firmengründungen und dem Refinanzierungsbedarf bestehender Firmen abhängigen Schaffung von Eigenkapital. Die Aussicht auf die baldige Abschaffung dieser Abgabe hat zur Folge, dass die Unternehmen eine allfällige Kapitalisierung oder Rekapitalisierung soweit wie möglich hinausschieben. Dies erklärt auch teilweise den gegenüber dem Vorjahr stagnierenden Budgetwert 2015.

Stempelabgaben in Mrd.



Die Entwicklung der Stempelabgaben ist in erster Linie durch die Umsatzabgabe geprägt. Im Zuge der 2007 ausgebrochenen Finanzkrise nahmen die Einnahmen in diesem Sektor allmählich ab; 2013 und 2014 zeichnete sich eine leichte Erholung ab, die sich 2015 fortsetzen dürfte.

Umsatzabgabe

Die Umsatzabgabe wird zum grössten Teil auf den Börsengeschäften erhoben. Ihr Ertrag unterliegt somit den Schwankungen der Aktienmärkte. Ausserdem ist sie den Folgen der Strukturanpassungen im Angebot an Finanzprodukten und in den Anlagestrategien der Investoren ausgesetzt. Diese Auswirkungen sind naturgemäss kaum quantifizierbar.

Über 80 Prozent des Ertrags aus den Umsatzabgaben entfallen auf Börsengeschäfte mit ausländischen Wertpapieren, der Rest entfällt auf den Handel mit inländischen Titeln. Die dem Voranschlag 2014 zugrundeliegende günstige Entwicklung der Börsenmärkte scheint sich zu bestätigen und dürfte auch nächstes Jahr anhalten. Deshalb wird 2015 erneut von einem Anstieg der Einnahmen aus der Umsatzabgabe ausgegangen.

Prämienquittungsstempel

Die Einnahmen aus dem Prämienquittungsstempel stiegen in den letzten Jahren insgesamt kaum. Für 2014 wird von der Annahme ausgegangen, dass sich die Zunahme der Prämienquittungsstempel der verschiedenen Versicherungskategorien, einschliesslich der Lebensversicherungen, im bisherigen moderaten Rhythmus fortsetzen wird. Die Gesamteinnahmen dürften insgesamt etwas über dem für 2014 budgetierten Wert (+15 Mio.) zu liegen kommen.

14 Mehrwertsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Mehrwertsteuer	22 561	22 960	23 770	810	3,5
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	34,7	34,7	35,2		
Allgemeine Bundesmittel	17 389	17 690	18 320	630	3,6
Zweckgebundene Mittel	5 172	5 270	5 450	180	3,4
Krankenversicherung 5%	915	930	960	30	3,2
MWST-Prozent für die AHV (83%)	2 337	2 380	2 470	90	3,8
Bundesanteil am AHV-Prozent (17%)	479	490	500	10	2,0
MWST-Zuschlag 0.4% für die IV	1 126	1 150	1 190	40	3,5
Finanzierung Bahninfrastruktur	315	320	330	10	3,1

Der Mehrwertsteuer unterliegen Lieferungen von Gegenständen und Dienstleistungen, die ein Unternehmen im Inland gegen Entgelt erbringt (einschliesslich Eigenverbrauch), sowie die Einfuhr von Gegenständen und der Bezug von Dienstleistungen von Unternehmen mit Sitz im Ausland. Abrechnungspflichtig sind grundsätzlich selbständige Leistungserbringer, die einen Umsatz von jährlich mehr als 100 000 Franken aus steuerbaren Leistungen erzielen. Sie haben die Steuer auf dem Bruttoentgelt zu entrichten. Andererseits dürfen sie in ihrer Abrechnung die Steuer abziehen, die auf den von ihnen selber bezogenen Gegenständen und Dienstleistungen lastet (Vorsteuerabzug).

Nicht alle Leistungen werden gleich hoch besteuert. Für die meisten Lieferungen von Gegenständen und für nahezu alle

Dienstleistungen gilt der Normalsatz von 8,0 Prozent. Waren des täglichen Bedarfs werden nur mit dem reduzierten Satz von 2,5 Prozent belastet. Beherbergungsleistungen unterliegen dem Sondersatz von 3,8 Prozent.

Eine Reihe von Leistungen sind von der Mehrwertsteuer ausgenommen, so namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung, Kultur, Geld- und Kapitalverkehr, Versicherungen, Vermietung von Wohnungen und Verkauf von Liegenschaften. Wer solche Leistungen erbringt, hat kein Anrecht auf Vorsteuerabzug. Es besteht aber die Möglichkeit, gewisse ausgenommene Leistungen zu versteuern (Option). In diesem Fall gilt das Anrecht auf Vorsteuerabzug.

Entwicklung Mehrwertsteuer und nominales BIP in %



Die Entwicklung der Mehrwertsteuer ist eng an das nominale BIP-Wachstum geknüpft (die Ausreisser in den Jahren 2011 und 2012 sind auf die Erhöhung der MWSt-Sätze zugunsten der IV zurückzuführen).

Die Einnahmenschätzung für den Voranschlag 2015 stützt sich auf das prognostizierte Wachstum des nominellen BIP (3,1 %) und die aktuelle Einnahmenschätzung für das laufende Jahr (23,1 Mrd.) ab. Letztere fällt im Vergleich zum Voranschlag 2014 um 100 Millionen höher aus, weil sich das nominelle BIP im laufenden Jahr gemäss den jüngsten Prognosen besser entwickelt als noch vor Jahresfrist erwartet. Korrigiert um diesen Basiseffekt entwickeln sich die Einnahmen der Mehrwertsteuer und das nominale BIP im Jahr 2015 im Gleichschritt.

Bei den in der Tabelle aufgeführten Komponenten sind auch die Debitorenverluste enthalten. Insgesamt werden diese für 2015 auf 175 Millionen geschätzt. Aufwandseitig müssen zur Berechnung der jeweiligen Einnahmenanteile die Debitorenverluste anteilig abgezogen werden.

15 Mineralölsteuer

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Mineralölsteuern	5 005	4 980	5 045	65	1,3
% Anteil an ordentlichen Einnahmen	7,7	7,5	7,5		
Mineralölsteuer auf Treibstoffen	2 988	2 975	3 015	40	1,3
Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 994	1 985	2 010	25	1,3
Mineralölsteuer auf Brennstoffen und Übrige	23	20	20	0	0,0

Im laufenden Jahr dürften die budgetierten Einnahmen übertroffen werden (Mai-Schätzung: 5030 Mio.). Auf dieser Basis resultiert im Budgetjahr 2015 ein leichter Einnahmewachstum. Dabei werden zwei gegenläufige Effekte wirksam: Aufgrund des unterstellten Wirtschaftswachstums wird zwar mit einem moderaten Zuwachs von 1,5 Prozent gerechnet. Jedoch dürften die Einnahmenverluste, welche sich durch die CO₂-Emissionsvorschriften für Personenwagen ergeben (gemäss Ziel von durchschnittlich 130 g CO₂/km für Neuwagen in 2015), im Budgetjahr um 60 Millionen steigen und rund 200 Millionen erreichen. Für die Entwicklung der wichtigsten Einflussfaktoren – nebst der Wirtschaftsentwicklung – wird im Budgetjahr 2015 von folgenden Annahmen ausgegangen:

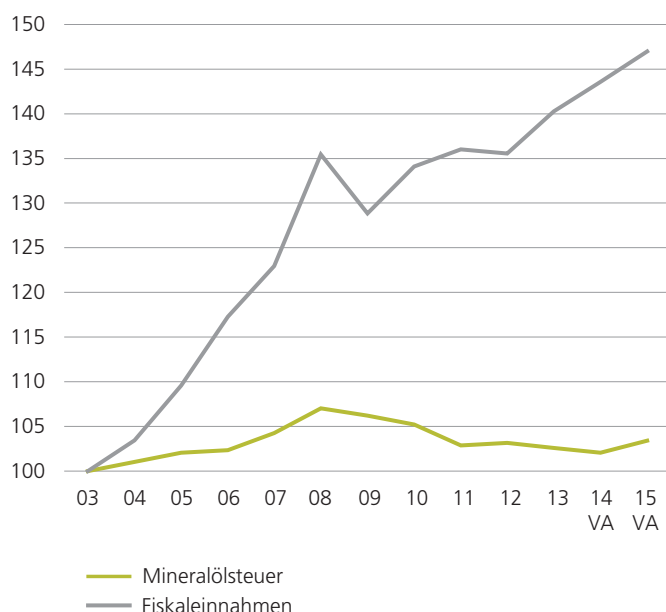
- **Fahrzeugbestand:** 2013 waren in der Schweiz knapp 5,7 Millionen Strassenmotorfahrzeuge immatrikuliert. Der Bestand hat gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozent zugenommen. Die verkauften Neuwagen lagen 2013 mit 402 117 Stück etwas unter dem Rekordjahr 2012. Der Voranschlag 2015 geht von einer weiteren Zunahme des Bestandes aus (integriert in die

Basisannahme von 1,5 % Wachstum für die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, vor Berücksichtigung der Wirkung der Emissionsvorschriften).

- **Fahrleistung:** Mit dem Fahrzeugbestand nimmt generell auch die Anzahl der zurückgelegten Kilometer zu. Der Durchschnitt pro Fahrzeug war bei den Personenwagen allerdings in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Auch in dieser Hinsicht wird mit einer fortgesetzten Entwicklung gerechnet.
- **Verbrauch:** Der durchschnittliche Verbrauch neuer Fahrzeuge ist meist geringer als derjenige der alten Fahrzeuge derselben Kategorie. Über den ganzen Fahrzeugpark gesehen, sinkt der durchschnittliche Treibstoffverbrauch seit längerem. Der Verbrauch der eingelösten neuen Personenwagen betrug 2013 noch 6,24 l/100 km, was CO₂-Emissionen von durchschnittlich 145 g/km entspricht (Vorjahr: 151 g/km). In den kommenden Jahren wird der Einfluss des sinkenden Verbrauchs auf die Einnahmen aus der Mineralölsteuer zunehmen; denn gemäss CO₂-Gesetz sind die CO₂-Emissionen der neu

Mineralölsteuer und Fiskaleinnahmen

Indexiert; 2003=100



Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer haben im Jahr 2008 ihr Maximum erreicht. Seitdem gehen die Einnahmen in der Tendenz zurück. Der Hauptgrund dafür ist der sinkende durchschnittliche Treibstoffverbrauch der Fahrzeuge. Vor diesem Hintergrund nimmt der Anteil der Mineralölsteuereinnahmen an den Fiskaleinnahmen stetig ab.

immatrikulierten Personenwagen bis 2015 auf 130 g/km zu senken. Eine Fortsetzung des bisherigen Trends wird daher auch für den Voranschlag 2015 unterstellt.

- *Tanktourismus*: Die Entwicklung des Tanktourismus ist sehr schwierig zu schätzen. Im Rechnungsjahr 2013 haben die

Einnahmen insgesamt um lediglich 0,5 Prozent abgenommen. Dies lässt darauf schliessen, dass der Tanktourismus die Einnahmenentwicklung nicht wesentlich geprägt hat. Es wird insbesondere aufgrund der stabilen Wechselkursannahme erwartet, dass sich im Budgetjahr der Umfang des Tanktourismus nicht wesentlich verändern wird.

16 Schätzung der Gewinnsteuer

Die Einnahmen der direkten Bundessteuer auf dem Reingewinn juristischer Personen sind von grosser Bedeutung für den Bundeshaushalt. Ihr Anteil an den Fiskaleinnahmen betrug im Rechnungsjahr 2013 rund 15 Prozent und hat sich seit dem Jahr 1990 annähernd verdoppelt. Damit wird deutlich, dass sich die Gewinnsteuern viel dynamischer entwickelt haben als die restlichen Fiskaleinnahmen. In der Tat liegt das durchschnittliche jährliche Wachstum der Gewinnsteuern in dieser Zeit mit 6,4 Prozent rund doppelt so hoch wie jenes der gesamten Fiskaleinnahmen.

Im Vergleich zu den übrigen Steuereinnahmen fällt nicht nur das Wachstum höher aus, sondern auch die Volatilität. Mit einer Standardabweichung von 13 Prozent liegt die Volatilität der Wachstumsraten im Vergleich zu den Fiskaleinnahmen (6,2 %) weit höher. Einzig die Wachstumsraten der Verrechnungssteuer weisen eine noch höhere Streuung auf. Auf Grund der beschriebenen Eigenschaften ist die Prognosequalität bei der Budgetierung der Gewinnsteuereinnahmen entsprechend wichtig. Die starke Volatilität sowie das hohe Steuervolumen können relativ grosse Prognosefehler bewirken. Diese ziehen anschliessend starke Schätzkorrekturen nach sich und erschweren dadurch eine verlässliche Haushaltsplanung.

Elemente der Schätzung

Die Schätzung der Gewinnsteuern umfasst verschiedene Elemente:

- Zunächst wird für die jüngsten Steuerperioden eine Einschätzung über die Höhe der erwarteten Steuereingänge, den sogenannten Sollerträgen, vorgenommen. Besonders wichtig für diese Einschätzung sind die von den kantonalen Steuerverwaltungen eingereichten Informationen zum aktuellen Abrechnungsstand mit den steuerpflichtigen Unternehmen.
- In einem weiteren Schritt werden die Sollerträge am aktuellen Rand mit Prognosen über das Wachstum der steuerbaren Gewinne in die Zukunft fortgeschrieben.
- Schliesslich muss beachtet werden, dass die Steuerschuld aus einer Steuerperiode erst im Folgejahr, im sogenannten Hauptfälligkeitsjahr, fällig wird, wobei bis zum Vorliegen der definitiven Veranlagung auch mehrere Jahre vergehen können und sich die Zahlungen entsprechend über mehrere Jahre erstrecken können. Daher werden die ermittelten Sollerträge der verschiedenen Steuerperioden aufgrund von Erfahrungswerten über mehrere Jahre verteilt budgetiert.

Prognose der Sollerträge anhand der Produktionslücke

Während für die Schätzung der jüngsten Sollerträge und deren zeitliches Verteilungsmuster auf Erfahrungswerte und aktuelle Erhebungen zurückgegriffen werden kann, müssen für die Prognosen der Sollerträge Annahmen über die mittelfristige Entwicklung der steuerbaren Gewinne getroffen werden. Dabei dient der Zusammenhang zwischen den Unternehmensgewinnen und dem Konjunkturzyklus als Ausgangspunkt für die Schätzung der steuerbaren Gewinne. Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen nimmt in konjunkturellen Aufschwungphasen zu und erlaubt den Unternehmen ihre Produktion auszuweiten. Gleichzeitig können in dieser Konjunkturphase Preiserhöhungen eher durchgesetzt werden, so dass sich auch die Profitabilität verbessert, was die Unternehmensgewinne zusätzlich ansteigen lässt. Typischerweise verschlechtert sich die Profitabilität der Unternehmen bereits vor dem konjunkturellen Wendepunkt: Die anziehende Nachfrage nach Arbeitskräften führt zu höheren Lohnkosten, und auch die Finanzierungskosten nehmen aufgrund des höheren Zinsniveaus zu. Im nachfolgenden konjunkturellen Abschwung werden die Unternehmensgewinne zusätzlich durch die schwindende Nachfrage belastet.

Dieser Zusammenhang wird auch in der nachfolgenden Grafik ersichtlich. Sie zeigt die Veränderung der (realen) Steuereingänge im Hauptfälligkeitsjahr, welche als Approximation für das Wachstum der steuerbaren Gewinne dient, sowie die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke. Demnach ist das Wachstum der steuerbaren Gewinne hoch während einer konjunkturellen Überauslastung der Volkswirtschaft und umgekehrt. In den Neunzigerjahren ist dieser Zusammenhang vorderhand weniger deutlich. Dies ist allerdings auf die in dieser Zeit angewendete zweijährige Vergangenheitsbemessung (praenummerando-System) der Steuern auf dem Reingewinn juristischer Personen zurückzuführen und führt zum charakteristischen Zackenmuster beim abgebildeten Wachstum der Steuereingänge.

Der Zusammenhang zwischen den Steuereingängen und der Produktionslücke kann mit Hilfe eines ökonometrischen Modells geschätzt werden, wobei die Zeitreihe zunächst um die erwähnte Umstellung vom prae- auf das postnumerando-System und weitere Sonderfaktoren korrigiert werden muss. Die Ergebnisse zeigen, dass das Wachstum der realen Steuereingänge im Hauptfälligkeitsjahr während einer konjunkturellen Normalauslastung der Volkswirtschaft mit rund 5,5 Prozent expandieren. Die Ergebnisse zeigen weiter, dass sich das Wachstum in Phasen der Hochkonjunktur beschleunigt: Öffnet sich die Produktionslücke um einen Prozentpunkt, erhöht sich das Wachstum der Steuereingänge zusätzlich um 3,5 Prozentpunkte.

Um die Schätzung der Sollerträge zu vervollständigen, wird als letzter Schritt eine Prognose der Produktionslücke benötigt. Diese wird vom Konjunkturfaktor abgeleitet, der im Rahmen der Schuldenbremse berechnet wird. Dadurch wird sichergestellt, dass die Schätzung der Gewinnsteuern konsistent ist mit den makroökonomischen Eckwerten, die dem Voranschlag und Finanzplan zugrunde liegen.

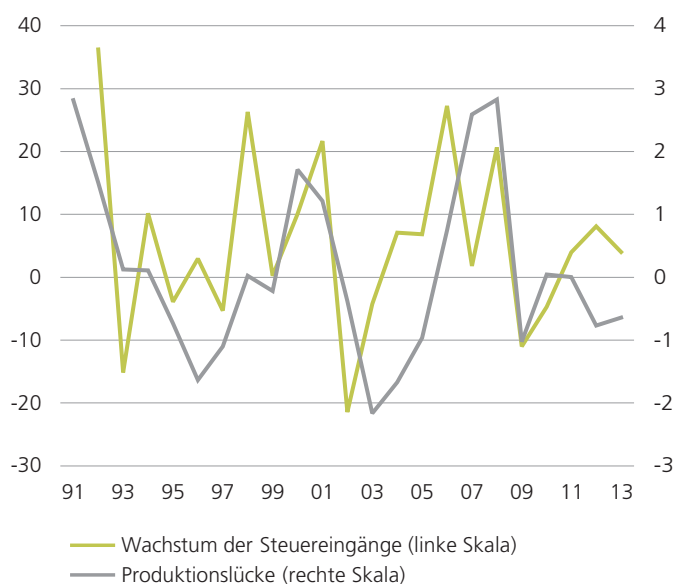
Schätzung für Budget und Finanzplan

Die Ergebnisse dieser Methode für die Schätzung der Steuern auf dem Reingewinn juristischer Personen sind unter Ziffer 11 aufgeführt. Das durchschnittliche jährliche Wachstum der Gewinnsteuern beträgt in der Planungsperiode rund 7,5 Prozent. Im Einklang mit der erwarteten Konjunktorentwicklung er-

reicht das (nominelle) Wachstum der Gewinnsteuern im Voranschlag 2015 mit 8,6 Prozent ihren Höhepunkt. Danach schliesst sich die Produktionslücke graduell, und auch das Wachstum der Gewinnsteuern flacht wieder ab auf einen Wert von 6,1 Prozent im Jahr 2018.

Die Schätzmethode schreibt die in der Vergangenheit festgestellte Beziehung zwischen den Steuereinnahmen und dem Konjunkturzyklus in die Zukunft fort. Wie bereits erwähnt, haben sich die Gewinnsteuern in den vergangenen Jahren äusserst dynamisch entwickelt und sind nicht zuletzt ein Zeugnis der hohen Standortattraktivität der Schweiz. Mit anderen Worten impliziert die Schätzung, dass die Rahmenbedingungen auch in Zukunft eine dynamische Entwicklung der Unternehmensgewinne begünstigen.

Steuereingänge und Produktionslücke Veränderung in%



Die Grafik veranschaulicht den Zusammenhang zwischen den realen Steuereingängen und der Produktionslücke. Das Wachstum der Steuereingänge, und damit implizit auch die steuerbaren Unternehmensgewinne, folgen dem Konjunkturzyklus.

Mit 67 Milliarden werden die Ausgaben 2015 um 880 Millionen (+1,3 %) höher budgetiert als im Vorjahr. Das Wachstum verteilt sich unterschiedlich auf die Aufgabengebiete: Während die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt, Bildung und Forschung sowie die Beziehungen zum Ausland stark ansteigen, gehen sie bei der Landesverteidigung und in der Landwirtschaft zurück.

Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Ordentliche Ausgaben	63 700	66 124	67 003	879	1,3
Δ in % Vorjahr	3,2	3,8	1,3		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 489	2 682	2 745	63	2,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 053	1 109	1 119	10	0,9
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 292	3 569	3 701	132	3,7
Landesverteidigung	4 789	4 856	4 706	-150	-3,1
Bildung und Forschung	6 894	7 201	7 357	156	2,2
Kultur und Freizeit	502	500	508	8	1,5
Gesundheit	219	229	233	4	1,8
Soziale Wohlfahrt	21 106	21 763	22 360	597	2,7
Verkehr	8 224	8 549	8 542	-8	-0,1
Umwelt und Raumordnung	1 007	1 329	1 459	130	9,8
Landwirtschaft und Ernährung	3 706	3 719	3 586	-133	-3,6
Wirtschaft	505	655	740	85	12,9
Finanzen und Steuern	9 916	9 963	9 951	-12	-0,1

Die ordentlichen Ausgaben im Voranschlag 2015 betragen 67 Milliarden. Das Ausgabenwachstum gegenüber 2014 liegt mit 1,3 Prozent tiefer als das erwartete nominelle Wirtschaftswachstum (+3,1%).

Die wichtigsten Faktoren für die *Zunahme* der Ausgaben sind:

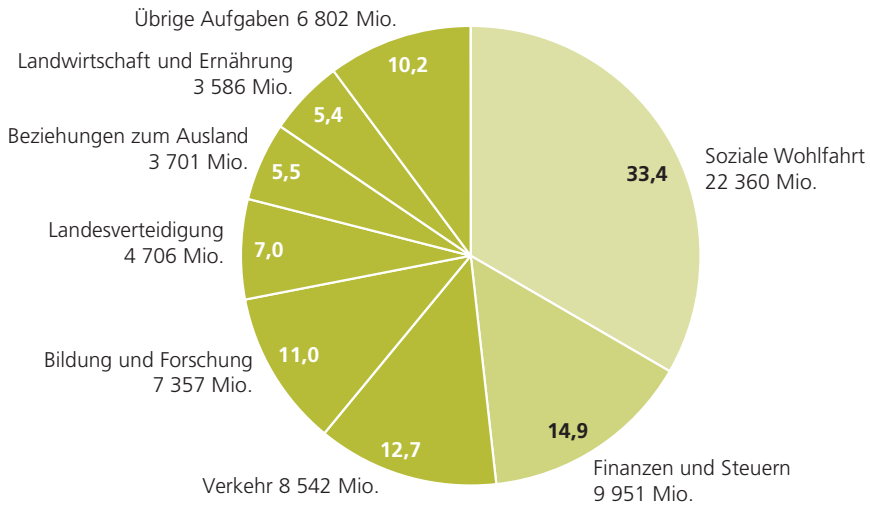
- Höhere Ausgaben für AHV, IV und die individuelle Prämienverbilligung (*soziale Wohlfahrt*);
- höhere Rückverteilung bei der CO₂-Abgabe (*Umwelt und Raumordnung* sowie *Wirtschaft*);
- BFI-Botschaft 2013-2016 und Energieforschung (*Bildung und Forschung*);
- Ziel einer APD-Quote von 0,5 Prozent des BNE in der Entwicklungszusammenarbeit (*Beziehungen zum Ausland*).

Demgegenüber wird das Ausgabenwachstum durch folgende Faktoren *gedrosselt*:

- Teilumsetzung der KAP-Massnahmen und Querschnittskürzungen durch den Bundesrat (*alle Aufgabengebiete*);
- Kürzung der Einlage in den Gripen-Fonds nach der Ablehnung der Kampfflugzeugbeschaffung (*Landesverteidigung*);
- sinkende Passivzinsen (*Finanzen und Steuern*).

Weitere Angaben zu den einzelnen Aufgabengebieten finden sich auf den folgenden Seiten.

Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten 2015 in %
Ordentliche Ausgaben



Die soziale Wohlfahrt ist finanziell gesehen die grösste Aufgabe des Bundes (genau 1/3 der Ausgaben). Dort, bei den Beziehungen zum Ausland und in der Bildung und Forschung fällt das grösste Wachstum an.

21 Soziale Wohlfahrt

Bei den Ausgaben des Bundes für die Soziale Wohlfahrt wird ein Anstieg von 2,7 Prozent budgetiert. Besonders ausgeprägt fällt die Zunahme der Ausgaben für die Krankenversicherung aus, da hier der Bund ab 2015 einen Sonderbeitrag an den Krankenkassen-Prämienausgleich leistet. Überdurchschnittlich fällt der Anstieg ferner bei den Ergänzungsleistungen und der Invalidenversicherung aus.

Soziale Wohlfahrt

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Soziale Wohlfahrt	21 106	21 763	22 360	597	2,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	33,1	32,9	33,4		
Altersversicherung	10 621	10 856	11 078	222	2,0
Invalidenversicherung	4 873	5 015	5 160	145	2,9
Krankenversicherung	2 215	2 286	2 456	170	7,5
Ergänzungsleistungen	1 389	1 446	1 496	50	3,5
Militärversicherung	217	216	223	7	3,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	476	499	512	12	2,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	95	105	97	-8	-7,6
Migration	1 159	1 276	1 286	9	0,7
Soziale Hilfe und Fürsorge	59	64	53	-12	-18,2

Ausgaben für AHV, IV und Ergänzungsleistungen

Rund die Hälfte der Ausgaben aus diesem Aufgabengebiet entfällt auf die *Altersversicherung*. Die Bundesausgaben setzen sich hier hauptsächlich aus drei Zahlungsströmen zusammen: (1) aus dem gesetzlichen Bundesbeitrag an die AHV im Umfang von 19,55 Prozent der AHV-Ausgaben, (2) aus dem Anteil der Versicherung am AHV-Mehrwertsteuerprozent sowie (3) aus den Erträgen der Spielbankenabgabe. Im Vergleich zum Ausgabenzuwachs im gesamten Aufgabengebiet fällt der Anstieg bei der Altersversicherung unterdurchschnittlich aus; budgetiert wird ein Plus von 222 Millionen bzw. von 2,0 Prozent.

- Der Bundesbeitrag an die AHV erhöht sich aufgrund der demografischen Entwicklung und der 2015 fälligen Anpassung der AHV-Renten an die Lohn- und Preisentwicklung um 2,4 Prozent; im Gegenzug wird er im Rahmen einer Schätzkorrektur um 0,5 Prozent reduziert. Insgesamt ergibt sich ein Anstieg des Bundesbeitrags um 156 Millionen (+1,9%).
- Der Anteil der Versicherung am Mehrwertsteuerprozent zu Gunsten der AHV erhöht sich entsprechend dem Wachstum der Mehrwertsteuererträge um 89 Millionen (+3,8%).
- Bei der Spielbankenabgabe ist das Jahr 2013 massgebend. Damals betragen die Einnahmen 308 Millionen. Diese werden 2014 zweckgebunden für die Finanzierung der AHV verwendet (-22 Mio. im Vergleich zu 2014).

Auch die Bundesausgaben für die *Invalidenversicherung* bestehen aus mehreren Zahlungsströmen. Neben dem Bundesbeitrag an die IV werden im Rahmen der bis 2017 befristeten IV-Zusatzfinanzierung zwei weitere Beiträge gezahlt: Erstens erhält die IV den Ertrag aus dem Mehrwertsteuerzuschlag von

0,4 Prozentpunkten. Zweitens übernimmt der Bund während der IV-Zusatzfinanzierung die Zinskosten der IV für ihre Schuld beim AHV-Ausgleichsfonds. Der Zinssatz beträgt 2 Prozent.

- Der Bundesbeitrag an die IV wird seit 2014 gemäss dem neuen Finanzierungssystem ausgerichtet. Dieses sieht vor, dass der Bundesbeitrag an die Entwicklung der Mehrwertsteuererträge gekoppelt wird (früher zahlte der Bund einen Beitrag von 37,7% der jährlichen IV-Ausgaben). Für 2015 liegt der budgetierte Wert bei 3,76 Milliarden und damit um 119 Millionen (3,3%) über dem Voranschlagswert von 2014.
- Der befristete Mehrwertsteuerzuschlag erhöht sich im Einklang mit den gesamten Mehrwertsteuererträgen gegenüber dem Voranschlag 2014 um 39 Millionen (+3,4%).
- Der Sonderbeitrag an die IV-Zinsen sinkt um 11 Millionen (-6,4%). Der Rückgang ist die Folge davon, dass der Schuldenstand der IV von Ende 2012 auf Ende 2013 um 586 Millionen (auf 13,7 Mrd.) rückläufig war. Der Bund vergütet 62,3 Prozent der Zinszahlungen über den Sonderbeitrag an die IV-Zinsen; der Rest ist im Bundesbeitrag enthalten.

Bei den *Ergänzungsleistungen* (EL) zur AHV und zur IV zahlt der Bund Beiträge an die Kantone. Er übernimmt 5/8 der jährlichen EL, die der Existenzsicherung dienen. Die Kantone übernehmen die restlichen 3/8 sowie zusätzlich die Krankheits- und Behinderungskosten und die Zusatzkosten von EL-Bezüglern im Heim (bei den zu Hause lebenden Personen gilt die gesamte jährliche EL als Existenzsicherung; bei den Personen im Heim macht die Existenzsicherung nur einen Teil der jährlichen EL aus). Weiter entrichtet der Bund den Kantonen eine Abgeltung für die EL-Verwaltungskosten. Umfangmässig machen die EL zur AHV und

zur IV je etwa die Hälfte der Bundesaussgaben in diesem Bereich aus. Für 2015 ergibt sich bei den EL zur AHV wegen der Zunahme der EL-Bezügerinnen und Bezüger sowie wegen des erwarteten Anstiegs des durchschnittlich ausgerichteten EL-Betrags ein Ausgabenplus von 3,8 Prozent auf 752 Millionen. Bei den EL zur IV wird eine Zunahme von 3,1 Prozent auf 744 Millionen budgetiert.

Die Entwicklung bei den *Ausgaben* für die Soziale Wohlfahrt und bei den zweckgebundenen *Einnahmen*, die für die Finanzierung der Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL reserviert sind, läuft immer stärker auseinander. So wird für 2015 ein Rückgang der Erträge aus der Alkohol- und Tabaksteuer auf noch 2 411 Millionen budgetiert (-8,4 %). Namentlich die Erträge aus der Tabaksteuer dürften stark rückläufig sein. Immerhin verzeichnet der Bundesanteil von 17 Prozent an den Einnahmen aus dem Mehrwertsteuerprozent, welches für die Deckung der demografiebedingten Mehrkosten der AHV seit 1999 erhoben wird, ein Plus von 1,8 Prozent (auf 496 Mio.; nach Abzug der Debitorenverluste). Mit diesen Einnahmen können 21,4 Prozent der budgetierten Bundesbeiträge an die AHV, IV und EL (einschliesslich Sonderbeitrag an die IV-Zinsen) gedeckt werden. Im Budget 2014 betrug der Anteil noch 23,4 Prozent.

Zuwachs zu Gunsten der Krankenversicherung

Die Ausgaben des Bundes in der *Krankenversicherung* steigen gegenüber dem Budget 2014 um rund 170 Millionen (+7,5 %). Betragsmässig fallen vor allem die Ausgaben für die individuelle Prämienverbilligung ins Gewicht. Der Bundesbeitrag beträgt nach Artikel 66 des Krankenversicherungsgesetzes (SR 832.10) 7,5 Prozent der Bruttokosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP). Die Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung nehmen im Voranschlag 2015 um rund 85 Millionen (+3,8%) zu. In diesem Schätzwert berücksichtigt sind der mutmassliche Anstieg der Durchschnittsprämie, die Zunahme der Versichertenzahl und die Wirkungen der beschlossenen Sparmassnahmen in der OKP, insbesondere im Bereiche der Medikamente. Die Aufteilung des Bundesbeitrags auf die Kantone richtet sich nach deren Anteil an der Wohnbevölkerung (inkl. Grenzgänger). Die Kantone stocken den Bundesbeitrag nach Bedarf auf, um dem gesetzlichen Auftrag nachkommen zu können. Die Aufwendungen des Bundes für die Prämienverbilligung werden zum Teil zweckfinanziert. Zugunsten unterer Einkommensschichten werden 5 Prozent des Ertrags aus der Mehrwertsteuer (ohne AHV-/IV- und FinöV-Anteil) verwendet, was für 2015 einen Betrag von 960 Millionen (nach Abzug der Debitorenverluste) ergibt. Zudem tragen im Voranschlag 2015 die Einnahmen für die ungedeckten Kosten des Strassenverkehrs mit 225 Millionen zur Finanzierung der individuellen Prämienverbilligung bei. Die zweckgebundenen Mittel decken

damit insgesamt die Hälfte der Ausgaben des Bundes für die Prämienverbilligung. Zum starken Wachstum der Ausgaben in der Krankenversicherung trägt im Voranschlag 2015 auch der von den eidg. Räten beschlossene Sonderbeitrag des Bundes an den Krankenkassen-Prämienausgleich im Umfange von rund 89 Millionen bei.

Militärversicherung, ALV und sozialer Wohnungsbau

Die Ausgaben des Bundes für die *Militärversicherung* nehmen im Voranschlag 2015 um rund 7,4 Millionen (3,4 %) zu. Während die geschätzten Ausgaben für Renten und Abfindungen um rund 2,7 Millionen zurückgehen, nehmen die Behandlungskosten und Barleistungen um rund 8,3 respektive 1,2 Millionen zu. Auch die Verwaltungskosten der SUVA steigen um etwa 0,6 Millionen.

Bei der *Arbeitslosenversicherung/Arbeitsvermittlung* wachsen die Ausgaben um rund 12 Millionen (+2,5 %). Die Entwicklung in diesem Bereich erklärt sich im Wesentlichen durch die Zunahme des Bundesbeitrags an die Arbeitslosenversicherung um 11 Millionen gegenüber dem Vorjahr. Grund für diese Steigerung ist das erwartete Wachstum der beitragspflichtigen Lohnsumme.

Die Aufwendungen des Bundes für den *sozialen Wohnungsbau* und die Wohnbauförderung nehmen im Vergleich zum Voranschlag 2014 um rund 7,9 Millionen oder 7,6 Prozent ab. Diese Entwicklung ist auf die tieferen Wohnbaurdarlehen des Bundes zurückzuführen.

Stabile Ausgaben für die Migration

Im Bereich *Migration* ist ein Anstieg um 9 Millionen (0,7 %) auf knapp 1,286 Milliarden budgetiert. Mehrausgaben sind geplant für die Subventionierung von Administrativhaftanstalten und für die internationale Zusammenarbeit (Beiträge an die IT-Agentur und an den Fonds für die innere Sicherheit im Bereich des Grenzschutzes (ISF-Grenze); bis zum Abschluss der Vereinbarungen mit der EU bleiben die Kredite gesperrt). Bei den Integrationsmassnahmen wird 2015 eine hohe Ausgleichszahlung an die Kantone ausgerichtet werden müssen, da im Jahr 2014 die Zahl der Asylgewährungen und der neuen vorläufigen Aufnahmen mehr als 20 Prozent über dem Durchschnitt der letzten vier Jahre liegen wird. Demgegenüber wird ein namhafter Minderaufwand im Personalbereich erwartet; geringere Ausgaben sind ferner bei der Abgeltung der Kantone im Bereich der Sozialhilfe für Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge budgetiert. Grund dafür ist, dass wegen des Rückgangs der Asylgesuche im ersten Halbjahr 2014 die Berechnungsbasis für 2015 von 24 000 auf 22 000 Gesuche reduziert wurde.

22 Finanzen und Steuern

Auf diesen Aufgabenbereich entfallen 14,9 Prozent der ordentlichen Gesamtausgaben. Der leichte Rückgang (-0,1 %), gegenüber dem Vorjahresanteil ist vor allem auf den deutlichen Rückgang der Ausgaben für die Vermögens- und Schuldenverwaltung infolge geringerer Finanzierungskosten 2014 zurückzuführen.

Finanzen und Steuern

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Finanzen und Steuern	9 916	9 963	9 951	-12	-0,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	15,6	15,1	14,9		
Anteile an Bundeseinnahmen	4 574	4 606	4 724	118	2,6
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 164	2 172	1 989	-183	-8,4
Finanzausgleich	3 178	3 185	3 238	53	1,7

Anstieg der Anteile an den Bundeseinnahmen

Der Anstieg der Anteile an den Bundeseinnahmen gegenüber dem Vorjahr (+118 Mio. oder +2,6 %) beruht hauptsächlich auf den Mehreinnahmen aus der Verrechnungssteuer (+47 Mio. oder +10 %) wegen des aufgrund eines günstigeren Trends höher budgetierten Betrags, und der direkten Bundessteuer (+40 Mio. oder +1,2 %) aufgrund einer Konjunkturaufhellung (vgl. Band 1, Ziff. 31). Hinzu kommt die Verschlechterung bei den Debitorenverlusten der Mehrwertsteuer (+21 Mio. oder +13,5 %) nach dem Wegfall des Konkursprivilegs für MWST Forderungen per 1. Januar 2014.

Rückgang der Passivzinsen

Der Rückgang der Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung gegenüber dem Vorjahr beruht hauptsächlich auf den um 182 Millionen (8,5 %) rückläufigen Passivzinsen. Der Rückgang ergibt sich aus der Kombination eines geringeren kurzfristigen Anleihen- und Emissionsvolumens und der rückläufigen Entwicklung insbesondere der kurzfristigen Zinssätze.

- Hauptfaktor für die rückläufigen Passivzinsen ist die Zinslast auf Anleihen mit einem Rückgang um 92,7 Millionen (4,1 %) aufgrund der Verringerung der finanziellen Grundlast (vor allem infolge Rückerstattung von Obligationen im Umfang von 6,3 Mrd. Im Jahr 2014).

Zweckgebundenheit der Ausgaben für «Finanzen und Steuern»

Der Aufgabenbereich «Finanzen und Steuern» weist das zweitgrösste Finanzvolumen auf. Er zeichnet sich dadurch aus, dass er von den finanzpolitischen Prioritäten ausgenommen ist (die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab) und dass er durch zahlreiche äussere Faktoren (Finanzmärkte, Zinssätze, Finanzierungsbedarf, Strategie der Bundestresorerie) beeinflusst wird.

17 Prozent der Einnahmen aus der direkten Bundessteuer und 10 Prozent der Einnahmen aus der Verrechnungssteuer entfallen auf die Anteile an den Bundeseinnahmen. Ausserdem umfassen sie fast ein Drittel der Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) sowie 20 Prozent des Ertrags aus dem Wehrpflichtersatz. Schliesslich enthalten sie die Debitorenverluste bei der Mehrwertsteuer und die übrigen Debitorenverluste (Zoll, LSVA).

Die Ausgaben für die Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung umfassen im Wesentlichen die Passivzinsen (Zinslast der lang- und mittelfristigen Anleihen, der Depotkonten usw.) sowie die Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie.

Der Finanzausgleich (NFA) besteht aus drei Elementen, von denen zwei mehr Gewicht haben: der Ressourcen- und der Lastenausgleich (Ausgleich geografisch-topografisch und soziodemographisch bedingter Überbelastung). Dank Härteausgleich als drittem Element lassen sich Härtefälle bei den Kantonen beim Übergang vom alten zum neuen Finanzausgleich vermeiden. Der Härteausgleich bleibt bis längstens 2036 in Kraft und wird ab 2016 jährlich um 5 Prozent verringert. Die Bundesbeiträge an die Instrumente des Finanzausgleichs werden jährlich an die Wirtschaftslage angepasst. Die Beiträge 2015 wurden beim Ressourcenausgleich an die Entwicklung des Ressourcenpotenzials bzw. beim Lastenausgleich an die Teuerung angepasst.

- Hinzu kommen die Agios, die im Zuge der Aufstockung bereits bestehender Anleihen anfallen und die gleichbedeutend sind mit einer Verringerung der Zinslast. Ihr Bestand (305 Mio.) ist gegenüber 2014 um 55 Millionen gestiegen, insbesondere aufgrund der rückläufigen Entwicklung der Zinssätze.
- Insgesamt hat die Zinslast der Anleihen damit zu mehr als drei Vierteln zum Rückgang der Passivzinsen beigetragen. Ausserdem reduziert sich die Zinslast der Geldmarktbuchforderungen wegen des starken Rückgangs der kurzfristigen Zinssätze und einem geringeren Volumen deutlich um 13,5 Millionen (65,8%).
- Die im Vorjahr budgetierte Mehrbelastungen bei der Verrechnungssteuer wegen Anleihen, die ursprünglich mit einem Disagio emittiert worden waren und 2014 fällig wurden, ist 2015 praktisch null; dies führt zu einer zusätzlichen Entlastung von 9,8 Millionen. Die Ausgaben für Kommissionen, Abgaben und Gebühren der Bundestresorerie verharren auf einem tiefem Niveau, das infolge der Aufhebung der Emissionsabgaben auf Anleihen und Geldmarktbuchforderungen bereits stark gesunken war.

Leichter Anstieg der Ausgleichszahlungen

2015 ist das letzte Jahr der zweiten Vierjahresperiode des neuen Finanzausgleichs (NFA). Die Transferzahlungen des Bundes im Rahmen der verschiedenen Gefässe des Finanzausgleichs belaufen sich auf insgesamt 3238 Millionen. Sie sind gegenüber 2014 um 53,0 Millionen (+1,7 %) gestiegen. Der Anstieg ist gänzlich auf den um 2,4 Prozent (+53 Mio.) auf 2273 Mio. steigenden Beitrag des Bundes an den vertikalen Ressourcenausgleich zurückzuführen.

Der Beitrag des Bundes an den Lastenausgleich beträgt 726 Millionen (je 363 Millionen für den geografisch-topografischen und den soziodemografischen Lastenausgleich), gleich viel wie 2014 (0,0 % Teuerung im April 2014).

Der für 2015 eingestellte Beitrag für den Härteausgleich (239 Mio.) bleibt gegenüber 2014 unverändert, da 2014 kein ressourcenschwacher Kanton, der Härteausgleichszahlungen bezieht, zur Kategorie der ressourcenstarken Kantone wechselt.

23 Verkehr

Die Ausgaben im Verkehrsbereich liegen mit 8,5 Milliarden auf dem Vorjahresniveau. Sowohl für den Strassenverkehr als auch für den öffentlichen Verkehr sollten nahezu gleich viele Mittel aufgewendet werden wie im laufenden Jahr. Einzig im Bereich Luftfahrt ist von einem deutlichen Zuwachs (4,6 %) auszugehen.

Verkehr

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Verkehr	8 224	8 549	8 542	-8	-0,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	12,9	12,9	12,7		
Strassenverkehr	2 806	3 063	3 061	-1	0,0
Öffentlicher Verkehr	5 262	5 299	5 284	-15	-0,3
Luftfahrt	156	188	197	9	4,6

Strassenverkehr

Die Ausgaben für den Strassenverkehr bleiben mit einem Rückgang von 1,4 Millionen (-0,05 %) gegenüber dem laufenden Jahr praktisch konstant:

- Für die Nationalstrassen werden rund 16 Millionen (-0,7 %) weniger aufgewendet. Dieser leichte Rückgang ist auf Vergabeerfolge und Projektverzögerungen bei Ausbau und Unterhalt des Netzes zurückzuführen.
- Demgegenüber fallen für die Hauptstrassen, Strassenbauten im Agglomerationsbereich und die allgemeinen Strassenbeiträge zusätzliche Ausgaben von rund 15 Millionen an.

Öffentlicher Verkehr

Die Ausgaben für den öffentlichen Verkehr (welche die Ausgaben für den Personen- und den Schienengüterverkehr sowie die Bahninfrastrukturen beinhalten) sinken um 15 Millionen respektive 0,3 Prozent. Dieser Rückgang ist in erster Linie auf die abnehmende Einlage in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte zurückzuführen (-66 Mio.), die nur teilweise durch steigende Beiträge an den Unterhalt der Schieneninfrastruktur (33,5 Mio.) und den regionalen Personenverkehr (+18,5 Mio.) ausgeglichen werden. Im einzelnen erklären sich die Veränderungen wie folgt:

- Die Einlagen in den Fonds für Eisenbahngrossprojekte liegen um 66 Millionen tiefer als im Voranschlag 2014. Dies ist praktisch gänzlich auf tiefere LSWA-Einlagen zurückzuführen. Zwar wird mit einem höheren Reinertrag der Abgabe gerechnet; gleichzeitig liegt aber der nicht in den FinöV-Fonds eingelegte Bundesanteil an der LSWA höher als im Vorjahr (225 Mio., Vorjahr 140 Mio.). Die im ordentlichen

Bundeshaushalt zurückbehaltenen Mittel werden – wie es die Verfassung vorsieht (Art. 85 Abs. 2 BV) – zur Deckung der vom Strassenverkehr verursachten (externen) Kosten, insbesondere zur Prämienverbilligung der Krankenkassen verwendet (vgl. Band 3, Ziff. 21, Krankenversicherung).

- Die Ausgaben für die Bahninfrastruktur steigen gegenüber 2014 um insgesamt 33,5 Millionen (+1,3 %). Diese Zunahme erklärt sich zur Hauptsache mit den zusätzlichen Anstrengungen zur Beseitigung des Nachholbedarfs beim Unterhalt der Bahninfrastruktur (+74,5 Mio. resp. +3,2 %). Rückläufig entwickeln sich hingegen die Ausgaben für Massnahmen zur behindertengerechten Ausgestaltung des öffentlichen Verkehrs (-3 Mio.) sowie die Beiträge an dringliche Projekte im Agglomerationsverkehr (Reduktion der Einlage in den Infrastrukturfonds um 38,9 Mio.).
- Die Abgeltungen für den regionalen Personenverkehr steigen um 18,5 Millionen oder 2,1 Prozent. Diese Zunahme ist die Folge allgemeiner Preis- und Kostensteigerungen sowie höherer Folgekosten von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen im Bereich Rollmaterial.
- Die Ausgaben des Bundes für die Güterverkehrsverlagerung bleiben praktisch unverändert bei 276 Millionen.

Verkehrsausgaben gemäss Staatsrechnung

Die Ausgabenentwicklung beim Verkehr wird massgeblich beeinflusst durch die Ausgaben der Verkehrsfonds. Ziffer 32 gibt einen Überblick über die entsprechenden gesamthaften Investitionen gemäss Staatsrechnung, d.h. Bundesrechnung inklusive Sonderrechnungen der Fonds.

Luftfahrt

Die Ausgaben im Bereich Luftfahrt steigen um 9 Millionen oder 4,6 Prozent, was vollumfänglich an höheren Ausgaben für die Luftfahrtsicherheit liegt:

- Die grösste Zunahme ist bei den nicht-hoheitlichen Sicherheitsmassnahmen zu verzeichnen (+6 Mio.). Aufgrund einer Anpassung der Vergabepaxis ist dort mit einer Zunahme der geförderten Massnahmen zu rechnen.
- Für die Ersatzbeschaffung der Luftfahrzeugflotte des BAZL sind erste Zahlungen von knapp 4 Millionen budgetiert. Diese dienen der Anzahlung zweier Helikopter.
- Aufgrund einer Neuberechnung der Flugsicherungskosten für die gebührenbefreiten Flüge ergibt sich ein Anstieg (+2 Mio.) der dafür an Skyguide gewährten Abgeltungen.

24 Bildung und Forschung

Das Wachstum von 2,2 Prozent dieses Aufgabenbereichs unterstützt die Ziele der BFI-Botschaft (Bildung, Forschung und Innovation) 2013–2016 und im Aktionsplan über die Energieforschung.

Bildung und Forschung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Bildung und Forschung	6 894	7 201	7 357	156	2,2
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	10,8	10,9	11,0		
Berufsbildung	845	891	890	-1	-0,1
Hochschulen	2 001	2 082	2 125	43	2,1
Grundlagenforschung	2 608	2 698	2 769	71	2,6
Angewandte Forschung	1 408	1 498	1 541	42	2,8
Übriges Bildungswesen	31	32	33	0	1,1

11 Prozent der Bundesausgaben

Der Aufgabenbereich Bildung und Forschung weist gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 156 Millionen (+2,2%) auf. Davon werden 43 Millionen zusätzlich für Bildung und 113 Millionen für Forschung ausgegeben. Der Anteil der Bundesausgaben in diesem Bereich erreicht damit 11,0 Prozent. Insgesamt sind für die Bildung 3048 Millionen budgetiert, für die Forschung 4309 Millionen. Die im Voranschlag eingestellten Kredite tragen den Erhöhungen Rechnung, die vom Parlament im Rahmen seiner Beratungen über die BFI-Botschaft 2013–2016 (Glättung der Wachstumsraten der Hochschulen) und den Aktionsplan über die Energieforschung (Erhöhung der Mittel für den ETH-Bereich, Kommission für Technologie und Innovation KTI und Schweizerischer Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung SNF) beschlossen wurden.

Ausgabenniveau für die Berufsbildung gehalten

Die Beiträge an die Berufsbildung (890 Mio.) bleiben gegenüber dem Vorjahr praktisch konstant (0,1%). Damit kann der Bund seinen Anteil auf dem Niveau stabilisieren, das 2012 erreicht wurde und das die gesetzliche Richtgrösse für die Bundesbeteiligung darstellt (ein Viertel der Aufwendungen der öffentlichen Hand in diesem Bereich).

Anhaltendes Wachstum für die Hochschulen

Die Hochschulen weisen ein Wachstum von 2,1 Prozent auf (+43 Mio.). Dabei steigen die Beiträge an die Bundeshochschulen um 1,4 Prozent (+10 Mio.). In diesen Beiträgen sind in erster Linie die dem Teilaufgabengebiet «Bildung» zugeordneten Mittel an den ETH-Bereich enthalten (704 Mio. bzw. 26,2% der gesamten Beiträge an den ETH-Bereich). Das Wachstum ist weniger ausgeprägt als im Vorjahr (+2,2%), zum einen wegen der mit dem Voranschlag 2015 vorgenommenen Teuerungskorrektur, zum

andern weil nicht finanzwirksame Beiträge an die Raummieten des ETH-Bereichs nach unten korrigiert wurden (-1,8%). Der Anteil des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung an den Ausgaben für Bundeshochschulen macht rund 5 Prozent (40 Mio.) aus. Die Bundesbeiträge an die kantonalen Universitäten (816 Mio.) werden um 13 Millionen (+1,7%) angehoben, namentlich zugunsten der Grundbeiträge. Ihr Wachstum sollte dasjenige der kantonalen Ausgaben in diesem Bereich im Zeitraum 2013–2016 erreichen oder es übertreffen. Die Beiträge an die Fachhochschulen (560 Mio.) weisen mit 3,6 Prozent (+20 Mio.) von allen Hochschulen das grösste Wachstum auf.

Fokus auf Energie für angewandte Forschung

Bei den Forschungsausgaben wird zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung unterschieden. Die Ausgaben für die Grundlagenforschung nehmen gegenüber dem Vorjahr um 71 Millionen (+2,6%) zu. Die Ausgaben für die angewandte Forschung nehmen um 2,8 Prozent (+42 Mio.) zu.

Das Aufgabengebiet und die BFI-Botschaft

Das Aufgabengebiet Bildung und Forschung beinhaltet zusätzlich zu den mit der BFI-Botschaft beantragten Krediten weitere Ausgaben. So werden namentlich Pflichtbeiträge an internationale Organisationen (115 Mio.), andere Beiträge (121 Mio.), die Mietaufwendungen von Institutionen des Bundes (276 Mio.) sowie die Kredite für die Ressortforschung und den Personalaufwand (248 Mio.) nicht mit den BFI-Botschaften beantragt. Der überwiegende Teil (90%) der Kredite im Aufgabenbereich Bildung und Forschung ist jedoch Bestandteil der BFI-Botschaft oder für die europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme bestimmt. Diese Kredite nehmen um 2,2 Prozent (+142 Mio.) zu. Dieses Wachstum liegt unter demjenigen des Vorjahres (+3,1%), hauptsächlich aufgrund der vorgenommenen Teuerungskorrektur (67 Mio.).

Die *Grundlagenforschung* umfasst namentlich die Beiträge an die meisten internationalen Forschungsorganisationen, an den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) und an die wissenschaftlichen Akademien, ungefähr die Hälfte der Beiträge an die Forschungsinstitutionen von gesamtschweizerischer Bedeutung sowie knapp 60 Prozent der Bundesbeiträge an den ETH-Bereich. Nimmt man Letzteren aus, verzeichnen die Beiträge an SNF und Akademien in absoluten Zahlen mit einer Zunahme um 42 Millionen (+4,6 %) gemäss Planung nach BFI-Botschaft 2013–2016 und des Aktionsplans über die Energieforschung 2013–2016 den grössten Zuwachs.

Zur angewandten Forschung gehören 90 Prozent der Mittel für die EU-Forschungsrahmenprogramme, die Ausgaben der Kommission für Technologie und Innovation (KTI), 90 Prozent der

Beiträge an die Europäische Weltraumorganisation ESA, die Beiträge an die europäischen Satellitennavigationsprogramme Galileo und EGNOS und ein Teil der Ausgaben des ETH-Bereichs und des Bundesamtes für Energie (BFE). Die Kredite für den Technologietransfer im Energiebereich steigen um 9 Millionen (+38,4 %) und die Beiträge an die KTI um 8 Millionen (+5,4 %); das entspricht den Vorgaben von BFI-Botschaft 2013–2016 und dem Aktionsplan für eine koordinierte Energieforschung. Die Beiträge an die ESA verzeichnen ein starkes Wachstum (+7,9 %, +11 Mio. in diesem Teilaufgabengebiet) aufgrund der höheren Wirtschaftsleistung, welche Eingang in den Verteilschlüssel der Mitgliederbeiträge findet. Der Beitrag an die Programme Galileo und EGNOS hingegen liegt 11 Millionen unter dem diesjährigen (18,4 %), der ausnahmsweise auch die Beiträge für die Jahre 2008–2013 umfasste.

25 Landesverteidigung

Die Ausgaben für die Landesverteidigung nehmen insgesamt um 150 Millionen oder 3,1 Prozent ab. Dieser Rückgang ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass das Volk am 18. Mai 2014 die Finanzierung des Gripen-Kampfflugzeuges abgelehnt hat.

Landesverteidigung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Landesverteidigung	4 789	4 856	4 706	-150	-3,1
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	7,5	7,3	7,0		
Militärische Landesverteidigung	4 665	4 733	4 586	-147	-3,1
Nationale Sicherheitskooperation	124	123	120	-3	-2,8

Die um 150 Millionen tieferen Ausgaben gegenüber dem Voranschlag 2014 begründen sich im Wesentlichen wie folgt:

- Der Rüstungsaufwand verzeichnet einen deutlichen Rückgang (-393 Mio.): Aufgrund der Ablehnung bei der Volksabstimmung vom 18.5.2014 werden keine Mittel mehr für die Beschaffung des Gripen-Kampfflugzeuges budgetiert. Da die Armee in den letzten Jahren den Fokus auf die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges gesetzt hat, liegen wenige andere Beschaffungsvorhaben vor.
- Höhere Investitionen bei den Immobilien (+115 Mio.): Insbesondere um Instandhaltungsmassnahmen an bestehenden Infrastrukturen zu finanzieren, werden die Ausgaben deutlich erhöht (+41,4 %). Diese Position erreicht damit den mittelfristigen Zielwert, dank dem sowohl der vorhandene Nachholbedarf abgebaut als auch die bewilligten neuen Vorhaben planmässig ausgeführt werden können. Die Erhöhung wird möglich durch die Ablehnung der Gripen-Beschaffung.
- Die Aufwendungen für den Betrieb der Armee steigen (+158 Mio.). Hauptgründe dafür sind mehr Mittel für Ersatzmaterial und die Instandsetzung (EIB; +45 Mio.), für Munition (AMB; +35 Mio.), für den Ersatz der Büroautomation (+23 Mio.) und für nicht aktivierbare Instandsetzungen bei den Immobilien (+13 Mio.).
- Personal (+20 Mio.): Um den Wissenstransfer sicherzustellen und im Immobilienbereich die personellen Ressourcen in Übereinstimmung mit den erhöhten Investitionsausgaben

zu bringen, werden zusätzliche Stellen benötigt. Ein Teil des Personalmehrbedarfs ist auch auf Internalisierungen (Ersatz von externen Dienstleistungen) bei der Führungsunterstützungsbasis der Armee (FUB) zurückzuführen.

- Tiefere Investitionen bei der Verteidigung (-27 Mio.): Insbesondere aufgrund einer Reduktion der Anzahl vorgesehener Flüge wird die Bedarfsplanung für Brenn- und Treibstoffe nach unten angepasst.
- Internationale militärische Kooperation (-24 Mio.): Da die Beiträge der Schweiz an die UNO nicht periodengerecht erfolgen, werden für 2015 weniger Mittel budgetiert.

Neben der Militärischen Landesverteidigung umfasst das Aufgabengebiet Landesverteidigung auch die Nationale Sicherheitskooperation. Die Ausgaben gehen in diesem Bereich gegenüber dem laufenden Jahr um 2,8 Prozent (-3,5 Mio.) zurück. Dies ist vornehmlich auf abgeschlossene Arbeiten für das Projekt POLYALERT zurückzuführen.

Entwicklung der Betriebsausgaben

Bei der militärischen Landesverteidigung liegt das Verhältnis zwischen Betriebs- (Sach-, Transfer- und Personalausgaben inkl. Arbeitgeberbeiträge) sowie Rüstungs- und Investitionsausgaben im Jahr 2015 bei 71 zu 29 Prozent. 2014 belief sich dieses Verhältnis noch auf 66 zu 34 Prozent. Damit entfernt sich die Armee von ihrem mittelfristigen Ziel, ein Verhältnis zwischen Betriebs- und Rüstungsausgaben von 60 zu 40 zu erreichen. Der Hauptgrund dafür ist die vom Volk abgelehnte Beschaffung des Gripen.

26 Landwirtschaft und Ernährung

Die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung sinken um 3,6 Prozent. Dies aufgrund der teilweisen Umsetzung des KAP 2014, der Kompensation von Mindereinnahmen infolge der Wiedereinführung der Inlandleistung bei der Versteigerung der Fleischimportkontingente sowie der zur Einhaltung der Schuldenbremse nötigen Querschnittskürzung.

Landwirtschaft und Ernährung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Landwirtschaft und Ernährung	3 706	3 719	3 586	-133	-3,6
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,8	5,6	5,4		
Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen	189	198	163	-35	-17,6
Produktion und Absatz	450	441	430	-11	-2,4
Direktzahlungen	2 799	2 809	2 725	-84	-3,0
Übrige Ausgaben	268	271	267	-4	-1,4

Rund 3,4 Milliarden oder gut 90 Prozent des Landwirtschaftsbudgets werden gemäss Vorgaben des Landwirtschaftsgesetzes über drei Zahlungsrahmen gesteuert. Das Parlament hat die landwirtschaftlichen Zahlungsrahmen für die Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 mit Bundesbeschluss vom 13.3.2013 für die kommenden vier Jahre wie folgt festgelegt:

- Direktzahlungen: 11 256 Millionen
- Produktion und Absatz: 1776 Millionen
- Grundlagenverbesserung und Sozialmassnahmen: 798 Millionen

Die Ausgaben für die Landwirtschaft und Ernährung sinken im Jahr 2015 gegenüber dem laufenden Jahr um 133 Millionen (-3,6 %). Die Minderausgaben verteilen sich auf alle drei Zahlungsrahmen sowie die übrigen Ausgaben.

Die *Direktzahlungen* zur Förderung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft machen mit 2,7 Milliarden rund drei Viertel der Agrarausgaben aus. Sie sinken um 84 Millionen (-3,0 %). Zum einen werden die Direktzahlungen mit der teilweisen Umsetzung des KAP 2014 um 50 Millionen gekürzt. Diese Kürzung wird gleichmässig auf alle Direktzahlungsinstrumente verteilt. Zum anderen werden die Versorgungssicherheitsbeiträge auf dem Grünland um 34 Millionen gekürzt. Dadurch werden die teilweise wegfallenden Erlöse aus der Versteigerung der Fleischzollkontingente infolge der vom Parlament beschlossenen Wiedereinführung der Inlandleistung kompensiert.

Die Mittel im Zahlungsrahmen *Produktion und Absatz* werden für Marktstützungsmassnahmen in den Bereichen Milchwirtschaft, Viehwirtschaft und Pflanzenbau eingesetzt. Die budgetierten Mittel für 2015 gehen im Vergleich zum laufenden Jahr um 11 Millionen zurück (-2,4 %). Der Rückgang lässt sich durch

die teilweise Umsetzung des KAP 2014 und durch die für die Einhaltung der Schuldenbremse nötigen Querschnittskürzungen erklären (insgesamt: -7 Mio.). Weiter wurden 3 Millionen Mindereinnahmen aus der Versteigerung der Fleischzollkontingente bei den Beihilfen Viehwirtschaft kompensiert. Hinzu kommen haushaltsneutrale Umlagerungen zugunsten von Forschungsbeiträgen an das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL).

Die Mittel bei den *Grundlagenverbesserungen und Sozialmassnahmen* sinken um 35 Millionen (-17,6 %). Hauptverantwortlich für den Rückgang sind die grösstenteils auf den landwirtschaftlichen Investitionskrediten umgesetzten Querschnittskürzungen (-30 Mio.). Dazu kommen Minderaufwendungen im Umfang von 3 Millionen bei der Pflanzen- und Tierzucht und 0,7 Millionen bei den Umschulungsbeihilfen infolge der teilweisen Umsetzung des KAP 2014. Der Rest ist auf eine haushaltsneutrale Umlagerung von Mitteln aus den Investitionskrediten zugunsten der Forschungsbeiträge (FiBL) zurückzuführen.

Die *übrigen Ausgaben*, welche nicht über die Zahlungsrahmen gesteuert werden, nehmen um 4 Millionen ab. Zum einen sinken die Ausgaben für die landwirtschaftlichen Familienzulagen um fast 6 Millionen, weil die Anzahl der Bezugsberechtigten bedingt durch den Strukturwandel abnimmt und weil die Bauernfamilien infolge des Einbezugs der Selbständigerwerbenden ins Familienzulagengesetz (FamZG) vermehrt nach dem FamZG statt nach dem Bundesgesetz über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) abrechnen. Dieser Rückgang wird teilweise kompensiert durch Mehrausgaben von gut 2 Millionen bei den Forschungsbeiträgen zugunsten des FiBL. Für die Ausfuhrbeiträge für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte («Schoggigesetz») stehen wie im Vorjahr Mittel im Umfang von 70 Millionen zur Verfügung.

27 Beziehungen zum Ausland – Internationale Zusammenarbeit

Die Beziehungen zum Ausland sind wie in den Vorjahren geprägt durch den markanten Anstieg der Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit. Dämpfend auf das Wachstum wirkt sich insbesondere der rückläufige Beitrag an die Erweiterung der EU aus.

Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3 292	3 569	3 701	132	3,7
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	5,2	5,4	5,5		
Politische Beziehungen	789	757	726	-31	-4,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	2 290	2 483	2 674	191	7,7
Wirtschaftliche Beziehungen	212	329	301	-28	-8,6

Sinkende Ausgaben bei den politischen Beziehungen

Die wichtigste Ursache für den Rückgang der Ausgaben im Bereich der *politischen Beziehungen* (-4,1%; -31 Mio.) ist technischer Natur: Die Ausgaben für die beiden Genfer sicherheitspolitischen Zentren GICHD (Geneva International Centre for Humanitarian Demining) und DCAF (Geneva Centre for the Democratic Control of Armed Forces) werden der APD-Quote gemäss OECD angerechnet. Mit dem Voranschlag 2015 wird dies mit der Neuzuteilung der Ausgaben zur *Entwicklungshilfe* berücksichtigt (-23 Mio.).

Weitere Einflussfaktoren sind die einmaligen Ausgaben für die OSZE-Ministerratstagung, welche 2014 in Basel stattfindet (-16 Mio.) sowie die rückläufigen Beiträge der Schweiz an die UNO aufgrund der nicht linearen Zahlungsperioden für die Pflichtbeiträge an die friedenserhaltenden Operationen (-10 Mio.). Erhöht haben sich hingegen die veranschlagten Ausgaben für die Darlehen, welche der Bund über die Immobilienstiftung FIPOI der WHO und der IFRC für die Finanzierung von Vorbereitungsarbeiten von Bauvorhaben gewährt (+10 Mio.) sowie die Durchführungskosten für den Schweizer Auftritt an der Weltausstellung in Mailand (+5 Mio.).

Anhaltendes Wachstum bei der Entwicklungshilfe

Weiterhin stark wachsend (+191 Mio.; +7,7%) zeigt sich der Bereich der *Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)*. Mit dem Anstieg soll der Wachstumspfad zur Erreichung einer APD-Quote von 0,5 Prozent bis 2015 gemäss Vorgabe des Parlaments abgeschlossen werden. Der Anstieg konzentriert sich auf die

technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe (+125 Mio.), die Humanitäre Hilfe (+71 Mio.) und die wirtschaftliche Entwicklungszusammenarbeit (+16 Mio.). Die Beiträge an multilaterale Organisationen sind hingegen aufgrund des tieferen Beitrags an die Wiederauffüllung des Fonds der internationalen Entwicklungsorganisation (IDA) rückläufig (-21 Mio.).

Wirtschaftliche Beziehungen geprägt vom Rückgang beim Erweiterungsbeitrag

Die Ausgaben für die *wirtschaftlichen Beziehungen* verzeichnen einen Rückgang um 8,6 Prozent (-28 Mio.). Dieser ist vollumfänglich durch die tiefer veranschlagten Auszahlungen der DEZA für den Beitrag der Schweiz an die Erweiterung der EU zurückzuführen. Nach einer von Projektverzögerungen geprägten Anfangsphase wird die Spitze der Auszahlungen gemäss Planung im Jahr 2014 erreicht; danach werden die Beiträge bis zum Abschluss sämtlicher Projekte abnehmen.

APD-Quote

Die öffentliche Entwicklungshilfe (aide publique au développement, kurz: APD) umfasst gemäss Definition der OECD alle Finanzströme an Entwicklungsländer und an multilaterale Entwicklungsorganisationen, die (i) aus dem öffentlichen Sektor stammen, (ii) vorrangig auf die Erleichterung der wirtschaftlichen Entwicklung und die Verbesserung der Lebensbedingungen abzielen und (iii) zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Die APD-Quote ist eine statistische Grösse, welche die APD-Ausgaben eines Landes in Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) misst und häufig für internationale Vergleiche verwendet wird.

28 Übrige Aufgabengebiete

In den sechs übrigen Aufgabengebieten wachsen die Ausgaben insgesamt um 299 Millionen (+4,6 %). Wichtigster Treiber ist der erwartete Mehrertrag aus der CO₂-Abgabe, der teils rückverteilt und teils in die Förderung der Energieeffizienz (v.a. Gebäudeprogramm) fliesst. Bereinigt um diesen Faktor nehmen die Ausgaben noch um 88 Millionen zu (+1,4 %).

Übrige Aufgabengebiete

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Übrige Aufgabengebiete	5 774	6 503	6 802	299	4,6
% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	9,1	9,8	10,2		
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 489	2 682	2 745	63	2,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1 053	1 109	1 119	10	0,9
Kultur und Freizeit	502	500	508	8	1,5
Gesundheit	219	229	233	4	1,8
Umwelt und Raumordnung	1 007	1 329	1 459	130	9,8
Wirtschaft	505	655	740	85	12,9

Im Aufgabengebiet *institutionelle und finanzielle Voraussetzungen* nehmen die Ausgaben gegenüber dem Voranschlag 2014 um knapp 63 Millionen zu. Rund die Hälfte davon entfällt auf die Teilaufgaben Informatik (+23 Mio., namentlich Ersatzbeschaffungen bei den zentralen Leistungserbringern EFD und VBS) sowie auf die Legislative (+11 Mio., IKT-Ausrüstung). Mehrbedarf wird im Weiteren für Steuern und Abgaben (+8 Mio.), Meteorologie (+6 Mio., v.a. Beitrag an EUMETSAT) sowie Bauten und Logistik (+5 Mio.) eingestellt.

Für *Ordnung und öffentliche Sicherheit* wird ein Mehrbedarf in Höhe von knapp 10 Millionen budgetiert. Davon kommen gut 8 Millionen den Grenzkontrollen zugute, wo Mehrausgaben für Geräte und Anlagen sowie für die Aufstockung des Personalbestands (GWK, Sicherheitsbeauftragte Luftverkehr) eingeplant werden; auch nimmt der Mittelbedarf für die altrechtliche Vorruhestandsregelung leicht zu. In der Aufgabe Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug steigt das Budget um knapp 5 Millionen, namentlich für den Schutz internationaler Vertretungen in Genf sowie für die Teilnahme der Schweiz an der künftigen Agentur der Schengen IT-Systeme. Umgekehrt sinken die Ausgaben für die Bundesgerichte um knapp 3 Millionen. Der Mittelbedarf für das allgemeine Rechtswesen bewegt sich auf dem Vorjahresniveau.

Im Aufgabengebiet *Kultur und Freizeit* wachsen die Ausgaben um 8 Millionen (+1,5 %). Die Mehrausgaben fliessen fast vollständig in die Kulturerhaltung, wo die Bundesbeiträge an Projekte im Bereich Heimatschutz und Denkmalpflege im letzten Jahr der laufenden Programmvereinbarungen 2012–15 erfahrungsgemäss stärker beansprucht werden. Ein leicht sinkender Mittelbedarf wird in der Kulturförderung verzeichnet. Nachdem die Ausgaben im Sport in den Vorjahren kräftig zugenommen haben, stabilisiert sich hier das Budget im Voranschlagsjahr; auch in der Medienpolitik steigen die Ausgaben nur geringfügig.

Das Aufgabengebiet *Gesundheit* wächst um rund 4 Millionen (+1,8 %). Die Zunahme geht im Wesentlichen auf die Schaffung des neuen Bundesamts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) zurück, dessen Tätigkeit und Mittelbedarf verstärkt im Gebiet Gesundheit abgebildet werden. Der Vorgang erfolgt insgesamt ausgabenneutral. Bereinigt um diese Mittelverschiebung bleibt das Gesundheitsbudget stabil.

Für *Umwelt und Raumordnung* gibt der Bund 130 Millionen mehr aus als im Voranschlag 2014 (+9,8 %). Wichtigster Faktor ist die Rückverteilung der Erträge aus der CO₂-Abgabe, die im Zuge höherer Ertragsersparungen im Voranschlagsjahr sowie aufgrund der Rückerstattungskorrektur für das Jahr 2013 um 141 Millionen zunimmt; auch bei der VOC-Lenkungsabgabe geht der Voranschlag von grösseren Einnahmen und damit einem Anstieg des Rückverteilungsbetrags aus (+6 Mio.). Während in den Aufgaben Naturschutz und Raumordnung weitgehend gleichbleibende Ausgaben geplant sind, nimmt das Budget für den Schutz vor Naturgefahren ab (-15 Mio.). Der Rückgang ist im Wesentlichen auf die partielle Umsetzung des KAP 2014 zurückzuführen.

Schliesslich weist der Voranschlag im Aufgabengebiet *Wirtschaft* einen Mehrbedarf von 85 Millionen (+12,9 %) aus. Wie im Vorjahr findet das Wachstum fast vollständig im Bereich Energie statt, in dem für das Gebäudeprogramm aufgrund der höher kalkulierten Einnahmen aus der CO₂-Abgabe 70 Millionen mehr zur Verfügung stehen; sodann werden für das erste Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 insgesamt 15 Millionen an zusätzlichen Mitteln bereit gestellt. Bei den beiden anderen Aufgaben bleiben die Ausgaben insgesamt unverändert: Einem leichten Anstieg im Bereich Wirtschaftsordnung steht ein schwacher Rückgang für die Standortförderung, Regionalpolitik und wirtschaftliche Landesversorgung gegenüber.

31 Haushaltsrisiken

Die Offenlegung der Haushaltsrisiken soll gemäss den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds (IWF) das Risikomanagement unterstützen. Das vorliegende Kapitel gibt einen Überblick und quantifiziert mittels einer Sensitivitätsanalyse die bestehenden Prognoserisiken im Budget.

Haushaltsrisiken des Bundes

Die untenstehende Tabelle fasst die Offenlegung der Haushaltsrisiken beim Bund zusammen und verweist auf die entsprechenden Publikationen. Die Vorgaben des IWF werden dabei in unterschiedlichem Ausmass erfüllt. Die Eidg. Finanzverwaltung (EFV) prüft fortlaufend mögliche Verbesserungen.

Das umfassende Risikomanagement des Bundes (s. Band 1, Ziff. 61/3) beinhaltet nicht nur die Haushaltsrisiken, sondern beispielsweise auch juristische Risiken und Reputationsrisiken. Die Vorgaben bezüglich Risikoerfassung und Risikobewertung decken sich grösstenteils mit dem empfohlenen Ausweis gemäss IWF-Richtlinien (vgl. Box).

Haushaltsrisiken als Gefahr von Budgetabweichungen

Unter Haushaltsrisiken versteht man die Gefahr, dass die Abschlüsse der staatlichen Haushalte wesentlich von den budgetierten/geplanten Werten abweichen. Diese Gefahr besteht selbst dann, wenn ein Budget «auf Grund sorgfältiger Schätzung des voraussichtlichen Bedarfs festgesetzt» wird, wie es das Finanzhaushaltsgesetz in Artikel 32 vorschreibt. Ausgaben und Einnahmen beruhen auf zahllosen Annahmen über Ereignisse, die durch gesetzliche Bestimmungen oder vertragliche Verpflichtungen finanzielle Konsequenzen für den Staatshaushalt haben. Das effektive Eintreten des Ereignisses ist aber nur in den seltensten Fällen sicher. Eine sorgfältige Budgetierung kann sich nur an den (im Zeitpunkt der Budgetierung) wahrscheinlichsten relevanten Ereignissen orientieren – Abweichungen von den Plangrössen beim Budgetvollzug sind damit abhängig vom Ausmass der Unsicherheit.

Ein wichtiges Beispiel sind die makroökonomischen Referenzgrössen, die dem Budget zugrunde liegen: Sie orientieren sich zwar an Expertenprognosen, die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung wird aber in aller Regel davon abweichen. Die konjunktursensitiven Steuereinnahmen verfehlen dann den Budgetwert, und auch bestimmte Ausgaben (etwa bei den Sozialversicherungen oder den Schuldzinsen) fallen deswegen oftmals anders aus als geplant. Das nachfolgende Kapitel «Sensitivitätsanalyse volkswirtschaftlicher Eckwerte» zeigt auf, wie einzelne Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Voranschlag auf mögliche Änderungen der makroökonomischen Referenzgrössen reagieren.

Umgang mit Haushaltsrisiken

Gemäss den Richtlinien des IWF stützt sich der Umgang mit Haushaltsrisiken auf die drei Pfeiler Identifizierung, Offenlegung und Management:

Die *Identifizierung* umfasst die Feststellung/Benennung und Quantifizierung konkreter Haushaltsrisiken. Dabei unterscheidet der IWF drei Arten von Risiken:

1. *Makroökonomische bzw. Prognose-Risiken* beziehen sich insbesondere auf das Bruttoinlandprodukt (BIP), die Teuerung, das Zinsniveau oder die Wechselkurse.
2. *Explizite Risiken* entstehen wenn bestehende Verpflichtungen durch ein bestimmtes (nicht budgetiertes) Ereignis einen Finanzierungsbedarf auslösen. Explizite Risiken betreffen beispielsweise die Schuldenverwaltung, Pensionskassen oder staatliche Unternehmen.

Offenlegung der Haushaltsrisiken**Makroökonomische Risiken**

Sensitivitätsanalyse makroökonomischer Referenzgrössen	Kapitel «Haushaltsrisiken», Band 3 zum Voranschlag
Bruttoinlandprodukt (BIP)	Kapitel «Alternativszenarien», Band 3 zum Voranschlag sowie Finanzplan
Schuldenverwaltung	Band 5 Finanzplan, Anhang 4
Eventualverbindlichkeiten	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Vorsorgeverpflichtungen	Band 1 der Staatsrechnung, Anhang
Staatliche Unternehmen	Konsolidierte Rechnung Bund
Steuervergünstigungen	Kapitel «Steuervergünstigungen» Band 1 zum Voranschlag, Anhang; Bericht ESTV; Teil des Subventionsberichts
Sozialversicherungen	«Öffentliche Finanzen der Schweiz», Publikation des Bundesamtes für Statistik

Politische Risiken

Mehrausgaben/Steuersenkungen	Band 5 Finanzplan, Kapitel «Mögliche Mehrbelastungen»
------------------------------	---

3. *Implizite Risiken* entstehen nicht durch eine explizite Verpflichtung sondern durch öffentlichen Druck (z.B. bei Naturkatastrophen, Sozialversicherungen).

Eine weitere Risikokategorie stellen «*politische Risiken*» dar. Dabei handelt es sich um Belastungen des Haushaltes durch mögliche zukünftige Beschlüsse der politischen Entscheidungsträger, beispielsweise in Form von Mehrausgaben oder Steuersenkungen.

Die quantitative Bedeutung der Haushaltsrisiken bemisst sich an den möglichen finanziellen Folgen der jeweiligen Ereignisse und an deren Eintretenswahrscheinlichkeit. Die Quantifizierung erlaubt eine Priorisierung bei der Handhabung der Haushaltsrisiken.

Mit der *Offenlegung* von Haushaltsrisiken soll deren Management unterstützt werden. Eine hohe Transparenz kann beispielsweise zu einer verbesserten Bonität führen und somit die Kosten bei der Geldaufnahme reduzieren. Eine Offenlegung wird im Allgemeinen nicht empfohlen, wenn dadurch ein «Moral Hazard»-Problem (Anreizproblem) entstehen könnte. Diese Gefahr besteht namentlich bei den impliziten Risiken. Die Offenlegung des Risikos einer Stützung von Unternehmungen im Privatsektor kann beispielsweise deren Risikoverhalten negativ beeinflussen.

Ein erfolgreiches *Management* von Haushaltsrisiken stützt sich gemäss IWF auf Strategien in der Wirtschaftspolitik und der Schuldenverwaltung. Zudem ist eine klare Zuteilung von Rollen und Verantwortlichkeiten in Bezug auf den Umgang mit Haushaltsrisiken notwendig.

IWF-Richtlinien zu den Haushaltsrisiken

Der IWF hat 2008 die Richtlinien zu den Haushaltsrisiken veröffentlicht («Fiscal Risks: Sources, Disclosure, and Management»). Im Rahmen des Berichts über die Fiskaltransparenz der Schweiz («Fiscal Report on the Observance of Standards and Codes», kurz «Fiscal ROSC») hat der IWF im Jahr 2009 den Umsetzungsstand der Richtlinien in der Schweiz beurteilt.

Im entsprechenden Bericht kam der IWF zum Schluss, dass die Umsetzung der Richtlinien beim Bund mehrheitlich dem internationalen «Best-Practice-Standard» entspricht. Wesentlich dazu beigetragen hat die im Zuge der Einführung des NRM erfolgte konsequente Orientierung an den «International Public Sector Accounting Standards» (IPSAS) bei der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung.

Auf Grundlage der Richtlinien und des Berichts hat die EFV mögliche Verbesserungen untersucht und das vorliegende Kapitel als Gefäss für die Thematisierung der Haushaltsrisiken geschaffen.

Sensitivitätsanalyse volkswirtschaftlicher Eckwerte

Aus der Sensitivitätsanalyse können einfache «Faustregeln» zum Einfluss ausgewählter volkswirtschaftlicher Eckwerte auf das Budget abgeleitet werden. Sie zeigen, wie gewisse Einnahmen und Ausgabenpositionen im Voranschlag 2015 auf Änderungen des Wirtschaftswachstums oder die kurz- und langfristigen Zinssätze reagieren. Die Sensitivitäten basieren auf Erfahrungswerten und müssen als Grössenordnung verstanden werden.

Die Ergebnisse zeigen beispielsweise, dass bei einem tieferen BIP-Wachstum im Jahr 2015 (-1 %-Punkt) die Fiskaleinnahmen um 1 Prozent zurückgehen, was durch die geringeren Einnahmenanteile (ebenfalls -1 %) nur teilweise aufgefangen wird. Entsprechend fällt das Finanzierungsergebnis um rund 580 Millionen schlechter aus. Die Schuldenbremse würde eine derartige Verschlechterung im Budgetjahr mit einem grösseren Konjunkturfaktor ausgleichen (grösseres konjunkturell zulässiges Defizit).

Die in der nachstehenden Tabelle zusammengefassten Sensitivitätsanalysen basieren auf Annahmen über mögliche makroökonomische Schocks und zeigen die daraus erwarteten

Auswirkungen auf den Bundeshaushalt. Die temporären makroökonomischen Schocks wurden mit Hilfe des Finanzhaushaltsmodells der Eidg. Finanzverwaltung (EFV) simuliert. Die Berechnungen zeigen, dass die Faustregel zur BIP-Sensitivität der Fiskaleinnahmen und der Einnahmenanteile die verschiedenen Schocks relativ gut approximiert. Sie liegt etwa in der Mitte der verschiedenen Ergebnisse. Bei positiven anstelle von negativen Schocks können die Faustregeln ebenfalls verwendet werden. Die Auswirkungen sind ähnlich hoch wie in der Tabelle ausgewiesen, aber in entgegengesetzter Richtung.

Im Unterschied zu den alternativen Budgetszenarien (vgl. Ziff. 32) machen die Faustregeln keine Aussage über die Ursachen der makroökonomischen Schocks und ignorieren auch allfällige Rückkoppelungseffekte («Partialanalyse»). Dies ist vor allem für Änderungen der BIP-Wachstumsrate und deren Auswirkungen auf den Bundeshaushalt von Bedeutung. Ob die Wachstumsverlangsamung durch einen Investitions-, Konsum- oder ausländischen Nachfrageschock ausgelöst wird, hat unterschiedliche Auswirkungen auf die Bundeseinnahmen. Dies betrifft sowohl den Umfang wie auch den Zeitpunkt der Einnahmenreaktion.

Sensitivitätsanalyse

	Δ Voranschlag 2015	
	in Mio.	in %
1 Prozentpunkt tieferes BIP-Wachstum		
Fiskaleinnahmen	-675	-1,0
Einnahmenanteile	-95	-1,0
Finanzierungsergebnis	-580	-
1 Prozentpunkt höhere kurzfristige Zinsen		
Zinsertrag	90	37,0
Passivzinsen	140	7,1
Nettozinsaufwand	50	-
1 Prozentpunkt höhere langfristige Zinsen		
Zinsertrag	35	14,4
Passivzinsen	60	3,0
Nettozinsaufwand	25	-

32 Alternativszenarien

Das makroökonomische Basisszenario ist von verschiedenen Unsicherheiten geprägt. Mit Hilfe von Simulationsrechnungen können die Auswirkungen abweichender Entwicklungen auf den Bundeshaushalt analysiert werden. Die Ergebnisse zeigen, dass bei kurzfristigen konjunkturellen Schwankungen die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt werden. Preisliche Schwankungen kann der Konjunkturfaktor jedoch nicht ausgleichen.

Die volkswirtschaftlichen Eckwerte für den Voranschlag 2015 basieren auf der Juni-Prognose der Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes. Das Schweizer Konjunkturbild ist immer noch zweigeteilt zwischen einer guten Binnenkonjunktur auf der einen und verhaltenen Exporten auf der anderen Seite. Zwar resultierte im Frühjahr 2014 ein relativ robustes Wirtschaftswachstum, aber eine branchenmässig breit abgestützte, positive Export-Trendwende lässt noch auf sich warten. Im weiteren Jahresverlauf rechnet aber die Expertengruppe mit einem allmählich anziehenden Exportwachstum, so dass sich der Konjunkturaufschwung in der Schweiz bis im Jahr 2015 weiter festigen dürfte. Für das Jahr 2014 erwartet die Expertengruppe ein Wachstum des realen Bruttoinlandprodukts von 2,0 Prozent und für 2015 ein solches von 2,6 Prozent.

Dieser Konjunkturausblick wird allerdings von positiven und negativen Risiken geprägt:

- Im Fokus der negativen Risiken bleibt insbesondere das fragile Finanzsystem im Euroraum. Viele Banken in den Peripherieländern sind mit der Bereinigung ihrer Bilanzen beschäftigt und entsprechend zurückhaltend bei der Kreditvergabe an die Unternehmen, wodurch in diesen Ländern die wirtschaftliche Genesung erschwert wird und die potenzielle Deflationsgefahr wächst. Eine Deflation würde den Erholungskurs der Eurozone stark gefährden und hätte auch entsprechend negative Folgen für die Schweiz.
- In Bezug auf die positiven Risiken spielt die weltweite Investitionskonjunktur eine wichtige Rolle. Rund sechs Jahre nach dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise liegen die Investitionsquoten in vielen OECD-Staaten weiterhin deutlich unter dem durchschnittlichen Niveau der Jahre 1980–2007. Eine Erholung der Investitionstätigkeit könnte der Weltwirtschaft neue Impulse verleihen, von denen auch die Schweizer Wirtschaft profitieren würde. Die beschriebenen Risiken und die möglichen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt werden nachfolgend erörtert.

Negatives Szenario: Deflation im Euroraum

Den Ausgangspunkt für das negative Szenario bildet eine Abschwächung der Konjunktur im Euroraum bei gleichzeitig anhaltend starker Währung. Der negative Konjunkturschock führt in Verbindung mit den unterausgelasteten Kapazitäten und der hohen Arbeitslosigkeit zu negativen Teuerungsraten im Euroraum und stürzt die Region im Jahr 2015 in eine Rezession. Die reale Schuldenlast der Unternehmen sowie der öffentlichen

und privaten Haushalte nimmt zu und belastet die Konsum- und Investitionstätigkeit. In der Folge nimmt die Nachfrage nach Schweizer Gütern und Dienstleistungen ab, während die aus dem Euroraum importierten Güter auch das heimische Preisniveau drücken. Zwar fällt die Schweiz nicht in eine Rezession, aber aufgrund der negativen Inflation fällt das nominelle BIP-Wachstum deutlich tiefer aus. In diesem Szenario liegt das reale Bruttoinlandprodukt im Voranschlagsjahr 2015 rund 1,1 Prozent (nominal: 2,5 %) tiefer als im Basisszenario.

Als Konsequenz des starken Rückgangs der nominalen Wirtschaftsleistung, ist beim Bund mit Mindereinnahmen von rund 1,1 Milliarden zu rechnen. Da der wirtschaftliche Einbruch real betrachtet (d.h. ohne Effekte der negativen Preisentwicklung) weniger stark ausfällt, kann der höhere Konjunkturfaktor die Mindereinnahmen nicht vollständig kompensieren. Konkret erhöht sich das konjunkturell zulässige Defizit lediglich um 0,5 Milliarden und erlaubt insgesamt ein Finanzierungsdefizit von 0,2 Milliarden. Gleichzeitig erfährt der Bundeshaushalt – primär aufgrund niedriger Anteile Dritter an den Bundeseinnahmen – ausgabenseitige Entlastungen. Diese Entlastungen sowie das höhere zulässige konjunkturelle Defizit vermögen allerdings die Mindereinnahmen nicht vollständig zu kompensieren, so dass ein strukturelles Defizit von 0,2 Milliarden resultiert. Die Vorgaben der Schuldenbremse werden somit im pessimistischen Szenario leicht verfehlt.

Positives Szenario: Investitionsboom in USA, GB und Deutschland

Fragile Finanzsektoren und ein Schuldenüberhang der privaten Sektoren, gepaart mit den Konsolidierungsmassnahmen der öffentlichen Haushalte und einer allgemeinen Unsicherheit bezüglich der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sind die Hauptgründe für den eingangs beschriebenen Investitionsstau in zahlreichen OECD-Staaten. Das positive Szenario geht davon aus, dass die Unsicherheiten abnehmen und insbesondere in den Ländern USA, Grossbritannien sowie Deutschland die Investitionen deutlich anziehen. Bereits im Jahr 2015 erreichen die Investitionsquoten wieder das durchschnittliche Niveau der Jahre 1980–2007 (davon ausgenommen sind die Wohnbauinvestitionen). Gleichzeitig behalten die massgebenden Notenbanken ihre unterstützende Geldpolitik bei. Insbesondere die Schweizer Investitionsgüterindustrie bekommt diese zusätzlichen Impulse zu spüren, doch auch die Auslandsnachfrage nach anderen Schweizer Gütern und Dienstleistungen nimmt zu. Dadurch fällt die Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung besser aus als im Basisszenario, was

wiederum die private Konsumtätigkeit stärkt. In diesem Szenario liegt das reale Bruttoinlandprodukt rund 0,5 Prozent (nominal: 0,6%) höher als im Basisszenario.

Dank der besseren konjunkturellen Entwicklung erhöhen sich die Bundeseinnahmen in diesem Szenario um rund 0,4 Milliarden. Gleichzeitig verschärfen sich die Anforderungen der Schuldenbremse: Der geforderte konjunkturelle Überschuss steigt um 0,3 Milliarden. Der verbleibende Spielraum von rund 0,1 Milliarden wird allerdings durch höhere Ausgaben bei den Einnahmenanteilen aufgebraucht. Insgesamt verändert sich strukturelle Überschuss nur minimal, so dass die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllt werden.

Fazit

In beiden Szenarien zeigt sich, dass konjunkturelle Schwankungen im Voranschlag 2015 nur einen geringen Einfluss auf den strukturellen Saldo des Bundeshaushaltes haben. Dank der konjunkturgerechten Ausgestaltung der Schuldenbremse wird das schlechtere Finanzierungsergebnis durch einen grösseren Konjunkturfaktor (und umgekehrt) fast vollständig kompensiert, und der Bundeshaushalt kann seine Wirkung als automatischer Stabilisator entfalten. Preisliche Schwankungen kann der Konjunkturfaktor jedoch nicht ausgleichen.

41 Personal

Gegenüber dem Voranschlag 2014 steigt der Personalaufwand um 74 Millionen (+1,3 %) an. Der Zuwachs entfällt auf die Exekutive und auf die Globalkredite für Lohnmassnahmen und Arbeitgeberbeiträge.

Personal	Rechnung	Voranschlag	Voranschlag	Differenz zu VA 2014	
	2013	2014	2015	absolut	%
Mio. CHF					
Personalaufwand	5 476	5 482	5 556	74	1,3
Personalaufwand zu Lasten von Personalkrediten	5 345	5 330	5 401	71	1,3
Legislative	74	77	77	1	0,7
Entschädigungen für Parlamentarier	37	40	39	-1	-2,1
Personalaufwand	36	37	38	1	3,6
Übriger Personalaufwand	-	0	0	0	11,3
Judikative	140	152	148	-4	-2,4
Bezüge Bundesrichter	40	41	41	0	-0,7
Personalaufwand	99	109	106	-3	-3,2
Übriger Personalaufwand	1	2	2	0	4,0
Exekutive	4 752	4 879	4 929	50	1,0
Bezüge BR und BK	4	4	4	0	0,0
Bezüge Kommissionen	1	1	1	0	-7,6
Personalaufwand	4 616	4 723	4 771	48	1,0
Personalaufwand Lokalpersonal EDA	64	74	74	0	0,0
Übriger Personalaufwand	67	78	80	2	2,3
Global- und Spezialkredite	380	222	246	24	10,9
Berufliche Integration	-	12	6	-6	-50,0
Hochschulpraktikanten	-	8	13	6	76,5
Lernende	-	18	18	0	-0,2
Lohnmassnahmen	-	0	10	10	9 209,1
Arbeitgeberbeiträge global	250	39	58	19	49,7
Arbeitgeberleistungen	72	76	70	-5	-7,0
Umstrukturierungen (Sozialplankosten)	3	7	7	0	-6,7
Vorruhestandsurlaub	55	63	63	1	1,4
Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten	131	152	155	3	2,1
Aufwand für befristet angestelltes Personal	131	152	155	3	2,1
Personalausgaben	5 459	5 482	5 556	74	1,3

Hinweise:

- Personalaufwand: Personalbezüge und Arbeitgeberbeiträge
- Lohnmassnahmen: Im Voranschlag 2015 vorsorglich eingestellte Lohnmassnahmen
- Arbeitgeberbeiträge global: In der Rechnung 2013 dezentralisiert, im Voranschlag 2014 zum Teil bereits dezentralisiert und im Voranschlag 2015 für zentral budgetierte Vorhaben sowie zum Ausgleich der Arbeitgeberbeiträge bei Altersdifferenzen (vor Abtretung); umfasst u.a. auch die zusätzlichen Arbeitgeberbeiträge für die neue Vorsorgelösung gemäss Verordnung über die Pensionierung von Angehörigen der besonderen Personalkategorien (VPABP).
- Arbeitgeberleistungen: Überbrückungsrenten nach Art. 88f BPV, Art. 116c BPV, Berufsunfall und Berufsinvalidität, Altlasten PKB (Prozessrisiken), familienergänzende Kinderbetreuung

Legislative

Der Personalaufwand bei der Legislative steigt gegenüber dem Voranschlag 2014 um knapp 1 Million an.

Judikative

Der Rückgang bei der Judikative (-4 Mio.) entsteht grösstenteils bei den Arbeitgeberbeiträgen des Bundesgerichts (-0,8 Mio.) sowie bei den Personalbezügen des Bundesverwaltungsgerichts (-2,0 Mio.).

Exekutive

Der gesamte Personalaufwand¹ der Exekutive nimmt gegenüber dem Voranschlag 2014 um total 50 Millionen (+1,0 %) zu. Dies erklärt sich im Wesentlichen mit folgenden Faktoren:

- Eine Zunahme im Umfang von 24 Millionen bzw. 150 Stellen erklärt sich mit Internalisierungen. Angestossen durch eine Prüfung der Parlamentarischen Verwaltungskontrolle beschloss der Bundesrat, verschiedene bisher extern bezogene Dienstleistungen in Zukunft mit eigenem Personal zu erbringen. Die Internalisierung erfolgt teils aus wirtschaftlichen Gründen (günstigere Leistungserstellung), teils aber auch zur Verringerung des Risikos (Sicherung des Knowhows). Gleichzeitig nimmt der Sach- und Betriebsaufwand ab, wobei für den Bundeshaushalt eine Nettoeinsparung von 5 Millionen resultiert.
- Im Voranschlag 2014 wurde für die neuen Stellen nur die Hälfte der Mittel gesprochen, weil diese in den meisten Fällen erst im Verlauf eines Jahres besetzt werden können. Ab 2015 sind diese Stellen voll budgetiert (+12 Mio.).
- Gut 28 Millionen oder 293 Vollzeiteinheiten entfallen auf stellenseitige Massnahmen im Zusammenhang mit Aufgabenerweiterungen und -intensivierungen. Dazu gehören namentlich eine Verstärkung der Steuerkontrollen und der Ressourcen für das Amtshilfeverfahren (ESTV, SIF), Aufstockungen beim Grenzwachtkorps (EZV), der Abschluss neuer und die Pflege bestehender Freihandelsabkommen (SECO), die Energiestrategie 2050 (BFE, SECO), die Überbrückung von Kapazitätsengpässen und Sicherstellung des Wissenstransfers (Verteidigung) sowie zusätzlicher Ressourcenbedarf für die Visaverfahren in den Vertretungen (EDA). Rund ein Drittel der Stellen ist über Mehreinnahmen oder durch Kompensationen im Sach- oder Subventionsaufwand finanziert. Auch im Voranschlag 2015 werden die Mittel für die Mehrzahl der neuen Stellen nur zur Hälfte gesprochen. Um das Wachstum des Personalaufwandes zusätzlich zu bremsen, hat der Bundesrat beschlossen, die Mittel für sämtliche neuen Stellen um 15 Prozent zu kürzen (im Voranschlag und im Finanzplan).
- Im Rahmen der Gesamtbeurteilung Ressourcen im Personalbereich hat der Bundesrat entschieden, die Einstufung der Grenzwächterinnen und Grenzwächter um zwei Lohnklassen anzuheben, was zu einer Aufstockung von insgesamt gut 4 Millionen führt.
- Beim Bundesamt für Migration können nach dem realisierten Pendenzenabbau bei den hängigen Asylgesuchen rund 100 befristete Stellen (-17 Mio.) abgebaut werden. Ferner nimmt dessen Personalaufwand um weitere rund 9 Millionen ab, weil die Dolmetscher für Anhörungen neu über den übrigen Betriebsaufwand finanziert werden (Änderung des Vertragsverhältnisses).

- Der Personalaufwand der FLAG-Verwaltungseinheiten nimmt unter Ausklammerung der stellenseitigen Aufstockungen aus der Gesamtbeurteilung Ressourcen und den Internalisierungen um weitere gut 13 Millionen zu.
- In verschiedenen Verwaltungseinheiten nimmt der Personalaufwand aufgrund der Befristung von Stellen ab (-4 Mio.).
- Der übrige Personalaufwand nimmt um 2 Millionen zu. Die Zunahme ist auf Aufstockungen im Bereich der Aus- und Weiterbildung im Verteidigungsbereich des VBS zurückzuführen.

Global- und Spezialkredite

Lohnmassnahmen

Für einen allfälligen Teuerungsausgleich sind vorsorglich Mittel im Umfang von 0,2 Lohnprozenten (10 Mio.) eingestellt. Die definitiven Lohnmassnahmen 2015 werden erst nach den Lohnverhandlungen zwischen den Sozialpartnern und in Kenntnis der Ergebnisse der Lohnrunde in der Privatwirtschaft festgelegt.

Arbeitgeberbeiträge global

Der Mehrbedarf von 19 Millionen ist hauptsächlich auf die zentral beim Eidg. Personalamt eingestellten Arbeitgeberbeiträge zurückzuführen, welche erst nach der Verabschiedung des Voranschlags durch das Parlament an die Verwaltungseinheiten dezentralisiert werden.

Arbeitgeberleistungen

Die Arbeitgeberleistungen nehmen gegenüber dem Voranschlag 2014 um 5 Millionen ab. Die Nettoabnahme begründet sich hauptsächlich mit der Abnahme der Mittel für die Finanzierung des Arbeitgeberanteils bei den Überbrückungsrenten bei vorzeitigen, freiwilligen Pensionierungen gemäss Art. 88f BPV (SR 172.220.III.3). Der Bundesrat hat beschlossen, per 1.8.2014 den Arbeitgeberanteil zu senken, was zu einem Minderaufwand von knapp 7 Millionen führt. Die kaum steuerbaren vorzeitigen Pensionierungen führen beim EDA zu einem Minderaufwand von gut 1 Million, beim VBS (Verteidigungsbereich) jedoch zu einer Aufwandszunahme von gut 2 Millionen.

Vorruhestandsurlaub

Der Aufwand bleibt zurzeit noch stabil, wird aber wegen der neuen Versicherungslösung nach VPABP (SR 172.220.III.35) ab 2018 schrittweise wegfallen.

Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten

Beim Personalaufwand zu Lasten von Sachkrediten beträgt der Nettozuwachs 3 Millionen (inkl. AGB). Die Aufstockungen fallen hauptsächlich beim EDA (+5,7 Mio.) an und sind auf die Weltausstellungen, bestimmte Aktionen der Entwicklungszusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung humanitärer Aktionen zurückzuführen. Die restlichen Departemente verzeichnen Minderaufwendungen von insgesamt 3,5 Millionen.

¹ In diesem Absatz wird der Personalaufwand inklusive Arbeitgeberbeiträge kommentiert. Für eine separate Betrachtung der Personalbezüge vgl. Band 1, Ziff. 6 (im Durchschnitt 17% tiefer).

42 Investitionen

Eine stabile Investitionstätigkeit des Bundes ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherstellung der Aufgabenerfüllung in der Zukunft. Die Investitionen auf Ebene der Staatsrechnung liegen mit gut 8,6 Milliarden hundert Millionen über dem laufenden Jahr (+1,2%). Dieses Wachstum ist grösstenteils auf Investitionen ausserhalb des Verkehrsbereichs zurückzuführen.

Investitionen in der Staatsrechnung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Investitionsausgaben	7 763	8 503	8 609	106	1,2
Öffentlicher Verkehr	3 605	3 805	3 876	70	1,8
Strassenverkehr	1 999	2 310	2 257	-53	-2,3
Übrige Investitionen	2 159	2 388	2 477	89	3,7

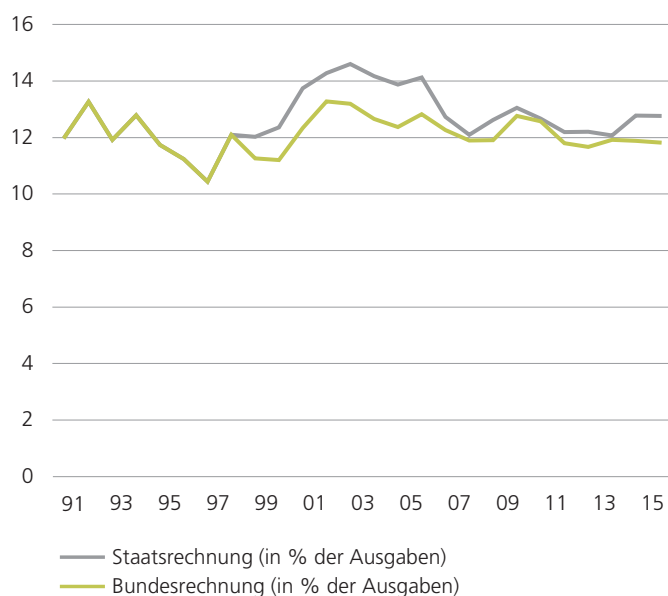
Das Kapitel zeigt ein Gesamtbild der Bundesinvestitionen. Dafür wurden die Investitionsausgaben des Bundeshaushalts und der separat geführten Sonderrechnungen konsolidiert (vgl. Box).

Verkehrsinfrastruktur

Die Investitionstätigkeit des Bundes konzentriert sich schwerwichtig auf den Verkehrsbereich. 2015 liegt dessen Anteil an den Gesamtinvestitionen bei gut 70 Prozent. Mit Mehrausgaben von lediglich 17 Millionen (+0,3 %) ist der Beitrag des Verkehrsbereichs zum Wachstum der Investitionsausgaben jedoch eher gering. Während im öffentlichen Verkehr ein Wachstum von 70 Millionen (+1,8 Mio.) zu verzeichnen ist, gehen die Investitionen in den Strassenverkehr um 53 Millionen (-2,3 %) zurück. Im Einzelnen erklärt sich diese Entwicklung wie folgt:

- Im *öffentlichen Verkehr* ist das Wachstum in erster Linie auf höhere Ausgaben für den Substanzerhalt der Bahninfrastruktur (+66 Mio.; gemäss geltender SBB-Leistungsvereinbarung) sowie auf steigende Investitionsbeiträge an Terminalanlagen (+12 Mio.) zurückzuführen. Demgegenüber bleiben die über den FinöV-Fonds resp. den Infrastrukturfonds finanzierten Investitionen mit 1898 Millionen nahezu unverändert (-5 Mio.). Dabei ist darauf hinzuweisen, dass die Ausgaben des FinöV-Fonds die in der Bundesrechnung verbuchte Fondseinlage nach wie vor um gut 270 Millionen übersteigen. Die Differenz wird durch eine entsprechende Erhöhung der vollverzinslich rückzahlbaren Bevorschussung an den FinöV-Fonds ausgeglichen.

Entwicklung der Investitionsausgaben (bereinigt, in % der ordentlichen Ausgaben)



Unter Einschluss der Sonderrechnungen (obere Linie) nahm die Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren vorübergehend deutlich zu, mit einer Spitze um das Jahr 2002 (FinöV-Fonds). Abgesehen davon entwickeln sich die Investitionsausgaben relativ stabil.

- Im Voranschlagsjahr 2015 liegen die Investitionen in die *Strasseninfrastruktur* um insgesamt 53 Millionen (-2,3 %) unter dem Niveau von 2014. Hauptgrund dafür sind Projektverzögerungen im Nationalstrassenbereich, von denen sowohl der Unterhalt und Ausbau (-29 Mio.) als auch die Netzfertigstellung und die Engpassbeseitigung betroffen sind (-34 Mio.). Demgegenüber verzeichnen die Beiträge an die Hauptstrassen und an die Strassenprojekte im Agglomerationsverkehr eine leichte Zunahme (+10 Mio.). Der Beitrag des Infrastrukturfonds für den Strassenbau wird im Budgetjahr 910 Millionen betragen. Im gleichen Jahr werden jedoch nur 712 Millionen in den Fonds eingelegt. Dementsprechend werden 198 Millionen aus der Fondsreserve finanziert. Diese wurde in den Jahren 2008 (2600 Mio.) und 2011 (850 Mio.) mittels ausserordentlicher Einmaleinlagen geäufnet und kann für Investitionen in die Nationalstrassen und für Investitionsbeiträge an Hauptstrassen in Berggebieten und Randregionen eingesetzt werden.

Übrige Investitionen

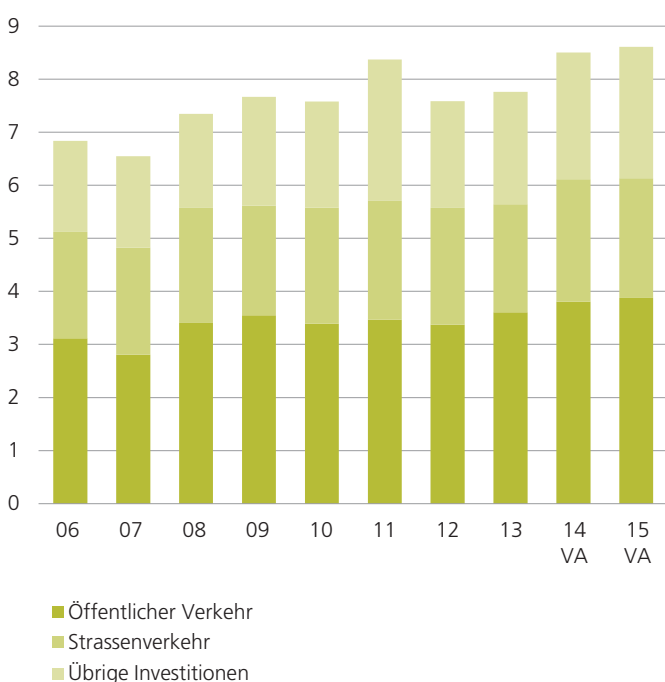
Die Hauptgründe für das Wachstum der Investitionsausgaben liegen 2015 ausserhalb des Verkehrsbereichs. Eine Zunahme ist namentlich in den Bereichen Landesverteidigung (+87 Mio.), Umweltschutz (+51 Mio.) sowie im Aufgabengebiet Beziehungen zum Ausland festzustellen (+35 Mio.). Eine rückläufige Investitionstätigkeit ist demgegenüber in den Bereichen Landwirtschaft (-31 Mio.) sowie Bildung und Forschung (-40 Mio.) vorgesehen. Im Falle der Bildung ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die Beiträge in der Berufsbildung nur anders verbucht werden (Beiträge an Dritte anstatt wie bisher Investitionsbeiträge) und deshalb nicht mehr unter den Investitionen erscheinen.

Im ETH-Bereich schliesslich ist von einem Rückgang der Investitionstätigkeit auszugehen. Während im laufenden Jahr die geplanten Investitionen 247 Millionen betragen, sind für das Voranschlagsjahr Investitionen von 223 Millionen vorgesehen (-23 Mio.).

Ein Blick auf die Entwicklung der Investitionsausgaben (vgl. Grafik Investitionen nach Aufgabengebieten) lässt erkennen, dass diese in den letzten Jahren kontinuierlich gewachsen sind. Seit 2006 betrug ihr Wachstum jährlich durchschnittlich 2,6 Prozent. Von dieser Entwicklung profitierten vor allem der öffentliche Verkehr sowie die übrigen Aufgabengebiete, deren Investitionsvolumen in diesem Zeitraum um je 750 Millionen zugenommen hat. Im Vergleich dazu wuchsen die Investitionen in den Strassenverkehr mit 260 Millionen weniger stark.

Der Bund tätigt rund 35 Prozent seiner Investitionsausgaben ausserhalb des ordentlichen Voranschlags (Bundesrechnung) über den FinöV- resp. den Infrastrukturfonds (Ebene Staatsrechnung). Diese Form der Finanzierung grosser Bauvorhaben hat zur Folge, dass die Investitionen auf der Ebene der Staatsrechnung teilweise starken Schwankungen unterliegen. Dies verdeutlicht ein Blick auf die Entwicklung seit der Jahrhundertwende, als der Bau der NEAT insbesondere in den Jahren 2002–2006 mit hohen Investitionsspitzen verbunden war (vgl. Grafik Entwicklung der Investitionsausgaben). Gleichzeitig blieb der Anteil der auf der Ebene der Bundesrechnung getätigten Investitionen gemessen an den ordentlichen Bundesausgaben in etwa konstant. Die Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2003 hat somit auch relativ betrachtet keine Schwächung der Investitionstätigkeit des Bundes zur Folge gehabt.

Investitionen nach Aufgabengebieten in Mrd.



Die Investitionen in den Strassenverkehr sind seit Mitte des letzten Jahrzehnts vergleichsweise langsam gewachsen. Demgegenüber haben die restlichen Investitionen (öffentl. Verkehr und übrige) im gleichen Zeitraum sowohl nominal als auch relativ an Bedeutung gewonnen.

Unterschiede zwischen Bundesrechnung und Staatsrechnung

Die Bundesrechnung vermittelt kein vollständiges Bild über die Investitionen des Bundes. Neben den direkten Ausgaben aus der Bundesrechnung tätigt der Bund auch Investitionen über die Sonderrechnungen (vgl. Band 4). Dabei handelt es sich um vom Parlament zu genehmigende Rechnungen, welche ausserhalb des Geltungsbereichs der Schuldenbremse geführt werden.

Über zwei dieser Sonderrechnungen, den Fonds für Eisenbahngrossprojekte (FinöV-Fonds) und den Infrastrukturfonds (IF), tätigt der Bund einen massgeblichen Teil seiner Investitionen. In der Bundesrechnung werden

diese Ausgaben nur im Umfang der Einlagen in diese Fonds erfasst. Ausschliesslich in der Sonderrechnung ausgewiesen werden die Investitionen des ETH-Bereichs, da der Finanzierungsbeitrag des Bundes vollständig in der Erfolgsrechnung figuriert (keine Aufteilung in laufende und investive Ausgaben).

In der Sicht der Staatsrechnung, die diesem Kapitel zu Grunde liegt, werden die Investitionsausgaben der Bundesrechnung um jene der Sonderrechnungen ergänzt. Um Doppelzählungen zu vermeiden, wird die Bundesrechnung dabei um die Einlagen in die Fonds bereinigt.

43 Informations- und Kommunikationstechnologien IKT

Der IKT-Aufwand in der zentralen Bundesverwaltung nimmt im Vergleich zum Vorjahr um 32 Millionen oder 2,6 Prozent zu. Der Anstieg ist grösstenteils auf Mehraufwand im Verteidigungsbereich zurückzuführen.

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT)

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ertrag	36	49	56	7	14,3
Ertrag aus Informatikleistungen	21	33	38	5	15,2
Übriger Ertrag	15	16	18	2	12,5
Aufwand	1 105	1 234	1 266	32	2,6
Personalaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	354	374	390	16	4,3
Sach- und Betriebsaufwand	640	736	753	17	2,3
Hardware Informatik	24	32	40	8	25,0
Software	54	45	54	9	20,0
Informatik Betrieb/Wartung	128	145	153	8	5,5
Informatikentwicklung, -beratung, -dienstleistungen	225	299	290	-9	-3,0
Telekommunikation	48	49	50	1	2,0
Übriger Sach- und Betriebsaufwand (nur Leistungserbringer und ISB)	161	166	166	0	0,0
Abschreibungen	111	124	123	-1	-0,8
Investitionsrechnung					
Investitionsausgaben	64	106	98	-8	-7,5
Investitionen Informatiksysteme	25	54	58	4	7,4
Investitionen Software	39	52	40	-12	-23,1
Ausgaben	917	1 074	1 099	25	2,3
Finanzierungswirksamer Aufwand	853	968	1 001	33	3,4
Investitionsausgaben	64	106	98	-8	-7,5

Mit dem Voranschlag 2014 wurde zur Verbesserung der Transparenz über den gesamten IKT-Aufwand der Bundesverwaltung erstmals der gesamte Aufwand und Ertrag des ISB berücksichtigt, dies analog zu den Leistungserbringern. In den Vorjahren waren jeweils nur der IKT-Sachaufwand und die IKT-Investitionen des ISB berücksichtigt worden. Diese Strukturänderung führt zu einer Zunahme des Aufwands um 13 Millionen.

Der *IKT-Aufwand* wird mit 1266 Millionen budgetiert. Der Mehraufwand von 32 Millionen (+2,6%) gegenüber dem Voranschlag 2014 lässt sich mit folgenden Faktoren erklären:

- 29 Millionen im Verteidigungsbereich für den Ersatz der Arbeitsplatzsysteme (+14 Mio.), Mehraufwand für Betrieb, Wartung und Lizenzen von Datenbanken und Anwendungen und Miete von iPhones für «Mobile Device Services» (+8 Mio.), Betrieb SAP V, Supply Chain Automation (Automation der Materialbereitstellung), Ersatz und Unterhalt der Swiss Defence PKI Smartcard (+7 Mio.).
- 5 Millionen bei der Bundesversammlung für die Neukonzeption des Internetauftritts des Parlaments, die Weiterentwicklung bzw. Erweiterungen der persönlichen IKT-Ausrüstung für die Ratsmitglieder und das neue Data Center der Bundesversammlung sowie mehrere Vorhaben mit der Stossrichtung «Digitales Parlament».

- Aufwandsteigerung beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) um 4 Millionen infolge neuer Grossprojekte wie Rollout des Programms Büroautomation inkl. UCC (Unified Communication & Collaboration).
- 6 Millionen beim Bundesamt für Strassen (ASTRA) bedingt durch Umstellungen in der Zugriffs- und Berechtigungsverwaltung sowie Weiterentwicklungen des Informationssystems Verkehrszulassungen.
- 2 Millionen für die Neuausrichtung der Informatik Bundesanwaltschaft für folgende Projekte: Ablösung Geschäftsverwaltung, integrale Sicherheit, System Wirtschaftsermittlung, Erweiterung Analysesystem und Videokonferenz.

Diesen Mehraufwänden stehen 11 Millionen Minderaufwand beim GS-EJPD gegenüber. Grund dafür ist ein geringerer Bedarf in folgenden Bereichen: Projekt Ablösung HP NonStop Plattform (-5 Mio.) und Projekt GEVER EJPD (-2 Mio.) sowie

Programm Umsetzung Schengen/Dublin infolge Neuplanung der Umsetzungsaktivitäten in Abhängigkeit zum Fahrplan der EU (-4 Mio.).

Betrachtet man die Veränderungen gegliedert nach *Aufwandarten*, so nehmen der Sach- und Betriebsaufwand um 17 Millionen sowie der Personalaufwand um 16 Millionen zu. Die Abschreibungen sinken um 1 Million.

- Der Anstieg beim *Personalaufwand* erfolgt beim BIT (+9 Mio.), bei der FUB (+4 Mio.), beim ISC-EJPD (+2 Mio.) und beim ISB (+1 Mio.) und ist mehrheitlich auf die Internalisierung von Personal zurückzuführen (Wegfall von externen Dienstleistungen). Die Aufwendungen für die entsprechenden IKT-Dienstleistungen sinken stärker, so dass zum einen eine Internalisierungsdividende von rund 20 Prozent erreicht werden kann. Zum andern verringert sich die Abhängigkeit von externen Anbietern.
- Beim *Sach- und Betriebsaufwand* sind gegenläufige Entwicklungen zu verzeichnen: einerseits steigt der Aufwand für Hard- und Softwarebeschaffung und der Aufwand für Betrieb/Wartung, andererseits sinkt der Aufwand für Informatikberatung und -dienstleistungen aufgrund der Internalisierung von Personal.

Steuerung im IKT-Bereich

In der Bundesinformatik besteht eine Trennung zwischen Leistungserbringern und Leistungsbezüglern. Das ermöglicht eine bessere Zuordnung der Verantwortung und die Schaffung einer Auftraggeber- und Auftragnehmerbeziehung.

Die *Leistungserbringer* (LE) – BIT, Informatikdienstleistungszentren des EDA, EJPD, WBF und FUB – erbringen als Service-Center Leistungen insbesondere gegenüber den Dienststellen der zentralen Bundesverwaltung und verrechnen sämtliche bundesinternen Leistungen kreditwirksam auf der Basis einer Planvollkostenrechnung. Die Leistungsverrechnung (LV) beläuft sich 2015 auf 432 Millionen. Daneben erbringen das BIT und das ISC-EJPD in geringem Umfang auch Leistungen ausserhalb der zentralen Bundesverwaltung (z.B. für den ALV-Fonds, Swissmedic sowie für Kantone und Gemeinden). Diese Leistungen werden finanzierungswirksam entschädigt. Das ISC-EJPD erbringt zudem Aufgaben in Zusammenhang mit der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Die IKT-LE werden seit dem 1.1.2007 mit Ausnahme der FUB als FLAG-Ämter mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt.

Die für die Leistungserbringung erforderlichen Mittel (Personalaufwand, Sach- und Betriebsaufwand, Abschreibungen sowie Investitionsausgaben) werden bei den LE eingestellt. Durch die Leistungserbringung erwirtschaften diese Erträge: finanzierungswirksam von den externen Bezüglern, LV von den bundesinternen Bezüglern. Dem LV-Ertrag der LE stehen LV-Aufwände der verschiedenen Leistungsbezüglern (Dienststellen) gegenüber.

Der finanzierungswirksame *Ertrag* der IKT-Leistungserbringer steigt gegenüber dem Voranschlag 2014 um 7 Millionen (+14,3%) auf 56 Millionen. Für die Zunahme sind folgende zwei Gründe verantwortlich: beim BIT stehen im Bereich Telekommunikation für den AHV-Fonds, den ALV-Fonds und die Swissmedic genauere Mengenangaben für die Budgetierung zur Verfügung (+5 Mio.), und beim ISC-EJPD wird im Bereich Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (ÜPF) eine steigende Anzahl Überwachungsmassnahmen erwartet (+2 Mio.).

Die *Investitionsausgaben* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2014 um 8 Millionen ab (-7,5%). Dies ist hauptsächlich auf Projektverzögerungen und -redimensionierungen beim ASTRA zurückzuführen.

Die *Ausgaben* nehmen gegenüber dem Voranschlag 2014 um 25 Millionen zu und betragen insgesamt 1099 Millionen. Sie setzen sich aus dem finanzierungswirksamen Aufwand (1001 Mio.) und den Investitionsausgaben (98 Mio.) zusammen. Das Ausgabenwachstum im IKT-Bereich liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Für den Anstieg sind hauptsächlich die beschriebenen Informatikprojekte und Anwendungen verantwortlich. Ein massgeblicher Teil des Wachstums entfällt auf den Ersatz von Arbeitsplatzsystemen im Verteidigungsbereich, welche in Abstimmung mit dem Programm UCC umgesetzt wird.

Gemessen am für die Leistungserbringung benötigten Aufwand ist die FUB mit 392 Millionen der grösste IKT-LE. Es folgen das BIT (345 Mio.), das ISC-EJPD (94 Mio.) und die Informatik EDA (50 Mio.). Kleinster Leistungserbringer ist das ISCECO im WBF (22 Mio.).

Die *Leistungsbezüglern* (LB) können ihre IKT-Leistungen bei bundesinternen LE oder – im Einverständnis mit ihrem Departement – bei externen LE beziehen. Die LB budgetieren die für den Bezug von IKT-Leistungen notwendigen Mittel finanzierungswirksam für extern bezogene Leistungen und als LV-Mittel für bundesintern bezogene Leistungen. Bei den finanzierungswirksamen Mitteln der Leistungsbezüglern handelt es sich insbesondere um Aufwand und Ausgaben für den Kauf bzw. die Entwicklung von amtspezifischen Fachanwendungen und deren Betrieb.

Die Leistungsverrechnung zwischen IKT-LE (LV-Ertrag) und LB (LV-Aufwand) wird in diesem Abschnitt nicht ausgewiesen, da den LV-Aufwänden der LB finanzierungswirksame Aufwände bei den LE gegenüberstehen und diese Aufwände sonst doppelt enthalten wären.

Folgende Kredite werden zentral eingestellt und gesteuert:

- Bund: Informatikreserve Bund; zentrale Mittel für IKT-Vorhaben, welche die Verwaltungseinheiten nicht selbst finanzieren können; Mittel für die Bereitstellung der IKT-Standarddienste und für überdepartementale IKT-Projekte.
- Departemente: Informatikreserven; Mittel für amtsübergreifende IKT-Projekte.

44 Beratung und Auftragsforschung

Für Beratung und Auftragsforschung sind im Voranschlag 2015 insgesamt 298 Millionen vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einer Zunahme von 16 Millionen (+5,6 %). Rund die Hälfte der Mittel entfällt auf die Aufgaben Energie, Umwelt, Nationalstrassen und Landesverteidigung.

Beratung und Auftragsforschung

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Aufwand für Beratung und Auftragsforschung	235	282	298	16	5,6
Allgemeiner Beratungsaufwand	148	201	213	12	5,8
Allgemeiner Beratungsaufwand Unselbständige	17	4	3	0	-7,8
Kommissionen	9	8	8	0	5,4
Auftragsforschung	61	69	73	4	5,8
Ausgaben für Beratung und Auftragsforschung	234	282	298	16	5,6

Im Voranschlag 2015 weisen die folgenden Verwaltungseinheiten die bedeutendsten Budgets für Beratung und Auftragsforschung auf: das Bundesamt für Energie (68 Mio.; Energiestrategie 2050, Vollzug), das Bundesamt für Umwelt (30 Mio.; Vollzug, Forschung und Bildung), das Bundesamt für Strassen (24 Mio.; Expertisen Strassen und Brückenbau) der Verteidigungsbereich (23 Mio.; Projektberatung, IT-Sicherheit, Führungsunterstützung), sowie das Bundesamt für Gesundheit (19 Mio.; Politikvorbereitung, Prävention) und das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (13 Mio.; Berufsbildung, Hochschul- und Forschungsförderung). Gesamthaft entfallen rund 60 Prozent des Beratungs- und Auftragsforschungsaufwands auf diese sechs Einheiten.

Mit einem Zuwachs von knapp 16 Millionen (+5,6 %) nehmen die Aufwendungen des Bundes für Beratung und Auftragsforschung vergleichsweise stark zu. Einen namhaften Mehrbedarf budgetieren vor allem das Bundesamt für Energie (+8,8 Mio. zur Umsetzung des ersten Massnahmenpakets der Energiestrategie 2050) und der Verteidigungsbereich (+8,7 Mio., insbesondere für das Projekt Informationssicherheitsmanagement-System). Daneben weisen auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (+1,3 Mio.), armasuisse Immobilien (+1,2 Mio.) sowie das GS EJPD und das Bundesamt für Bauten und Logistik (je +1 Mio.) einen Mehrbedarf von 1 Million oder mehr aus.

Tiefere Aufwendungen budgetiert insbesondere das Bundesamt für Strassen (-5,5 Mio.; Ablehnung Netzbeschluss Nationalstrassen) und das Bundesamt für Sozialversicherungen aufgrund diverser Projektabschlüsse (-1,2 Mio.). Die Ausgaben der übrigen Einheiten bewegen sich mit geringeren Abweichungen weitgehend auf dem Vorjahresniveau.

Die für 2015 budgetierten Aufwendungen für Beratung und Auftragsforschung liegen deutlich höher als in der Rechnung 2013. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass in der Rechnung beim Beratungsaufwand relativ hohe Kreditreste entstehen können, weil sich der Bedarf nach Beratungsmandaten meist erst relativ kurzfristig erkennen lässt, was eine präzise Budgetierung erschwert.

Abgrenzung der Beratung und Auftragsforschung

Unter Beratung und Auftragsforschung werden Dienstleistungen ausgewiesen,

- deren Empfänger der Bund ist: Zur Beratung zählen somit Gutachten, Expertisen, Auftragsforschung sowie fachliche Beratung in Fragen der Politikgestaltung, der Kommunikation oder der Führung; und
- die einen Beitrag zur Optimierung von Aufgabenerfüllung des Bundes leisten (z.B. Erweiterung der Wissensbasis, Neugestaltung von Prozessen und Organisationen, usw.).

Nicht zur Beratung zählen externe Dienstleistungen, bei denen die Aufgabenerfüllung an Dritte übertragen wird (z.B. Übersetzungen, Durchführung von Kampagnen, externe Revisionen, usw.).

Innerhalb des Beratungsaufwands wird zwischen allgemeiner Beratungstätigkeit (Gutachten, Expertisen) und Auftragsforschung unterschieden (Ressortforschung, Markt- und Meinungsforschung etc.). Unter die Auftragsforschung fällt rund ein Viertel des gesamten Beratungsaufwandes.

45 Bundestresorerie

Dank positivem Rechnungsabschluss ist der Fremdmittelbedarf gering. Wegen der Fälligkeit einer Anleihe im ersten Quartal 2016 werden die Tresoreriemittel um 2,3 Milliarden aufgebaut. Damit erhöht sich per Ende 2015 die Bundesschuld leicht um 0,3 Milliarden. Der Bestand an Eidgenössischen Anleihen nimmt um 0,5 auf 78,8 Milliarden zu. Die Geldmarkt-Buchforderungen verharren mit 9,8 Milliarden weitgehend auf Vorjahresniveau (-0,1 Mrd.).

Dem Bund fließen netto 1,7 Milliarden zu aus dem erwarteten Rechnungsergebnis des Bundeshaushalts, dem Mittelbedarf des Infrastrukturfonds sowie einem geringen Abbau der Tresoreriedarlehen. Da die Tresoreriemittel um 2,3 Milliarden aufgebaut werden sollen, resultiert ein Finanzierungsbedarf von 0,6 Milliarden. Bei den Anleihen ist netto ein Anstieg von 0,5 Milliarden und bei den Geldmarkt-Buchforderungen ein Abbau von 0,1 Milliarden vorgesehen. Die übrigen Verpflichtungen erhöhen sich um 0,2 Milliarden.

Am Kapitalmarkt sind Emissionen von Anleihen im Betrag von 5 Milliarden geplant.

Im Juni 2015 wird eine Anleihe im Umfang von 4,5 Milliarden zur Rückzahlung fällig. Netto werden demnach 0,5 Milliarden am Kapitalmarkt aufgenommen. Entsprechend werden die ausstehenden Anleihen Ende 2015 rund 78,8 Milliarden betragen.

Die Geldmarkt-Buchforderungen werden um 0,1 auf 9,8 Milliarden abgebaut. Die liquiden Mittel erhöhen sich um 2,3 Milliarden. Dieser Aufbau ist nötig, weil im ersten Quartal 2016 eine Anleihe von 6,7 Milliarden fällig wird. Kurzfristige Mittelbedürfnisse und Schwankungen der Tresoreriemittel werden im Rahmen des täglichen Cashmanagements durch Geldmarktkredite und -anlagen abgedeckt.

Im Rahmen des Devisen-Bewirtschaftungskonzepts hat die Tresorerie Fremdwährungen für das Budget 2015 von 360 Millionen Euro und 470 Millionen US-Dollar beschafft und weitgehend gegen Währungsrisiken abgesichert. Dies entspricht 90 Prozent des Euro-Bedarfs, da regelmässig ungeplante Euro-Einnahmen im Umfang von rund 10 Prozent zu verzeichnen sind.

46 Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Die 20 FLAG-Verwaltungseinheiten verantworten rund ein Drittel des Eigenaufwandes des Bundes. Im Vergleich zum Voranschlag 2014 steigt ihr Funktionsaufwand um 131 Millionen (+3,1 %). Hauptgründe dafür sind die höheren Aufwände für die Instandsetzung von Liegenschaften, für die Internalisierung von bisher extern erbrachten Leistungen sowie für Mehrleistungen, denen Mehrerträge gegenüberstehen.

Führen mit Leistungsauftrag und Globalbudget FLAG

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Erfolgsrechnung					
Ordentlicher Ertrag	2 369	2 205	2 063	-142	-6,4
Funktionsertrag (Globalbudget)	2 187	2 058	1 974	-84	-4,1
Regalien und Konzessionen	31	19	19	1	3,8
Übriger Ertrag	151	128	70	-58	-45,1
Ordentlicher Aufwand	5 638	5 746	5 822	76	1,3
Funktionsaufwand (Globalbudget)	4 228	4 188	4 319	131	3,1
Transferaufwand	1 331	1 495	1 456	-39	-2,6
Übriger Aufwand	79	62	47	-16	-25,1
Ausserordentlicher Ertrag	-	-	139	139	-
Investitionsrechnung					
Ordentliche Investitionseinnahmen	31	26	27	1	4,2
Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget)	30	25	26	1	4,6
Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	1	1	1	0	-3,0
Ordentliche Investitionsausgaben	2 733	2 847	2 910	63	2,2
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1 527	1 627	1 723	96	5,9
Investitionsbeiträge	180	191	192	1	0,5
Übrige Investitionen	1 026	1 029	996	-34	-3,3

Rückläufiger Ertrag aus Leistungsverrechnung

Der *ordentliche Ertrag* der FLAG-Verwaltungseinheiten sinkt gegenüber 2014 um 142 Millionen (-6,4 %). 60 Prozent des Rückgangs (-84 Mio.) fallen beim Funktionsertrag an. Beim finanzierungswirksamen Funktionsertrag ist hingegen ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

- Fast 80 Prozent des Funktionsertrages (1532 Mio.) stammen aus der *internen Leistungsverrechnung* (LV). Der Ertragsrückgang um 87 Millionen (-5,4 %) resultiert zum einen aus den tieferen Liegenschaftserträgen bei armasuisse Immobilien (-36 Mio.) infolge Abbau des Immobilienbestandes und geringerer interner Nachfrage. Zum anderen reduzieren sich durch die Zusammenlegung der Buchungskreise im EDA die Erträge aus Informatikleistungen bei der IT EDA (-51 Mio.), da die Innenbeziehungen nicht kreditwirksam verrechnet werden.
- Der *finanzierungswirksame Funktionsertrag* macht mit 409 Millionen rund einen Fünftel des Funktionsertrages aus. Er steigt gegenüber dem Vorjahr um 13 Millionen (+3,4 %). Hauptursache dafür ist, dass die Mengenplanung im Bereich der Telekommunikation für den AHV-Fonds, den ALV-Fonds und die Swissmedic beim Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) auf neuen Datengrundlagen basiert (+5 Mio.). Weitere Mehrerträge fallen beim Bundesamt für

Meteorologie und Klimatologie (MeteoSchweiz, +3 Mio.) für Wetterdienstleistungen, bei der Vollzugsstelle für Zivildienst (ZIVI, +2 Mio.) durch die Abgeltung zusätzlich geleisteter Zivildiensttage der Einsatzbetriebe, beim Informatik Service Center EJPD (ISC-EJPD, +2 Mio.) aufgrund steigender Zahl an Überwachungsmassnahmen sowie beim Bundesamt für Sport (BASPO, +1 Mio.) infolge einer erhöhten Nachfrage nach Dienstleistungen an.

Die *Regalien und Konzessionen* sind praktisch auf Vorjahresniveau. Eine leichte Zunahme um 1 Million (+3,8 %) wird bei den Funkkonzessionsgebühren im BAKOM erwartet.

Der Rückgang um 58 Millionen (-45,1 %) im *übrigen Ertrag* beruht auf einer im Vergleich zum Vorjahr tieferen Nettozunahme des Münzumschs (-24,2 Mio.) bei der Swissmint und tieferen Erträgen beim ASTRA (-34 Mio.), weil 2015 aufgrund von Projektverzögerungen keine Teilstücke der Nationalstrassen in Betrieb genommen werden.

Der *ausserordentliche Ertrag* von 139 Millionen resultiert aus der Auktion zur Neuvergabe von Mobilfunkfrequenzen beim BAKOM. Er entspricht der mit den Konzessionären für 2015 vereinbarten Zahlung.

Insgesamt leichter Anstieg des Aufwands

Der *ordentliche Aufwand* der FLAG-Einheiten steigt gegenüber 2014 um 76 Millionen (+1,3 %). Den Reduktionen beim Transferaufwand und beim übrigen Aufwand steht die Zunahme im *Funktionsaufwand* gegenüber. Er steigt um 131 Millionen an (+3,1%). Ohne ar Immo (+73 Mio.), das Astra (+26 Mio.) und BIT (+16 Mio.) bleiben die Globalbudgets der FLAG-Einheiten allerdings mehr oder weniger stabil auf Vorjahresniveau.

Der *Funktionsaufwand* setzt sich nahezu unverändert zusammen aus 22 Prozent Personalaufwand, 36 Prozent Sach- und Betriebsaufwand und 42 Prozent Abschreibungen. Die Aufwände verändern sich im Einzelnen wie folgt:

- Der *Personalaufwand* steigt um 30 Millionen (+3,2 %), exklusiv den Lohnmassnahmen und Krediten für besondere Personalkategorien, die zentral eingestellt sind. Die Hälfte dieses Anstiegs (+15 Mio.) ist durch die Internalisierung von externen Leistungen im Bereich der Informatik beim ISC-EJPD, bei der ZAS, beim BIT, für die Lufttüchtigkeitsprüfung beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL) sowie für Schlüsselaufgaben des Infrastrukturmanagements beim ASTRA begründet. Die andere Hälfte erwächst hauptsächlich aus Mehrleistungen der MeteoSchweiz (+4 Mio.) für die Durchführung von zeitlich befristeten Kunden- und Drittmittelprojekten, zur Abdeckung erhöhter Nachfrage im BIT und ISC-EJPD (+6 Mio.) und nach Leistungen des Baspo (+3 Mio.), zur Abdeckung des Vollzugsaufwandes bei der Vollzugsstelle für den Zivildienst (+1 Mio.) und für die Instandhaltung von Immobilien bei armasuisse Immobilien (+1 Mio.). Diesen Mehraufwänden stehen in der Regel Mehrerträge gegenüber.
- Der *Sach- und Betriebsaufwand* steigt um 77 Millionen (+5,2 %). Für das Wachstum ist hauptsächlich die Instandsetzung von Liegenschaften und Grundstücken bei der armasuisse Immobilien verantwortlich.
- Die *Abschreibungen* nehmen um 24 Millionen (+1,4%) zu. Zum einen steigen die Abschreibungen für die Nationalstrassen beim Astra (+18 Mio.) und für Informatik beim BIT (+12 Mio.). Zum anderen vermindern sie sich bei armasuisse Immobilien (-4 Mio.), bei der IT EDA, beim Bundesamt für Landestopografie (swisstopo) und bei der MeteoSchweiz um je 1 Million.

Die Abnahme des *Transferaufwandes* um 39 Millionen (-2,6 %) hat verschiedene Ursachen. Einerseits nehmen die Ausgaben für nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen (+6 Mio.) und für gewährte Abgeltungen an die Skyguide (+7 Mio.) beim BAZL, für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT) bei der MeteoSchweiz (+5 Mio.) sowie für Ausgleichsbeiträge an Kantone ohne Nationalstrasse beim ASTRA (+5 Mio.) zu.

Andererseits nehmen die Wertberichtigungen im Transferbereich (-36 Mio.) beim ASTRA ab. Zudem reduzieren sich die Beiträge an das Europäische Satellitennavigationsprogramm Galileo/EGNOS (-11 Mio.) beim ASTRA, an den Zivilschutz beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS, -8 Mio.), für J+S Aktivitäten und Kaderbildung beim Baspo (-5 Mio.) und für die Abgeltung der amtlichen Vermessung bei der Swisstopo (-2 Mio.).

Der *übrige Aufwand* sinkt aufgrund tieferer Rückstellungen für den Münzumlauf bei der Eidgenössischen Münzstätte Swisssmint um 16 Millionen.

Investitionen der FLAG-Einheiten

Die *ordentlichen Investitionsausgaben* erhöhen sich um 63 Millionen. Einen Anstieg um 96 Millionen verzeichnen die Investitionen im Eigenbereich. Die Zunahme ergibt sich aus dem Abbau des Nachholbedarfs an Instandhaltungsarbeiten bei armasuisse Immobilien (+115 Mio.) einerseits und tieferen Investitionsausgaben (-20 Mio.) hauptsächlich im Bereich der Informatik beim Astra andererseits. Die *Investitionsbeiträge* liegen nur leicht über dem Vorjahresniveau. Dagegen sinken die *übrigen Investitionen* um 34 Millionen durch tiefere Einlagen des Astra in den Infrastrukturfonds.

Weiterentwicklung der Verwaltungsführung –

Projekt Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)

Der Bundesrat hat am 20.11.2013 die Botschaft NFB zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Ziel ist es, die Planung des Haushalts verstärkt auf die mittelfristige Entwicklung von Aufgaben und Finanzen auszurichten, bei der Budgetierung auch die Leistungen transparent darzustellen sowie das Nebeneinander von Input- und FLAG-Steuerung zu überwinden. Das NFB umfasst im Kern folgende Instrumente:

- Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan (IAFP);
- Globalbudgets für den Eigenbereich sowie Leistungsgruppen der Verwaltungseinheiten mit ausgewählten Zielen, Messgrössen und Soll-Werten;
- Leistungsvereinbarungen zwischen Departement und Amt für die Verknüpfung von politischen Steuerungsvorgaben und betrieblichen Jahreszielen.

Die Anreizinstrumente zu wirtschaftlichem Verhalten orientieren sich am bestehenden FLAG-Modell. Mit Globalbudgets sowie der Möglichkeit der Reservebildung, Kreditverschiebung und Kreditüberschreitung bei leistungsbedingten Mehrerträgen sollen die betrieblichen Handlungsspielräume erhöht werden.

Das NFB ist eine Massnahme der Legislaturplanung 2011–2015: Die Einführung ist per 1.1.2017 geplant. Der Nationalrat hat der Vorlage in der Sommersession 2014 zugestimmt.

47 Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Gegenüber der Finanzierungsrechnung schliesst die Erfolgsrechnung leicht besser ab (+0,4 Mrd.). Der Unterschied resultiert im Wesentlichen aus der Differenz zwischen den in der Finanzierungsrechnung verbuchten Investitionsausgaben (7,9 Mrd.) und den in der Erfolgsrechnung berücksichtigten Abschreibungen und Wertberichtigungen (7,3 Mrd.).

Vergleich Finanzierungs- und Erfolgsrechnung

Finanzierungsrechnung		Erfolgsrechnung		
Mio. CHF	Voranschlag 2015		Voranschlag 2015	Differenz
Finanzierungsergebnis	662	Jahresergebnis	1 082	420
Ordentliches Finanzierungsergebnis	524	Ordentliches Ergebnis	944	420
Ordentliche Einnahmen	67 527	Ordentlicher Ertrag	67 504	-23
Fiskaleinnahmen	63 755	Fiskalertrag	63 755	-
Regalien und Konzessionen	677	Regalien und Konzessionen	634	-43
Übrige laufende Einnahmen	1 838	Übriger Ertrag	1 884	47
Investitionseinnahmen	209			-209
Finanzeinnahmen	1 047	Finanzertrag	1 076	29
Beteiligungseinnahmen	804			-804
Übrige Finanzeinnahmen	243	Zunahme von Equitywerten	804	804
		Übriger Finanzertrag	272	29
		Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	154	154
Ordentliche Ausgaben	67 003	Ordentlicher Aufwand	66 560	-443
Eigenausgaben	10 693	Eigenaufwand	13 177	2 484
Personalausgaben	5 556	Personalaufwand	5 556	-
Sach- und Betriebsausgaben	4 304	Sach- und Betriebsaufwand	4 536	232
Rüstungsausgaben	833	Rüstungsaufwand	833	-
		Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 252	2 252
Laufende Transferausgaben	46 402	Transferaufwand	51 342	4 940
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 616	Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 616	-
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 107	Entschädigungen an Gemeinwesen	1 107	-
Beiträge an eigene Institutionen	3 051	Beiträge an eigene Institutionen	3 051	-
Beiträge an Dritte	15 885	Beiträge an Dritte	15 884	-1
Beiträge an Sozialversicherungen	16 743	Beiträge an Sozialversicherungen	16 668	-75
		Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 621	4 621
		Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	395	395
Finanzausgaben	1 991	Finanzaufwand	2 041	50
Zinsausgaben	1 977	Zinsaufwand	1 941	-36
Übrige Finanzausgaben	15	Abnahme von Equitywerten	-	-
		Übriger Finanzaufwand	100	85
		Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	1	1
Investitionsausgaben	7 917			-7 917
Sachanlagen und Vorräte	2 773			-2 773
Immaterielle Anlagen	40			-40
Darlehen	437			-437
Beteiligungen	46			-46
Eigene Investitionsbeiträge	4 621			-4 621
Ausserordentliche Einnahmen	139	Ausserordentlicher Ertrag	139	-
Ausserordentliche Ausgaben	-	Ausserordentlicher Aufwand	-	-

Einnahmen gegenüber Ertrag (-23 Mio.)

Bei den *Regalien und Konzessionen* stammt die Differenz (-43 Mio.) mehrheitlich aus der Erhöhung der Rückstellung für den Münzumsatz. Die Höhe der Rückstellung beträgt aktuell 2,1 Milliarden.

Beim *übrigen Ertrag* beträgt der Unterschied 47 Millionen. Er resultiert hauptsächlich aus der Aktivierung von Eigenleistungen auf Anlagegütern (17 Mio.) und aus Veräusserungen von Liegenschaften und Grundstücken (20 Mio.).

Die Einnahmen aus der *Veräusserung von Investitionsgütern* (-209 Mio.) führen lediglich zu einem Ertrag, wenn der Erlös höher ist als der Buchwert. Dieser ist in der Erfolgsrechnung im übrigen Ertrag enthalten.

Die *Differenz zwischen Finanzeinnahmen und Finanzerträgen* (29 Mio.) ergibt sich aus der periodengerechten Berücksichtigung der Zinserträge.

Die Entnahmen aus den *zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* belaufen sich auf insgesamt 154 Millionen. Es handelt sich im Wesentlichen um die VOC-/HEL-Lenkungsabgabe (10 Mio.), die CO₂-Abgabe (Rückverteilung, Technologiefonds und Gebäudeprogramm) in der Höhe von 127 Millionen, die Spielbankenabgabe (8 Mio.), den Altlastenfonds (7 Mio.), sowie den Fonds für Medienforschung, Rundfunktechnologie und Programmarchivierung (2 Mio.).

Ausgaben gegenüber Aufwand (-443 Mio.)

Die Abweichung zwischen Eigenaufwand und Eigenausgaben (2,5 Mrd.) ergibt sich aus folgenden Positionen:

Die Differenz im *Sach- und Betriebsaufwand* (232 Mio.) beinhaltet grösstenteils nicht finanzierungswirksame Material- und Warenbezüge ab Lager und Abgrenzungen beim Liegenschaftsunterhalt.

Die *Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen* von 2252 Millionen, erfolgen in der Regel linear über die Nutzungsdauer der Anlagen. Allfällige Verluste aus Anlagenabgängen werden als ausserplanmässige Abschreibungen gebucht. Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen: Abschreibungen auf Nationalstrassen (1502 Mio.), Grundstücke und Liegenschaften (546 Mio.), Mobilien (82 Mio.), Immaterielle Anlagen (65 Mio.) und Informatik (57 Mio.).

Beim *Transferaufwand* beläuft sich die Abweichung zur Finanzierungsrechnung per Saldo auf total 4940 Millionen. Die Abweichung bei den Beiträgen an Dritte betrifft die Entnahme aus Rückstellungen für den Ausgleich der Unterde-

ckung beim «Eurocontrol Pension Fund» (-1 Mio.). Bei den *Beiträgen an Sozialversicherungen* (-75 Mio.) resultiert die Abweichung aus einer Teilauflösung von Rückstellungen für künftige Rentenverpflichtungen aus der Militärversicherung. Die Investitionsbeiträge (4621 Mio.) werden bei der Auszahlung aktiviert, gleichzeitig aber im Transferaufwand wieder zu 100 Prozent wertberichtigt. Ausgaben für Beteiligungen und Darlehen werden ebenfalls über die Investitionsrechnung abgerechnet und Ende Jahr gemäss den Vorschriften bewertet und wenn nötig wertberichtigt. Von den Wertberichtigungen von Total 395 Millionen entfallen 372 Millionen auf Darlehen: SBB und übrige konzessionierte Transportunternehmen (355 Mio.), Investitionskredite an die Landwirtschaft (17 Mio.). Weitere 24 Millionen Wertberichtigungen betreffen Abgrenzungen von Wertkorrekturen auf Kapitalbeteiligungen an Entwicklungsbanken.

Die Abweichung des *Finanzaufwandes* zu den *Finanzausgaben* von total 50 Mio. ergibt sich aus der periodengerechten Abgrenzung des Zinsaufwandes (-36 Mio.) und den Abgrenzungen im übrigen Finanzaufwand (85 Mio.).

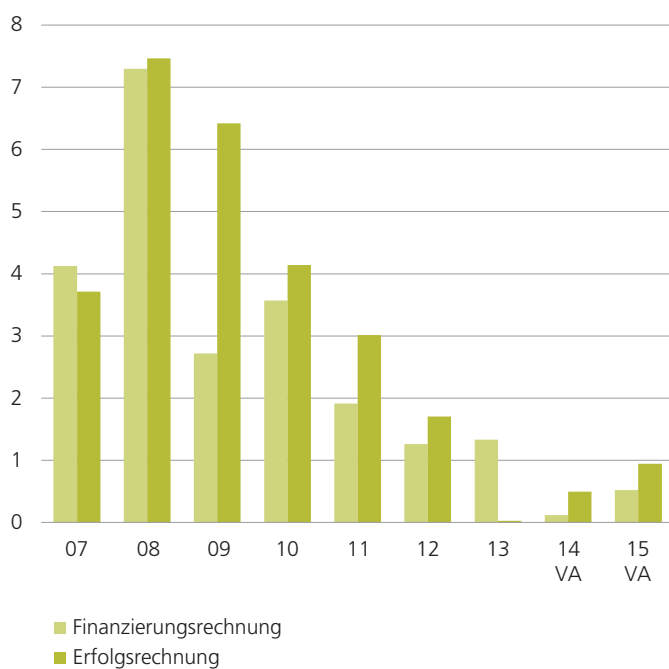
Die *Einlage in die zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital* ist mit total 1 Million budgetiert und betrifft die Sanktion CO₂-Minderung Personenkraftwagen.

Unterschiede Finanzierungs-/Erfolgsrechnung

Im Unterschied zur Finanzierungsrechnung, welche aufzeigt, in welchem Ausmass die Ausgaben mit entsprechenden Einnahmen aus der gleichen Periode finanziert sind, zeigt die Erfolgsrechnung den Saldo aus dem Wertverzehr und -zuwachs (d.h. Aufwand resp. Ertrag) und damit die Veränderung der Vermögenslage des Bundes. Zusätzlich zu den finanzierungswirksamen Aufwänden werden daher in der Erfolgsrechnung auch die nicht finanzierungswirksamen, vermögensverändernden Geschäftsvorfälle berücksichtigt.

Der Hauptunterschied zwischen der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung liegt in der Behandlung der Investitionen. Die Investitionsausgaben und -einnahmen sind Teil der Finanzierungsrechnung, fliessen aber nicht in die Erfolgsrechnung ein, weil sie das Vermögen nicht verringern. Hingegen gehen die in der Berichtsperiode anfallenden Abschreibungen auf den Investitionen als nicht finanzierungswirksamer Aufwand in die Erfolgsrechnung ein (Wertverzehr). Die (nicht rückzahlbaren) Investitionsbeiträge werden zwar als Investition geführt, aber vollständig über den Transferaufwand wertberichtigt, weil die Aktivierung beim Empfänger erfolgt. Mit Wertberichtigungen wird zudem den eingetretenen Wertminderungen auf Forderungen, Darlehen und Beteiligungen Rechnung getragen. Sie führen zu einer Korrektur der Buchwerte. Ebenso werden Bewertungsdifferenzen auf den namhaften Beteiligungen (Veränderung der Equitywerte) berücksichtigt.

Ergebnisse der Finanzierungs- und Erfolgsrechnung in Mrd.
Ordentlicher Haushalt



Die Erfolgsrechnung schloss in den vergangenen Jahren in der Regel besser ab als die Finanzierungsrechnung. Wesentlicher Grund dafür ist das Wachstum der Investitionsausgaben, welches sich über die Abschreibungen nur verzögert in der Erfolgsrechnung niederschlägt. Im Planjahr 2015 setzt sich dieser Trend fort. Das deutlich schlechtere Erfolgsergebnis im Jahr 2013 (knapp positiv) ist eine Folge der getätigten Rückstellungen (Rückerstattung Verrechnungssteuer, Militärversicherung).

48 Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Das geplante Verrechnungsvolumen beträgt 2,4 Milliarden und bewegt sich damit leicht unter dem Voranschlag 2014. Die grössten Positionen bilden die Unterbringung einschliesslich der Gebäudebewirtschaftung mit 1,9 Milliarden und die Informatik mit 0,4 Milliarden.

Leistungsverrechnung zwischen Verwaltungseinheiten

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
				absolut	%
Total Leistungsverrechnung	2 566	2 515	2 435	-80	-3,2
Unterbringung	1 631	1 610	1 571	-38	-2,4
armasuisse Immobilien	1 162	1 132	1 096	-36	-3,2
Bundesamt für Bauten und Logistik	468	478	476	-2	-0,4
Informatik	572	491	442	-49	-10,0
Bundesamt für Informatik und Telekommunikation	376	314	313	-1	-0,2
Übrige IKT-Leistungserbringer	196	177	129	-48	-27,3
Betrieb und Instandsetzung Liegenschaften	252	277	287	10	3,4
Übrige verrechnete Leistungen	112	137	135	-2	-1,4
Dienstleistungen	66	85	85	0	0,0
Verkäufe	46	52	50	-2	-3,6

Im Bereich *Unterbringung* ist der um 36 Millionen tiefere Ertrag der armasuisse Immobilien durch den Abbau des Immobilienbestandes (Kernbestand) begründet. Ausserdem werden im Hinblick auf das neue Stationierungskonzept VBS-intern weniger Objekte vermietet. Beim BBL sind die Mietentnahmen gegenüber dem Vorjahr insgesamt konstant geblieben.

Bei der *Informatik* ist ein Rückgang von 49 Millionen zu verzeichnen. Durch die Integration der Informatik EDA in das neue Gebilde für das gesamte EDA werden die departements-internen Leistungen nicht mehr mit dem Instrument der Leistungsverrechnung abgebildet. Die damit wegfallenden Erträge von 51 Millionen begründen den deutlichen Rückgang des Umsatzes bei den übrigen IKT-Leistungserbringern. Beim BIT sind die Erträge in praktisch unveränderter Höhe geplant (Betrieb: 270 Mio.; Projekte und Dienstleistungen: 43 Mio.).

Der Bereich *Betrieb und Instandsetzung von Liegenschaften* verzeichnet als einziger ein Wachstum (3,4%). Die armasuisse Immobilien muss Leistungen, die bis anhin durch Armeeangehörige erbracht wurden (u.a. Hauswartung, Reinigung), fortan bei der Logistikbasis der Armee beziehen.

Übrige verrechnete Leistungen: Die LV-Erträge bei den Dienstleistungen und Verkäufen werden nur geringfügig kleiner geplant.

Kriterien für die Leistungsverrechnung (LV)

Zur Förderung der Kostentransparenz in der Bundesverwaltung werden gewisse Leistungen kreditwirksam zwischen den Verwaltungseinheiten verrechnet. Die verrechenbaren Leistungen werden gemäss Artikel 41 der Finanzhaushaltsverordnung (SR 611.01) definiert und im zentralen Leistungsbereichskatalog aufgelistet. Es werden nur Leistungen verrechnet, die folgende Kriterien kumulativ erfüllen:

- *Wesentlichkeit:* Das jährliche Gesamtvolumen der verrechenbaren Leistungen beträgt für den Leistungserbringer (LE) 3 Millionen; für den einzelnen Leistungsbereich mindestens 500 000 Franken.
- *Beeinflussbarkeit:* Es werden ausschliesslich Leistungen verrechnet, welche einem Leistungsbezüger (LB) direkt zuordenbar und von ihm beeinflussbar sind. Der LB muss somit die Möglichkeit haben, durch sein Verhalten Menge und Qualität und damit die Kosten seines Leistungsbezugs steuern zu können.
- *Kommerzieller Charakter:* Bei den verrechenbaren Leistungen handelt es sich um Leistungen, welche vom LB grundsätzlich auch bei Dritten ausserhalb der Bundesverwaltung bezogen werden könnten.

Zur Zeit sind 14 LE berechtigt, ihre Leistungen verwaltungsintern mit der LV zu verrechnen.



A01 Rechnungsabschlüsse des Bundes (ordentlicher Haushalt)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			Erfolgsrechnung			Bilanz	
	Ordentliches Finanzierungs- Ergebnis	Ordentliche Einnahmen	Ordentliche Ausgaben	Ordentliches Ergebnis	Ordentlicher Ertrag	Ordentlicher Aufwand	Eigenkapital	Brutto- schulden
VA 2015	524	67 527	67 003	944	67 504	66 560	–	109 600
VA 2014	121	66 245	66 124	496	66 137	65 641	–	108 600
2013	1 332	65 032	63 700	27	65 136	65 109	-24 008	111 638
2012	1 262	62 997	61 736	1 705	64 041	62 336	-24 999	112 406
2011	1 912	64 245	62 333	3 013	65 693	62 680	-27 400	110 516
2010	3 568	62 833	59 266	4 139	63 523	59 385	-29 502	110 561
2009	2 721	60 949	58 228	6 420	64 146	57 726	-33 869	110 924
2008	7 297	63 894	56 598	7 461	64 047	56 587	-41 187	121 771
2007	4 127	58 092	53 965	3 711	58 000	54 289	-81 742	120 978
2006	2 534	54 911	52 377	2	55 230	55 228	-91 010	123 593
2005	-121	51 282	51 403	-2 646	51 871	54 517	-94 208	130 339
2004	-1 656	48 629	50 285	-5 721	49 037	54 758	-92 910	126 685
2003	-2 801	47 161	49 962	-6 905	47 435	54 340	-86 568	123 711
2002	-2 629	47 405	50 033	-6 449	46 815	53 264	-79 663	122 366
2001	-225	48 911	49 135	-4 862	46 914	51 776	-76 055	106 812
2000	3 970	51 101	47 131	964	50 616	49 653	-70 423	108 110
1999	-2 352	43 016	45 368	-4 153	43 353	47 506	-71 968	102 254
1998	-858	44 134	44 992	-1 678	45 262	46 941	-52 917	109 620
1997	-5 269	38 852	44 122	-5 375	38 343	43 718	-52 581	97 050
1996	-3 743	39 477	43 220	-5 003	39 429	44 431	-47 206	88 418
1995	-3 263	37 266	40 528	-5 014	37 400	42 415	-41 583	82 152
1994	-5 102	36 239	41 341	-5 693	36 623	42 316	-36 569	75 714
1993	-7 818	32 782	40 600	-6 251	33 617	39 868	-30 875	67 520
1992	-2 863	34 953	37 816	-4 031	35 515	39 545	-24 624	55 297
1991	-2 012	33 490	35 501	-3 122	34 091	37 213	-20 594	43 915
1990	1 058	32 673	31 616	-301	32 933	33 234	-17 493	38 509

Hinweis:

– Bruttoschulden für 2014 und 2015 basieren auf Schätzung 2014.

A02 Ausserordentlicher Haushalt (Finanzierungsrechnung)

Ausserordentlicher Haushalt gemäss Schuldenbremse

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung			
	Ausserordentliche Einnahmen	22 126	Ausserordentliche Ausgaben	21 725
VA 2015	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	139	–	–
VA 2014	–	–	–	–
2013	Gewinneinziehung FINMA	59	–	–
	Swisscom Aktienverkauf	1 247		
2012	Neuvergabe Mobilfunkfrequenzen	738	–	–
2011	Verkauf Sapomp Wohnbau AG	256	Sanierungsbeitrag PK SBB	1 148
	Swisscom Aktienverkauf	34	Infrastrukturfonds	850
2010	–	–	Rückverteilung CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffe	427
2009	Pflichtwandelanleihe UBS	6 807	–	–
	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	217		
2008	CO ₂ -Abgabe auf Brennstoffen	219	Pflichtwandelanleihe UBS	5 928
	Übernahme Swiss durch Lufthansa	64	Infrastrukturfonds	2 600
			Asyl- und Flüchtlingsbereich	113
			Übergang NFA	1 546
			PUBLICA	954
2007	Swisscom Aktienverkauf	754	Golderlös	7 038
2006	Swisscom Aktienverkauf	3 203	–	–
2005	Swisscom Aktienverkauf	1 350	–	–
	Golderlös	7 038		
2004	–	–	Deckungskapitalien BVBD Post	204
			Deckungskapitalien ETH-Professoren	846
			Deckungskapitalien skyguide	20
			Aktienkapitalzuschuss skyguide	50
2003	–	–	–	–

Ausserordentlicher Haushalt vor Einführung der Schuldenbremse (zu statistischen Zwecken)

Mio. CHF	Finanzierungsrechnung		
	Ausserordentliche Einnahmen		Ausserordentliche Ausgaben
2002	Swisscom Aktienverkauf	3 703	Aufrechterhaltung Flugbetrieb
			689
2001	Einnahmen aus UMTS-Lizenzen	203	Aufrechterhaltung Flugbetrieb
			1 080
2000	Einnahmen aus WLL-Lizenzen	582	–
			–
1999	–	–	Konjunkturprogramm 1997
			288
1998	Börsengang Swisscom	2 940	Zahlungsspitze SBB
			1 598
1997	–	–	–
			–
1996	–	–	Zahlungsspitze Prämienverbilligung KVG
			620

A03 Vorgaben der Schuldenbremse

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
1 Gesamteinnahmen	62 833	64 535	63 735	66 338	66 245	67 665	1 421	2,1
2 Ausserordentliche Einnahmen	–	290	738	1 306	–	139		
3 Ordentliche Einnahmen [3=1-2]	62 833	64 245	62 997	65 032	66 245	67 527	1 282	1,9
4 Konjunkturfaktor	1,013	1,007	1,012	1,008	1,005	0,995	-0,010	
5 Ausgabenplafond (Art. 13 FHG) [5=3x4]	63 650	64 695	63 753	65 552	66 576	67 189	613	0,9
6 Konjunktuell geforderter Überschuss / zulässiges Defizit [6=3-5]	-817	-450	-756	-520	-331	338		
7 Ausserordentliche Ausgaben (Art. 15 FHG)	427	1 998	–	–	–	–		
8 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17 FHG, Fehlbetrag Ausgleichskonto)	–	–	–	–	–	–		
9 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17b FHG, Fehlbetrag Amortisationskonto)	–	–	–	66	–	–		
10 Reduktion Ausgabenplafond (Art. 17c FHG, Vorsorgliche Einsparungen)	416	166	435	–	–	–		
11 Höchstzulässige Ausgaben [11=5+7-8-9-10]	63 662	66 527	63 319	65 486	66 576	67 189	613	0,9
12 Gesamtausgaben gemäss R / VA	59 693	64 331	61 736	63 700	66 124	67 003	879	1,3
13 Differenz (Art. 16 FHG) [13=11-12]	3 969	2 197	1 583	1 786	452	186		

B11 Einnahmen nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Ordentliche Einnahmen	62 833	64 245	62 997	65 032	66 245	67 527	1 282	1,9
Fiskaleinnahmen	58 157	58 996	58 788	60 838	62 270	63 755	1 485	2,4
Direkte Bundessteuer	17 886	17 891	18 342	18 353	20 113	20 369	256	1,3
Verrechnungssteuer	4 723	4 861	4 335	5 942	4 837	5 314	477	9,9
Stempelabgaben	2 855	2 857	2 136	2 143	2 300	2 425	125	5,4
Mehrwertsteuer	20 672	21 642	22 050	22 561	22 960	23 770	810	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	7 341	7 543	7 414	7 480	7 328	-152	-2,0
Mineralölsteuern	5 134	5 020	5 033	5 005	4 980	5 045	65	1,3
Tabaksteuer	2 356	2 208	2 397	2 295	2 387	2 170	-217	-9,1
Biersteuer	112	113	113	113	113	113	0	0,0
Verkehrsabgaben	2 210	2 323	2 293	2 242	2 273	2 290	17	0,7
Automobilsteuer	373	408	412	369	410	390	-20	-4,9
Nationalstrassenabgabe	347	360	352	356	363	370	7	1,9
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 555	1 529	1 517	1 500	1 530	30	2,0
Zölle	1 079	1 046	1 044	1 059	990	950	-40	-4,0
Spielbankenabgabe	381	376	329	308	350	300	-50	-14,3
Lenkungsabgaben	748	660	716	816	964	1 006	42	4,4
Lenkungsabgabe VOC	123	127	125	129	125	125	0	0,0
Altlastenabgabe	36	35	35	38	36	36	0	0,0
Lenkungsabgabe CO2	589	498	556	649	803	845	42	5,3
Übrige Fiskaleinnahmen	0	-	-	-	3	3	0	0,0
Regalien und Konzessionen	1 391	1 410	938	922	899	677	-222	-24,7
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	243	269	267	242	244	241	-3	-1,1
Gewinnausschüttung SNB	833	833	333	333	333	167	-167	-50,0
Zunahme des Münzumschlags	74	54	87	93	92	67	-24	-26,4
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	209	221	218	220	209	180	-29	-13,8
Übrige Regalien und Konzessionen	32	33	33	34	21	22	1	3,3
Finanzeinnahmen	1 233	1 601	1 328	1 179	1 115	1 047	-68	-6,1
Zinseinnahmen	360	369	353	237	251	243	-8	-3,2
Finanzanlagen	11	24	40	16	18	9	-9	-50,9
Darlehen	67	64	58	52	77	78	2	2,0
Bevorschussung an FinöV-Fonds	204	193	176	165	151	150	-1	-0,8
Übrige Zinseinnahmen	77	88	79	4	5	5	1	16,3
Kursgewinne	82	169	107	85	-	-	-	-
Beteiligungseinnahmen	790	838	867	853	864	804	-60	-6,9
Übrige Finanzeinnahmen	1	226	1	3	1	1	0	-3,5
Übrige laufende Einnahmen	1 720	1 645	1 721	1 806	1 772	1 838	66	3,7
Entgelte	1 272	1 200	1 251	1 331	1 326	1 322	-4	-0,3
Wehrpflichtersatzabgabe	155	157	160	163	165	165	0	0,0
Gebühren	217	225	241	252	248	249	2	0,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	78	76	78	73	67	73	6	8,6
Verkäufe	128	101	91	95	120	120	0	-0,2
Rückerstattungen	108	132	130	134	124	120	-4	-3,0
EU Zinsbesteuerung	120	97	114	139	141	118	-23	-16,0
Übrige Entgelte	466	411	436	475	462	477	15	3,2
Verschiedene Einnahmen	447	445	469	475	446	516	70	15,7
Einnahmen aus Liegenschaften	376	361	386	398	369	364	-5	-1,3
Übrige verschiedene Einnahmen	71	84	83	77	77	152	75	97,3
Investitionseinnahmen	333	593	222	286	189	209	20	10,7
Veräusserung von Sachanlagen	78	45	50	131	52	54	2	4,4
Rückzahlung von Darlehen	237	186	172	155	137	155	18	13,1
Übrige Investitionseinnahmen	18	362	1	1	-	-	-	-

B12 Entwicklung der Einnahmen nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	2,7	3,7	2,3	5,3	2,5	1,3
Fiskaleinnahmen	2,4	5,0	2,7	5,3	2,6	2,0
Direkte Bundessteuer	4,7	6,3	4,2	5,5	3,8	3,3
Verrechnungssteuer	-16,0	-5,1	-0,3	26,7	3,5	2,3
Stempelabgaben	-3,1	16,4	-4,3	3,3	-1,1	-4,0
Mehrwertsteuer	5,6	4,9	3,3	3,5	2,4	2,4
Übrige Verbrauchssteuern	7,6	3,9	0,4	2,3	-0,1	0,0
Mineralölsteuern	7,5	3,1	0,2	1,0	-0,3	0,1
Tabaksteuer	8,1	6,4	0,8	5,6	0,3	-0,4
Biersteuer	8,8	1,1	0,2	0,4	1,3	0,1
Netzzuschlag	-	-	-	-	-	-
Verkehrsabgaben	6,7	15,7	15,6	9,6	3,6	-0,4
Automobilsteuer	-	-	-0,8	4,0	3,3	-1,1
Nationalstrassenabgabe	6,7	2,6	1,2	1,9	2,8	0,7
Schwerverkehrsabgabe	6,8	0,3	40,2	17,5	3,9	-0,4
Zölle	-0,5	-3,3	0,0	-0,2	0,1	-2,4
Spielbankenabgabe	-14,5	-12,3	300,1	24,1	-4,3	-5,5
Lenkungsabgaben	-	-	738,6	4,2	43,5	11,1
Lenkungsabgabe VOC	-	-	-	5,0	0,0	-0,3
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	-	-	39,0	41,8	-100,0	-
Altlastenabgabe	-	-	-	1,1	5,5	0,1
Lenkungsabgabe CO2	-	-	-	-	-	14,2
Übrige Fiskaleinnahmen	-5,5	-16,6	-29,1	-48,8	-100,0	-
Regalien und Konzessionen	-0,6	11,9	12,0	6,3	1,2	-16,7
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	-5,1	-0,8	3,2	7,1	4,9	-2,7
Gewinnausschüttung SNB	-	25,7	13,6	-	-	-33,1
Zunahme des Münzumschlags	-	-	-	-	4,4	5,9
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	-	-	-	75,0	3,3	-5,0
Übrige Regalien und Konzessionen	-26,5	-27,4	10,3	13,8	-10,1	-9,3
Finanzeinnahmen	23,8	-8,6	-8,9	11,2	5,8	-10,1
Zinseinnahmen	18,1	-17,1	-16,6	19,2	-13,7	-9,9
Finanzanlagen	17,0	-8,9	-28,6	30,9	-48,1	-22,2
Darlehen	19,6	-26,5	-2,7	-7,6	-18,5	5,0
Bevorschussung an FinöV-Fonds	-	-	-	-	1,6	-6,0
Übrige Zinseinnahmen	12,2	-14,1	-10,4	-16,2	78,4	-50,5
Kursgewinne	-	-	-	-	16,4	-100,0
Beteiligungseinnahmen	366,0	15,3	-1,2	0,1	13,3	-1,0
Übrige Finanzeinnahmen	-	-	-22,4	101,2	97,8	-77,5
Übrige laufende Einnahmen	-5,5	-16,9	-0,4	11,3	-1,8	2,8
Entgelte	4,8	-1,7	-0,5	6,4	-3,6	2,5
Wehrpflichtersatzabgabe	2,8	-1,2	3,3	-7,9	3,4	1,2
Gebühren	2,0	5,8	-1,9	3,6	-6,4	2,6
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	6,6	-36,4	-0,6	12,7	1,1	-1,1
Verkäufe	0,3	-6,6	8,7	15,8	-15,8	4,4
Rückerstattungen	4,2	-0,6	-8,1	-10,0	3,9	-2,4
EU Zinsbesteuerung	-	-	-	-	-5,3	5,0
Übrige Entgelte	15,0	17,7	1,1	9,9	-2,3	3,8
Verschiedene Einnahmen	-11,8	-53,6	2,9	54,9	4,3	3,8
Einnahmen aus Liegenschaften	4,9	2,3	2,8	55,4	3,1	0,2
Übrige verschiedene Einnahmen	-12,2	-70,5	3,2	52,2	10,7	16,0
Investitionseinnahmen	61,1	16,3	-5,9	-16,3	12,9	-22,9
Veräusserung von Sachanlagen	33,0	4,7	-14,6	26,1	-11,7	4,5
Rückzahlung von Darlehen	66,2	17,2	-5,5	-20,2	-10,4	-4,5
Übrige Investitionseinnahmen	-2,2	8,9	-9,6	26,7	325,4	-100,0

B13 Struktur der Einnahmen nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Einnahmen	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Einnahmen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskaleinnahmen	86,8	89,1	90,4	92,3	92,0	93,8
Direkte Bundessteuer	23,7	23,5	24,0	25,2	28,2	29,5
Verrechnungssteuer	8,1	7,7	5,8	7,0	8,1	7,8
Stempelabgaben	5,6	6,4	6,7	5,3	4,6	3,4
Mehrwertsteuer	29,0	32,0	34,8	35,0	32,8	34,9
Übrige Verbrauchssteuern	14,7	14,8	13,8	13,5	11,8	11,4
Mineralölsteuern	11,2	10,9	10,1	9,4	8,2	7,7
Tabaksteuer	3,3	3,6	3,5	4,0	3,5	3,5
Biersteuer	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Verkehrsabgaben	1,0	1,6	2,7	3,4	3,5	3,5
Automobilsteuer	–	0,5	0,7	0,6	0,6	0,6
Nationalstrassenabgabe	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Schwerverkehrsabgabe	0,4	0,4	1,3	2,1	2,4	2,3
Kombinierter Verkehr	–	–	0,1	0,0	–	–
Zölle	3,4	2,4	2,1	1,9	1,7	1,5
Spielbankenabgabe	0,0	0,0	0,2	0,7	0,6	0,5
Lenkungsabgaben	–	0,0	0,2	0,3	0,7	1,3
Lenkungsabgabe VOC	–	–	0,2	0,2	0,2	0,2
Lenkungsabgaben Heizöl, Benzin und Dieselöl	–	0,0	0,0	0,0	0,0	–
Altlastenabgabe	–	–	0,0	0,1	0,1	0,1
Lenkungsabgabe CO2	–	–	–	–	0,4	1,1
Übrige Fiskaleinnahmen	1,2	0,7	0,1	0,0	0,0	0,0
Regalien und Konzessionen	1,0	1,3	1,7	2,4	2,2	1,3
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Gewinnausschüttung SNB	0,4	0,8	1,2	1,7	1,3	0,4
Zunahme des Münzumsatzes	–	–	–	0,0	0,1	0,1
Einnahmen aus Kontingentsversteigerungen	–	–	0,0	0,2	0,3	0,3
Übrige Regalien und Konzessionen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Finanzeinnahmen	3,7	3,3	2,3	1,9	2,4	1,8
Zinseinnahmen	3,3	2,5	1,2	0,8	0,8	0,4
Finanzanlagen	1,4	1,2	0,5	0,4	0,1	0,0
Darlehen	1,8	1,2	0,6	0,3	0,2	0,1
Bevorschussung an FinöV-Fonds	–	–	–	0,2	0,3	0,2
Übrige Zinseinnahmen	0,1	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Kursgewinne	–	–	–	0,0	0,2	0,1
Beteiligungseinnahmen	0,3	0,7	1,1	1,1	1,3	1,3
Übrige Finanzeinnahmen	–	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0
Übrige laufende Einnahmen	7,9	3,2	2,3	2,7	2,8	2,7
Entgelte	3,2	2,4	2,1	2,4	2,1	2,0
Wehrpflichtersatzabgabe	0,5	0,4	0,4	0,3	0,2	0,2
Gebühren	0,6	0,6	0,6	0,5	0,4	0,4
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	0,8	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Verkäufe	0,3	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Rückerstattungen	0,7	0,7	0,4	0,4	0,2	0,2
EU Zinsbesteuerung	–	–	–	0,1	0,2	0,2
Übrige Entgelte	0,4	0,5	0,5	0,7	0,7	0,7
Verschiedene Einnahmen	4,7	0,8	0,1	0,3	0,7	0,7
Einnahmen aus Liegenschaften	0,1	0,1	0,1	0,2	0,6	0,6
Übrige verschiedene Einnahmen	4,5	0,6	0,0	0,0	0,1	0,1
Investitionseinnahmen	0,7	3,1	3,4	0,7	0,6	0,3
Veräusserung von Sachanlagen	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Rückzahlung von Darlehen	0,5	2,9	3,2	0,6	0,3	0,2
Übrige Investitionseinnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
							absolut	%
Ordentliche Ausgaben	59 266	62 333	61 736	63 700	66 124	67 003	879	1,3
Eigenausgaben	9 487	9 789	9 940	10 456	10 790	10 693	-97	-0,9
Personalausgaben	4 894	4 945	5 070	5 459	5 482	5 556	74	1,3
Personalbezüge	3 998	4 024	4 111	4 213	4 386	4 445	59	1,3
Arbeitgeberbeiträge	781	804	842	1 127	958	970	13	1,3
Arbeitgeberleistungen	53	47	39	34	47	48	2	3,2
Übrige Personalausgaben	62	70	79	85	92	93	1	0,9
Sach- und Betriebsausgaben	3 592	3 682	3 873	4 030	4 082	4 304	222	5,4
Material- und Warenausgaben	46	39	39	40	53	63	10	18,9
Betriebsausgaben	3 126	3 233	3 371	3 516	3 554	3 749	196	5,5
Liegenschaften	287	282	292	311	314	341	26	8,4
Mieten und Pachten	149	176	170	172	195	190	-5	-2,5
Informatik	470	496	471	477	570	587	17	2,9
Beratung und Auftragsforschung	239	222	232	234	282	298	16	5,6
Betriebsausgaben der Armee	863	928	967	933	889	976	87	9,8
Verluste auf Forderungen	189	217	287	381	167	188	21	12,6
Übrige Betriebsausgaben	929	913	951	1 008	1 136	1 170	34	3,0
Betrieblicher Unterhalt	420	409	464	475	475	491	16	3,4
Nationalstrassen								
Rüstungsausgaben	1 001	1 163	997	968	1 226	833	-393	-32,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	111	95	86	95	90	120	30	33,3
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	316	307	317	344	330	360	30	9,1
Rüstungsmaterial	575	761	594	529	806	353	-453	-56,2
Laufende Transferausgaben	39 536	42 494	42 882	43 720	45 299	46 402	1 103	2,4
Anteile Dritter an	7 705	8 549	8 687	8 741	9 263	9 616	353	3,8
Bundeseinnahmen								
Kantonsanteile	4 436	4 466	4 477	4 579	4 816	4 918	103	2,1
Anteile der Sozialversicherungen	2 694	3 519	3 734	3 811	3 834	3 941	106	2,8
Rückverteilung	576	564	477	351	613	757	144	23,6
Lenkungsabgaben								
Entschädigungen an	801	856	1 036	1 003	1 106	1 107	0	0,0
Gemeinwesen								
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	2 971	3 093	2 950	3 005	3 051	46	1,5
Beiträge an Dritte	13 616	14 316	14 594	15 237	15 680	15 885	205	1,3
Finanzausgleich	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	3 238	53	1,7
Internationale Organisationen	1 602	1 760	1 824	2 021	1 982	2 041	59	3,0
Übrige Beiträge an Dritte	9 114	9 507	9 668	10 039	10 513	10 606	93	0,9
Beiträge an Sozialversicherungen	14 564	15 802	15 472	15 789	16 245	16 743	498	3,1
AHV / IV / ALV	11 055	12 124	11 711	11 981	12 312	12 587	275	2,2
Übrige Sozialversicherungen	3 508	3 677	3 761	3 808	3 933	4 156	223	5,7
Finanzausgaben	2 972	2 605	1 906	2 167	2 174	1 991	-183	-8,4
Zinsausgaben	2 834	2 380	1 736	2 125	2 149	1 977	-172	-8,0
Anleihen	2 595	2 178	1 610	2 024	2 022	1 874	-148	-7,3
Geldmarktbuchforderungen	3	5	-	-	21	7	-13	-65,8
Übrige Zinsausgaben	236	196	126	101	106	95	-11	-10,5
Kursverluste	54	88	44	30	-	-	-	-
Kapitalbeschaffungsausgaben	83	137	53	10	15	14	-1	-6,5
Übrige Finanzausgaben	2	0	73	1	10	0	-10	-98,2

B21 Ausgaben nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
							absolut	%
Investitionsausgaben	7 270	7 444	7 007	7 357	7 860	7 917	57	0,7
Sachanlagen und Vorräte	2 585	2 270	2 359	2 693	2 704	2 773	69	2,5
Liegenschaften	596	637	659	765	741	853	112	15,1
Mobilien und Vorräte	283	230	239	284	276	253	-24	-8,6
Nationalstrassen	1 706	1 403	1 461	1 644	1 687	1 668	-19	-1,1
Immaterielle Anlagen	46	50	47	39	52	40	-13	-24,1
Darlehen	307	854	480	423	457	437	-20	-4,4
Beteiligungen	30	110	20	23	21	46	25	119,2
Eigene Investitionsbeiträge	4 302	4 160	4 101	4 179	4 625	4 621	-4	-0,1
Fonds für	1 604	1 401	1 282	1 487	1 456	1 390	-66	-4,5
Eisenbahngrossprojekte								
Übrige Investitionsbeiträge	2 699	2 759	2 819	2 692	3 169	3 231	62	2,0
Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-	-	-	-	-	-	-

B22 Entwicklung der Ausgaben nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	1,8
Eigenausgaben	0,8	-1,7	-2,6	-0,3	3,7	2,2
Personalausgaben	2,4	0,0	-2,1	0,0	2,6	3,0
Personalbezüge	3,3	0,1	-2,0	0,2	2,4	2,5
Arbeitgeberbeiträge	0,8	-2,4	-0,8	2,1	8,1	4,8
Arbeitgeberleistungen	-4,3	3,3	-7,6	-9,9	-25,1	0,5
Übrige Personalausgaben	0,1	5,0	15,1	-3,5	5,9	7,3
Sach- und Betriebsausgaben	-0,3	0,6	-2,1	-0,2	6,7	4,0
Material- und Warenausgaben	–	–	78,3	38,5	-3,7	12,5
Betriebsausgaben	-0,3	0,5	-2,2	-0,5	3,7	3,8
Liegenschaften	-2,2	-1,6	-7,0	-15,6	5,2	4,9
Mieten und Pachten	7,5	2,2	-0,6	-0,2	7,2	2,0
Informatik	8,7	0,0	-4,1	13,2	13,9	4,3
Beratung und Auftragsforschung	5,5	34,0	11,0	4,0	-17,0	7,6
Betriebsausgaben der Armee	-7,8	5,9	-0,9	-3,3	7,0	1,3
Verluste auf Forderungen	–	–	–	–	-0,8	-3,5
Übrige Betriebsausgaben	3,6	-5,4	-4,5	-4,3	5,6	6,4
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	–	4,7
Rüstungsausgaben	-0,8	-9,4	-5,7	-1,6	-0,1	-8,0
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	-10,0	-5,9	13,3	-0,6	-10,0	5,9
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	-5,2	-9,1	0,6	0,1	1,5	4,1
Rüstungsmaterial	1,2	-9,7	-9,4	-2,4	0,9	-17,5
Laufende Transferausgaben	4,6	4,2	3,9	2,9	4,8	2,2
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	2,8	12,9	6,4	7,5	-0,2	3,0
Kantonsanteile	2,8	5,1	4,8	7,1	-7,1	2,4
Anteile der Sozialversicherungen	–	–	10,5	7,4	9,2	2,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	–	50,7	40,0	7,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	-12,0	11,2	1,6	21,8	-3,0	6,6
Beiträge an eigene Institutionen	5,0	-29,3	33,1	5,0	4,1	0,7
Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-0,7	-1,8	10,2	2,6
Finanzausgleich	–	–	–	–	–	1,5
Internationale Organisationen	5,0	7,4	7,3	18,6	7,9	3,8
Übrige Beiträge an Dritte	4,5	8,2	-1,1	-3,7	3,1	2,8
Beiträge an Sozialversicherungen	6,0	3,0	4,2	2,7	4,2	1,5
AHV / IV / ALV	6,3	4,8	4,3	2,5	4,5	0,9
Übrige Sozialversicherungen	5,5	-1,8	4,0	3,3	3,3	3,1
Finanzausgaben	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-6,5
Zinsausgaben	10,7	3,9	-2,1	4,0	-11,3	-4,5
Anleihen	24,9	8,0	2,5	9,6	-9,9	-3,7
Geldmarktbuchforderungen	34,4	-17,2	-41,4	77,8	-60,3	6,4
Übrige Zinsausgaben	-2,9	3,4	-7,2	-24,5	-11,4	-16,6
Kursverluste	–	–	–	–	12,8	-100,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	49,7	17,6	26,5	-25,7	11,4	-43,1
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	–	-75,1	48,4
Investitionsausgaben	-1,0	4,7	5,6	-0,2	4,4	1,6
Sachanlagen und Vorräte	2,2	1,9	-8,6	10,4	26,9	5,1
Liegenschaften	5,3	7,0	-19,3	28,2	1,4	7,6
Mobilien und Vorräte	-0,7	-4,5	3,6	-7,2	-4,0	2,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	–	4,4
Immaterielle Anlagen	–	–	–	3,0	40,6	-5,6
Darlehen	-12,3	-13,2	3,7	13,7	22,8	-15,4
Beteiligungen	-33,3	43,3	102,2	-14,5	33,3	-19,5
Eigene Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-4,3	2,7
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	–	-0,2
Übrige Investitionsbeiträge	0,1	6,8	7,7	-2,2	-13,7	4,0
Durchlaufende Investitionsbeiträge	–	–	–	–	–	–

B23 Struktur der Ausgaben nach Kontengruppen

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenausgaben	25,4	22,0	17,6	16,1	16,0	16,2
Personalausgaben	12,1	10,9	8,9	8,5	8,1	8,3
Personalbezüge	9,7	8,8	7,0	7,0	6,7	6,6
Arbeitgeberbeiträge	1,7	1,4	1,2	1,0	1,2	1,5
Arbeitgeberleistungen	0,6	0,7	0,7	0,3	0,1	0,1
Übrige Personalausgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Sach- und Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	6,0	6,3
Material- und Warenausgaben	–	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1
Betriebsausgaben	7,8	7,0	5,9	5,2	5,3	5,5
Liegenschaften	1,6	1,5	1,0	0,7	0,5	0,5
Mieten und Pachten	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Informatik	0,5	0,5	0,4	0,4	0,8	0,8
Beratung und Auftragsforschung	0,2	0,4	0,7	0,7	0,4	0,4
Betriebsausgaben der Armee	2,0	1,7	1,7	1,5	1,4	1,5
Verluste auf Forderungen	–	–	–	0,1	0,3	0,4
Übrige Betriebsausgaben	3,1	2,6	1,8	1,5	1,6	1,6
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	–	–	–	–	0,7	0,7
Rüstungsausgaben	5,5	4,1	2,8	2,4	1,9	1,6
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	1,1	0,7	0,6	0,6	0,5	0,5
Rüstungsmaterial	4,1	3,1	1,9	1,6	1,2	0,9
Laufende Transferausgaben	54,6	57,6	61,8	64,4	66,6	69,0
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	7,9	8,9	12,9	14,7	13,0	14,0
Kantonsanteile	7,9	8,2	9,0	10,1	7,6	7,3
Anteile der Sozialversicherungen	–	0,7	3,8	4,3	4,8	5,9
Rückverteilung Lenkungsabgaben	–	–	0,1	0,2	0,6	0,9
Entschädigungen an Gemeinwesen	0,9	0,8	0,9	1,6	1,4	1,6
Beiträge an eigene Institutionen	6,3	3,7	4,2	4,3	4,7	4,7
Beiträge an Dritte	18,7	21,7	20,7	19,1	22,8	23,7
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	4,9
Internationale Organisationen	0,9	1,0	1,2	2,1	2,7	3,0
Übrige Beiträge an Dritte	17,8	20,7	19,6	17,0	15,3	15,8
Beiträge an Sozialversicherungen	20,8	22,4	23,1	24,7	24,7	24,8
AHV / IV / ALV	15,1	17,1	17,5	18,8	18,9	18,8
Übrige Sozialversicherungen	5,7	5,4	5,5	5,9	5,8	6,1
Finanzausgaben	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,2
Zinsausgaben	7,0	7,3	7,1	7,0	5,1	3,1
Anleihen	2,8	4,1	4,8	5,8	4,6	2,9
Geldmarktbuchforderungen	1,1	0,5	0,4	0,3	0,1	0,0
Übrige Zinsausgaben	3,1	2,6	1,9	1,0	0,4	0,2
Kursverluste	–	–	–	0,0	0,1	0,0
Kapitalbeschaffungsausgaben	0,2	0,2	0,5	0,3	0,1	0,0
Übrige Finanzausgaben	–	–	–	0,0	0,0	0,0
Investitionsausgaben	12,8	12,9	13,1	12,3	12,1	11,7
Sachanlagen und Vorräte	2,1	1,7	1,1	1,3	4,1	4,1
Liegenschaften	1,1	1,0	0,5	0,6	1,0	1,2
Mobilien und Vorräte	1,0	0,7	0,6	0,6	0,5	0,4
Nationalstrassen	–	–	–	–	2,5	2,5
Immaterielle Anlagen	–	–	0,0	0,0	0,1	0,1
Darlehen	3,1	3,3	1,2	0,8	0,9	0,7
Beteiligungen	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,0
Eigene Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	6,9	6,8
Fonds für Eisenbahngrossprojekte	–	–	–	–	2,6	2,2
Übrige Investitionsbeiträge	7,6	7,9	10,7	10,1	4,3	4,6

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Ordentliche Ausgaben	59 266	62 333	61 736	63 700	66 124	67 003	879	1,3
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 490	2 501	2 489	2 682	2 745	63	2,3
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	2 460	2 490	2 501	2 489	2 682	2 745	63	2,3
Ordnung und öffentliche Sicherheit	910	950	961	1 053	1 109	1 119	10	0,9
Allgemeines Rechtswesen	76	77	82	83	86	86	0	-0,2
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	354	397	390	427	484	488	4	0,9
Grenzkontrollen	314	314	327	378	354	362	8	2,4
Gerichte	166	161	163	165	185	182	-3	-1,5
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	2 607	3 214	2 979	3 292	3 569	3 701	132	3,7
Politische Beziehungen	726	720	713	789	757	726	-31	-4,1
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1 761	2 358	2 106	2 290	2 483	2 674	191	7,7
Wirtschaftliche Beziehungen	75	81	78	212	329	301	-28	-8,6
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	44	55	82	-	-	-	-	-
Landesverteidigung	4 395	4 533	4 428	4 789	4 856	4 706	-150	-3,1
Militärische Landesverteidigung	4 292	4 417	4 306	4 665	4 733	4 586	-147	-3,1
Nationale Sicherheitskooperation	103	116	122	124	123	120	-3	-2,8
Bildung und Forschung	6 067	6 509	6 664	6 894	7 201	7 357	156	2,2
Berufsbildung	691	751	844	845	891	890	-1	-0,1
Hochschulen	1 833	1 891	1 923	2 001	2 082	2 125	43	2,1
Grundlagenforschung	2 350	2 506	2 536	2 608	2 698	2 769	71	2,6
Angewandte Forschung	1 164	1 331	1 334	1 408	1 498	1 541	42	2,8
Übriges Bildungswesen	28	29	28	31	32	33	0	1,1
Kultur und Freizeit	413	429	450	502	500	508	8	1,5
Kulturerhaltung	106	104	116	122	123	131	8	6,5
Kulturförderung	126	128	125	125	131	128	-2	-1,8
Sport	138	153	143	190	179	180	1	0,5
Medienpolitik	44	44	65	65	67	68	1	1,8
Gesundheit	228	210	212	219	229	233	4	1,8
Gesundheit	228	210	212	219	229	233	4	1,8
Soziale Wohlfahrt	18 454	20 557	20 668	21 106	21 763	22 360	597	2,7
Altersversicherung	9 935	10 184	10 339	10 621	10 856	11 078	222	2,0
Invalidenversicherung	3 523	4 671	4 821	4 873	5 015	5 160	145	2,9
Krankenversicherung	2 008	2 150	2 186	2 215	2 286	2 456	170	7,5
Ergänzungsleistungen	1 271	1 305	1 366	1 389	1 446	1 496	50	3,5
Militärversicherung	216	221	213	217	216	223	7	3,4
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	439	941	456	476	499	512	12	2,5
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	126	84	80	95	105	97	-8	-7,6
Migration	885	937	1 145	1 159	1 276	1 286	9	0,7
Soziale Hilfe und Fürsorge	51	64	61	59	64	53	-12	-18,2
Verkehr	8 225	8 062	8 130	8 224	8 549	8 542	-8	-0,1
Strassenverkehr	2 914	2 589	2 841	2 806	3 063	3 061	-1	0,0
Öffentlicher Verkehr	5 215	5 341	5 129	5 262	5 299	5 284	-15	-0,3
Luftfahrt	96	132	160	156	188	197	9	4,6

B31 Ausgaben nach Aufgabengebieten

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
							absolut	%
Umwelt und Raumordnung	1 164	1 151	1 132	1 007	1 329	1 459	130	9,8
Umwelt	792	762	696	605	860	1 002	142	16,6
Schutz vor Naturgefahren	262	271	290	265	312	297	-15	-4,7
Naturschutz	96	103	131	122	143	145	2	1,4
Raumordnung	14	14	16	15	15	15	0	-0,3
Landwirtschaft und Ernährung	3 666	3 663	3 711	3 706	3 719	3 586	-133	-3,6
Landwirtschaft und Ernährung	3 666	3 663	3 711	3 706	3 719	3 586	-133	-3,6
Wirtschaft	568	608	519	505	655	740	85	12,9
Wirtschaftsordnung	119	120	137	126	140	142	2	1,4
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	168	234	138	133	139	138	-2	-1,1
Energie	280	254	244	246	376	460	84	22,4
Finanzen und Steuern	10 111	9 954	9 380	9 916	9 963	9 951	-12	-0,1
Anteile an Bundeseinnahmen	4 238	4 300	4 375	4 574	4 606	4 724	118	2,6
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	2 972	2 605	1 904	2 164	2 172	1 989	-183	-8,4
Finanzausgleich	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	3 238	53	1,7

B32 Entwicklung der Ausgaben nach Aufgabengebieten

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	3,4	2,9	2,4	1,9	3,7	1,8
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	2,5
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,1	2,3	7,5	0,3	3,6	2,5
Ordnung und öffentliche Sicherheit	4,7	0,8	5,8	-1,2	4,0	4,2
Allgemeines Rechtswesen	8,2	-11,9	11,8	-11,7	-0,3	2,7
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	5,7	4,2	9,8	-2,5	6,3	5,3
Grenzkontrollen	1,8	1,3	1,4	0,6	2,8	3,6
Gerichte	6,6	7,7	0,7	7,4	3,3	3,2
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	3,5	1,3	2,5	-0,2	9,0	3,6
Politische Beziehungen	4,7	2,2	4,2	-0,3	4,1	0,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	1,7	1,5	1,7	3,0	10,9	3,2
Wirtschaftliche Beziehungen	18,0	-1,9	3,3	0,1	3,3	38,6
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	9,7	-0,4	2,5	-38,7	16,1	-100,0
Landesverteidigung	-1,4	-4,1	-1,7	-0,9	1,2	0,9
Militärische Landesverteidigung	-1,2	-3,7	-1,8	-1,0	1,1	0,9
Nationale Sicherheitskooperation	-8,2	-18,3	1,6	3,2	5,0	0,8
Bildung und Forschung	4,3	1,2	2,6	3,1	6,9	3,1
Berufsbildung	5,3	-3,5	2,6	-0,4	9,7	4,4
Hochschulen	2,3	3,1	2,0	-8,8	4,9	3,0
Grundlagenforschung	7,3	1,0	6,0	22,1	8,1	2,5
Angewandte Forschung	3,7	2,9	0,9	8,4	7,4	3,7
Übriges Bildungswesen	32,5	-20,4	8,6	-4,0	-16,7	3,2
Kultur und Freizeit	0,5	14,3	2,4	-3,7	-1,7	4,3
Kulturerhaltung	0,9	-3,6	2,0	2,6	2,5	5,9
Kulturförderung	-6,5	18,6	1,6	-9,5	0,9	0,1
Sport	5,9	4,7	4,5	0,0	2,3	4,1
Medienpolitik	-	87,5	1,8	-5,2	-18,9	11,7
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	2,6
Gesundheit	7,0	0,8	4,5	10,7	-5,5	2,6
Soziale Wohlfahrt	6,0	7,1	3,2	2,6	5,0	2,1
Altersversicherung	5,0	8,9	4,6	3,3	6,3	2,1
Invalidenversicherung	8,6	6,7	6,3	2,7	1,0	2,5
Krankenversicherung	8,4	-2,3	4,2	3,9	-1,3	3,4
Ergänzungsleistungen	-0,7	-0,4	5,8	4,3	16,4	3,5
Militärversicherung	0,8	-1,6	0,5	-2,8	-1,1	0,2
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	24,2	97,5	-0,7	13,5	32,8	-14,1
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	4,4	19,9	-10,8	-17,9	-6,4	3,6
Migration	6,3	15,1	-10,0	-4,8	4,3	8,2
Soziale Hilfe und Fürsorge	-11,7	-3,9	20,2	20,5	7,3	-4,7
Verkehr	3,1	0,0	4,1	0,8	2,3	1,5
Strassenverkehr	1,0	-0,1	0,7	-0,9	-1,5	4,3
Öffentlicher Verkehr	4,9	2,1	6,6	2,0	4,3	-0,3
Luftfahrt	6,0	-32,7	12,8	-4,1	10,0	10,6
Umwelt und Raumordnung	-4,1	0,0	5,2	-2,1	13,4	6,1
Umwelt	-1,2	2,4	1,5	0,5	24,2	7,1
Schutz vor Naturgefahren	-4,8	-3,3	8,2	-7,9	1,5	2,3
Naturschutz	-13,8	5,0	7,5	8,9	-0,9	8,8
Raumordnung	6,7	2,3	15,1	3,8	3,7	1,2
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	-0,5
Landwirtschaft und Ernährung	3,7	4,7	-2,0	-0,8	0,4	-0,5
Wirtschaft	-10,4	-3,7	4,6	-6,1	14,2	5,0
Wirtschaftsordnung	8,4	1,2	9,3	7,9	-5,0	4,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	-19,7	-2,4	1,9	-14,7	16,1	-12,5
Energie	31,3	-9,8	6,9	-6,9	33,1	16,1
Finanzen und Steuern	6,5	4,8	2,3	5,9	0,5	0,0
Anteile an Bundeseinnahmen	2,1	5,6	5,5	8,4	-7,0	2,4
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	11,1	4,2	-0,8	2,8	-10,2	-6,5
Finanzausgleich	-	-	-	-	-	1,5

B33 Struktur der Ausgaben nach Aufgabengebieten

% Anteil an den ordentlichen Ausgaben	Legislaturperioden					
	1991-1995	1995-1999	1999-2003	2003-2007	2007-2011	2011-2015
Ordentliche Ausgaben	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	3,6	3,5	4,1	4,2	4,1	4,0
Ordnung und öffentliche Sicherheit	1,6	1,5	1,6	1,5	1,5	1,6
Allgemeines Rechtswesen	0,3	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1
Polizeidienste, Strafverfolgung und -vollzug	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6	0,7
Grenzkontrollen	0,6	0,6	0,6	0,5	0,5	0,5
Gerichte	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	5,0	4,5	4,8	4,4	4,6	5,2
Politische Beziehungen	1,2	1,2	1,2	1,1	1,2	1,2
Entwicklungshilfe (Süd- und Ostländer)	3,2	2,7	2,9	2,9	3,2	3,7
Wirtschaftliche Beziehungen	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,4
Hilfe an Ostländer und Erweiterung der EU	0,5	0,4	0,4	0,2	0,1	0,0
Landesverteidigung	14,3	11,6	9,5	8,4	7,6	7,3
Militärische Landesverteidigung	13,8	11,3	9,3	8,2	7,4	7,1
Nationale Sicherheitskooperation	0,5	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
Bildung und Forschung	9,1	8,6	8,6	9,0	10,0	10,9
Berufsbildung	1,3	1,1	1,0	1,0	1,1	1,3
Hochschulen	4,6	4,4	4,4	2,9	3,0	3,1
Grundlagenforschung	1,5	1,5	1,5	3,3	3,8	4,1
Angewandte Forschung	1,6	1,5	1,5	1,8	2,0	2,2
Übriges Bildungswesen	0,2	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Kultur und Freizeit	0,7	1,0	1,3	0,9	0,7	0,8
Kulturerhaltung	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Kulturförderung	0,2	0,3	0,6	0,2	0,2	0,2
Sport	0,2	0,2	0,3	0,2	0,3	0,3
Medienpolitik	0,0	0,2	0,3	0,2	0,1	0,1
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Gesundheit	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,3
Soziale Wohlfahrt	25,5	29,0	29,9	31,3	31,5	33,2
Altersversicherung	9,8	10,8	13,7	14,3	16,5	16,6
Invalidenversicherung	5,6	6,7	7,5	8,4	6,5	7,7
Krankenversicherung	3,7	3,6	3,8	4,1	3,3	3,5
Ergänzungsleistungen	1,2	1,0	1,1	1,3	2,1	2,2
Militärversicherung	0,7	0,6	0,5	0,5	0,4	0,3
Arbeitslosenversicherung / Arbeitsvermittlung	2,0	3,0	0,4	0,6	0,9	0,8
Sozialer Wohnungsbau / Wohnbauförderung	0,5	0,7	0,7	0,3	0,2	0,1
Migration	2,0	2,6	2,2	1,7	1,5	1,9
Soziale Hilfe und Fürsorge	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Verkehr	14,8	14,2	14,0	14,2	13,5	12,9
Strassenverkehr	6,9	6,1	5,9	5,3	4,5	4,6
Öffentlicher Verkehr	7,1	7,9	8,0	8,7	8,8	8,1
Luftfahrt	0,8	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3
Umwelt und Raumordnung	1,6	1,4	1,6	1,3	1,6	1,9
Umwelt	0,7	0,7	0,7	0,6	0,9	1,2
Schutz vor Naturgefahren	0,8	0,6	0,8	0,5	0,4	0,4
Naturschutz	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Raumordnung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,7
Landwirtschaft und Ernährung	8,0	8,6	7,6	7,0	6,2	5,7
Wirtschaft	1,2	1,0	0,9	0,7	0,9	0,9
Wirtschaftsordnung	0,2	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2
Standortförd., Regionalpolitik, wirtsch. Landesversorgung	0,8	0,5	0,5	0,3	0,3	0,2
Energie	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,5
Finanzen und Steuern	14,3	14,9	15,7	16,7	17,5	15,2
Anteile an Bundeseinnahmen	7,1	7,4	8,2	9,4	7,3	7,1
Geldbeschaffung, Vermögens- und Schuldenverwaltung	7,2	7,5	7,6	7,3	5,3	3,2
Finanzausgleich	–	–	–	–	4,9	4,9

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2015

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Total Voranschlag 2015	Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landes- verteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	67 003	2 745	1 119	3 701	4 706	7 357	508
Eigenausgaben	10 693	2 319	871	803	4 121	264	131
Personalausgaben	5 556	1 458	735	627	1 541	150	96
Sach- und Betriebsausgaben	4 304	861	136	177	1 748	114	35
Rüstungsausgaben	833	–	–	–	833	–	–
Laufende Transferausgaben	46 402	40	168	2 839	106	6 758	326
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 616	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 107	–	71	1	20	–	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 051	–	4	–	–	2 529	128
Beiträge an Dritte	15 885	40	94	2 838	86	4 229	193
Beiträge an Sozialversicherungen	16 743	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	1 991	2	–	–	0	–	0
Investitionsausgaben	7 917	384	79	58	478	335	50
Sachanlagen und Vorräte	2 773	371	28	0	478	210	1
Immaterielle Anlagen	40	13	7	1	–	–	–
Darlehen	437	–	–	11	–	–	–
Beteiligungen	46	–	–	46	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 621	–	45	–	–	125	49

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raum- ordnung	Land- wirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	233	22 360	8 542	1 459	3 586	740	9 951
Eigenausgaben	148	565	773	173	123	217	184
Personalausgaben	71	335	205	114	92	134	–
Sach- und Betriebsausgaben	77	231	568	59	31	83	184
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	83	21 755	2 101	929	3 343	176	7 778
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 941	379	757	–	–	4 540
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	969	32	–	3	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	358	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	66	175	1 333	170	3 267	155	3 238
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 670	–	–	73	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	0	1 989
Investitionsausgaben	2	40	5 667	357	120	347	–
Sachanlagen und Vorräte	1	1	1 678	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	1	4	12	1	1	0	–
Darlehen	–	25	380	4	17	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	–	10	3 598	350	99	346	–

B34 Ausgaben nach Aufgabengebieten und Kontengruppen 2014

Kontengruppen	Total Voranschlag 2014	Aufgabengebiete					
		Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen	Ordnung und öffentliche Sicherheit	Beziehungen zum Ausland - Internationale Zusammenarbeit	Landesverteidigung	Bildung und Forschung	Kultur und Freizeit
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	66 124	2 682	1 109	3 569	4 856	7 201	500
Eigenausgaben	10 790	2 257	867	795	4 326	261	126
Personalausgaben	5 482	1 419	727	618	1 520	150	93
Sach- und Betriebsausgaben	4 082	838	140	177	1 579	111	33
Rüstungsausgaben	1 226	–	–	–	1 226	–	–
Laufende Transferausgaben	45 299	35	164	2 750	139	6 570	327
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	9 263	–	–	–	–	–	–
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 106	–	69	–	20	–	4
Beiträge an eigene Institutionen	3 005	–	4	–	–	2 489	128
Beiträge an Dritte	15 680	35	91	2 750	119	4 080	195
Beiträge an Sozialversicherungen	16 245	–	–	–	–	–	–
Finanzausgaben	2 174	2	–	–	0	–	0
Investitionsausgaben	7 860	387	77	24	391	370	47
Sachanlagen und Vorräte	2 704	369	27	0	391	214	2
Immaterielle Anlagen	52	18	5	1	–	–	–
Darlehen	457	–	–	2	–	–	–
Beteiligungen	21	–	–	21	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	4 625	–	45	–	–	156	45

Kontengruppen	Aufgabengebiete						
	Gesundheit	Soziale Wohlfahrt	Verkehr	Umwelt und Raumordnung	Landwirtschaft und Ernährung	Wirtschaft	Finanzen und Steuern
Mio. CHF							
Ordentliche Ausgaben	229	21 763	8 549	1 329	3 719	655	9 963
Eigenausgaben	142	596	759	171	122	205	163
Personalausgaben	68	360	197	108	91	130	–
Sach- und Betriebsausgaben	74	236	562	62	31	75	163
Rüstungsausgaben	–	–	–	–	–	–	–
Laufende Transferausgaben	85	21 128	2 071	783	3 447	173	7 628
Anteile Dritter an Bundeseinnahmen	–	3 834	373	613	–	–	4 442
Entschädigungen an Gemeinwesen	3	971	31	–	3	4	–
Beiträge an eigene Institutionen	14	–	351	1	–	17	–
Beiträge an Dritte	68	157	1 315	169	3 364	152	3 185
Beiträge an Sozialversicherungen	–	16 166	–	–	79	–	–
Finanzausgaben	–	–	–	–	–	0	2 172
Investitionsausgaben	3	38	5 719	375	151	277	–
Sachanlagen und Vorräte	1	1	1 693	2	2	1	–
Immaterielle Anlagen	0	5	21	1	1	0	–
Darlehen	–	33	371	4	48	–	–
Beteiligungen	–	–	–	–	–	–	–
Eigene Investitionsbeiträge	1	0	3 634	369	99	276	–

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Mio. CHF		Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Einlage (+) / Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital, Stand		1 234	1 285	1 131	-153
VOC / HEL-Lenkungsabgabe		265	260	251	-10
606	E1100.0111/ 112/113	129	125	125	
606	E1400.0101	1	1	2	
810	A2300.0100	-124	-130	-136	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Rückverteilung und Technologiefonds		56	84	-2	-87
606	E1100.0121 (Teil)	428	533	535	
606	E1100.0121 (Teil)	-	-	25	
606	E1400.0114 (Teil)	0	1	1	
810	A2400.0105 (Teil)	0	-1	-1	
810	A2300.0112	-227	-480	-621	
810	A4300.0150	-25	-25	-25	
CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, Gebäudeprogramm		25	41	0	-41
606	E1100.0121 (Teil)	214	267	280	
606	E1400.0114 (Teil)	0	0	0	
810	A2400.0105 (Teil)	0	0	0	
810	A4300.0146	-93	-196	-	
805	A4300.0126	-46	-55	-321	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Rückverteilung		3	0	0	0
805	E1400.0116	0	-	-	
810	A2300.0114	-	-3	-	
Sanktion CO₂-Verminderung PW, Infrastrukturfonds		7	9	10	1
805	E1100.0124	5	2	4	
805	E1400.0116	0	0	0	
806	E5300.0113 (Teil)	2	1	1	
805	A2400.0106	-	0	0	
805	A2100.0001 (Teil)	0	0	-1	
806	A6100.0001 (Teil)	-1	-1	-1	
806	A8400.0102	-	-	-3	
Spielbankenabgabe		637	658	650	-8
417	E1100.0122	308	350	300	
417	A2300.0113	-376	-329	-308	
Altlastenfonds		144	137	130	-7
810	E1100.0100	38	36	36	
810	A2310.0131	-62	-42	-42	
810	A2100.0001 (Teil)	-1	-1	-1	
Bundeskriegstransportversicherung		55	55	55	0
724	E1300.0010 (Teil)	0	-	0	
724	A2119.0001 (Teil)	-	-	0	
Familienzulagen an landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Bergbauern		32	32	32	0
318	E1400.0102	1	1	1	
318	A2310.0332 (Teil)	-1	-1	-1	
Medienforschung, Rundfunktechnologie, Programmarchivierung		9	8	6	-2
808	E5200.0100	3	3	3	
808	A6210.0145	-2	-2	-2	
808	A6210.0146	0	0	0	
808	A6210.0148	-1	-1	-2	

B41 Zweckgebundene Fonds im Fremdkapital (ohne Spezialfonds)

Fortsetzung

Mio. CHF		Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Filmförderung					
306	E1300.0146	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter Einnahmeanteil	–	0	0
306	A2310.0454	Filmförderungsabgaben Fernsehveranstalter	0	-1	-1
Krankenversicherung					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Krankenversicherung (5%)	908	924	953
606	E1100.0109 (Teil)	Schwerverkehrsabgabe, ungedeckte Kosten des Schwerverkehrs	90	140	225
316	A2310.0110 (Teil)	Individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-998	-1 064	-1 178
Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung					
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, MWSt-Prozent für die AHV (83%)	2 318	2 363	2 452
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Zuschlag 0,4% für die IV	1 117	1 142	1 181
605	E1100.0118 (Teil)	Mehrwertsteuer, Bundesanteil am MWSt-Prozent (17%)	475	487	496
606	E1100.0102	Tabaksteuer	2 295	2 387	2 170
601	E1200.0101	Reingewinn Alkoholverwaltung	242	244	241
318	A2310.0327 (Teil)	Leistungen des Bundes an die AHV	-3 012	-3 118	-2 907
318	A2310.0328 (Teil)	Leistungen des Bundes an die IV			
318	A2310.0329 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur AHV			
318	A2310.0384 (Teil)	Ergänzungsleistungen zur IV			
318	A2310.0453 (Teil)	Sonderbeitrag an die IV-Zinsen			
605	A2300.0105	Mehrwertsteuerprozent für die AHV	-2 318	-2 363	-2 452
605	A2300.0111	Mehrwertsteuerzuschlag für die IV	-1 117	-1 142	-1 181

Hinweise:

– Einlagen aus Mehrwertsteuer inkl. Debitorenverluste

– Die Bundeskriegstransportversicherung in der Höhe von 54,6 Millionen wurde im Rechnungsjahr 2013 vom Eigenkapital ins Fremdkapital transferiert.

B42 Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Einlage (+)/ Entnahme (-)
Zweckgebundene Fonds im Eigenkapital, Stand	4 891	5 098	5 422	324
Spezialfinanzierung Strassenverkehr	2 036	1 718	1 510	-207
Einnahmen	3 786	3 769	3 822	
Ausgaben	-3 828	-4 087	-4 030	
Spezialfinanzierung Begleitmassnahmen FHAL/WTO	2 805	3 331	3 869	538
606 E1100.0110 (Teil) Einfuhrzölle	549	526	538	
Spezialfinanzierung Luftverkehr	51	50	43	-7
606 E1100.0104 (Teil) Mineralölsteuer auf Treibstoffen	20	21	21	
606 E1100.0105 (Teil) Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	27	29	28	
803 A6210.0152 Technische Sicherheitsmassnahmen	-21	-28	-29	
803 A6210.0153 Umweltschutz-Massnahmen	-6	-14	-14	
803 A6210.0154 Nicht-hoheitliche Sicherheitsmassnahmen	0	-8	-14	
Überwachung Tierseuchen	-	-	0	0
708 E1100.0123 Schlachtabgabe	-	3	3	
341 A2310.0500 Überwachung Tierseuchen	-	-3	-3	

Hinweis:

– Die Bundeskriegstransportversicherung in der Höhe von 54,6 Millionen wurde im Rechnungsjahr 2013 vom Eigenkapital ins Fremdkapital transferiert.

B43 Spezialfinanzierung Strassenverkehr

Mio. CHF	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Einnahmen	3 786	3 769	3 822	54	1,4
606 A2111.0141 Aufwandsentschädigungen Bezug der Nationalstrassenabgabe	-32	-33	-34	-1	1,9
606 A2119.0001 Übriger Betriebsaufwand; Verkauf und Kontrolle Nationalstrassenabgabe	-2	-5	-4	1	-18,1
606 E1100.0104 Mineralölsteuer auf Treibstoffen	1 474	1 467	1 486	20	1,4
606 E1100.0105 Mineralölsteuerzuschlag auf Treibstoffen	1 967	1 957	1 982	25	1,3
606 E1100.0108 Nationalstrassenabgabe	356	363	370	7	1,9
802 E3200.0001 Rückzahlung Darlehen Terminalanlagen	7	6	6	0	-3,7
806 E5100.0001 Funktionsertrag (Globalbudget)	9	10	10	0	2,9
806 E7100.0001 Veräusserung Sach- und immaterielle Anlagen (Globalbudget); Erlös Restparzellen Nationalstrasse	7	5	6	1	23,6
806 E7200.0001 Rückzahlung Darlehen Bahnhofparkanlagen	0	0	0	0	0,0
Ausgaben	3 821	4 087	4 030	-57	-1,4
Nationalstrassen (ohne Infrastrukturfonds)	1 461	1 623	1 608	-16	-1,0
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget); Betrieb	353	353	357	4	1,2
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget); Unterhalt/Ausbau	1 108	1 270	1 251	-20	-1,5
Infrastrukturfonds	1 026	1 029	992	-37	-3,6
806 A8400.0100 Jährliche Einlage Infrastrukturfonds	1 026	1 029	992	-37	-3,6
Hauptstrassen	172	174	175	1	0,6
806 A8300.0107 Hauptstrassen	172	174	175	1	0,6
Übrige werkgebundene Beiträge	477	535	523	-11	-2,1
802 A2310.0214 Abgeltung alpenquerender kombinierter Verkehr	166	165	158	-6	-3,8
802 A2310.0215 Autoverlad	3	2	2	0	0,5
802 A2310.0450 Abgeltung nicht-alpenquerender Schienengüterverkehr	15	14	10	-4	-29,3
802 A4300.0119 Verkehrstrennung	2	2	1	0	-1,1
802 A4300.0121 Anschlussgleise	12	18	16	-2	-9,9
802 A4300.0129 Fonds für Eisenbahngrossprojekte	277	309	298	-11	-3,5
802 A4300.0141 Terminalanlagen	1	25	37	12	45,8
Nicht werkgebundene Beiträge	374	373	379	5	1,4
806 A6200.0152 Allgemeine Strassenbeiträge	367	366	371	5	1,4
806 A6200.0153 Kantone ohne Nationalstrassen	7	7	8	0	1,4
Forschung und Verwaltung	148	174	180	6	3,2
806 A6100.0001 Funktionsaufwand (Globalbudget)	147	169	175	6	3,4
806 A8100.0001 Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte (Globalbudget)	1	5	5	0	-3,9
Umweltschutz	108	110	108	-3	-2,5
806 A6210.0142 Langsamverkehr, Fuss- und Wanderwege	1	1	1	0	0,4
810 A2310.0134 Wald	50	48	48	0	0,4
810 A4300.0103 Schutz Naturgefahren	20	24	21	-3	-12,9
810 A4300.0139 Lärmschutz	37	38	38	0	0,4
Heimat- und Landschaftsschutz	15	15	15	0	2,0
306 A4300.0138 Heimatschutz und Denkmalpflege	11	11	11	0	0,4
806 A8300.0110 Historische Verkehrswege	2	2	2	0	12,0
810 A4300.0105 Natur und Landschaft	2	2	2	0	0,0
Schutz übriger Strassen vor Naturgewalten	41	53	50	-3	-5,1
810 A4300.0135 Hochwasserschutz	41	53	50	-3	-5,1
Saldo	-35	-318	-207	111	
Stand der Spezialfinanzierung Ende Jahr	2 036	1 718	1 510	-207	-12,1

C01 Ertrag nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
							absolut	%
Ordentlicher Ertrag	63 523	65 693	64 041	65 136	66 137	67 504	1 367	2,1
Fiskalertrag	57 757	60 096	58 288	60 338	62 270	63 755	1 485	2,4
Direkte Bundessteuer	17 886	17 891	18 342	18 353	20 113	20 369	256	1,3
Verrechnungssteuer	4 323	5 961	3 835	5 442	4 837	5 314	477	9,9
Stempelabgaben	2 855	2 857	2 136	2 143	2 300	2 425	125	5,4
Mehrwertsteuer	20 672	21 642	22 050	22 561	22 960	23 770	810	3,5
Übrige Verbrauchssteuern	7 602	7 341	7 543	7 414	7 480	7 328	-152	-2,0
Mineralölsteuer	5 134	5 020	5 033	5 005	4 980	5 045	65	1,3
Tabaksteuer	2 356	2 208	2 397	2 295	2 387	2 170	-217	-9,1
Biersteuer	112	113	113	113	113	113	0	0,0
Verkehrsabgaben	2 210	2 323	2 293	2 242	2 273	2 290	17	0,7
Automobilsteuer	373	408	412	369	410	390	-20	-4,9
Nationalstrassenabgabe	347	360	352	356	363	370	7	1,9
Schwerverkehrsabgabe	1 490	1 555	1 529	1 517	1 500	1 530	30	2,0
Zölle	1 079	1 046	1 044	1 059	990	950	-40	-4,0
Spielbankenabgabe	381	376	329	308	350	300	-50	-14,3
Lenkungsabgaben	748	660	716	816	964	1 006	42	4,4
Lenkungsabgabe VOC	123	127	125	129	125	125	0	0,0
Altlastenabgabe	36	35	35	38	36	36	0	0,0
Lenkungsabgabe CO2	589	498	556	649	803	845	42	5,3
Übriger Fiskalertrag	0	-	-	-	3	3	0	0,0
Regalien und Konzessionen	1 383	1 403	995	845	840	634	-206	-24,5
Anteil am Reingewinn der Alkoholverwaltung	243	269	267	242	244	241	-3	-1,1
Gewinnausschüttung SNB	833	833	333	333	333	167	-167	-50,0
Zunahme des Münzumschlags	74	54	144	19	32	23	-9	-26,7
Ertrag aus Kontingentsversteigerungen	199	213	217	216	209	180	-29	-13,8
Übrige Regalien und Konzessionen	33	34	34	35	23	23	1	3,2
Finanzertrag	2 446	2 136	2 842	1 892	1 149	1 076	-73	-6,3
Zinsertrag	375	376	359	246	284	271	-13	-4,5
Finanzanlagen	11	18	40	19	18	10	-9	-47,6
Darlehen	83	78	64	57	110	106	-3	-3,2
Bevorschussung an FinöV-Fonds	204	193	176	165	151	150	-1	-0,8
Übriger Zinsertrag	77	88	79	4	5	5	1	16,3
Kursgewinne	82	169	107	85	-	-	-	-
Beteiligungsertrag	0	1	0	0	0	0	0	3,6
Zunahme von Equitywerten	1 840	1 256	2 285	1 457	864	804	-60	-6,9
Übriger Finanzertrag	149	334	92	104	1	1	0	-3,5
Übriger Ertrag	1 803	1 880	1 852	1 967	1 863	1 884	21	1,1
Entgelte	1 259	1 192	1 255	1 325	1 326	1 322	-4	-0,3
Wehrpflichtersatzabgabe	155	157	160	163	165	165	0	0,0
Gebühren	217	225	243	253	248	249	2	0,7
Entgelte für Benutzungen und Dienstleistungen	79	76	78	73	67	73	6	8,6
Verkäufe	129	102	92	96	120	120	0	-0,2
Rückerstattungen	104	118	131	133	124	120	-4	-3,0
EU Zinsbesteuerung	120	97	114	139	141	118	-23	-16,0
Übrige Entgelte	455	415	436	469	462	477	15	3,2
Verschiedener Ertrag	544	689	598	642	537	562	26	4,8
Liegenschaftenertrag	371	365	386	398	369	364	-5	-1,3
Übriger verschiedener Ertrag	173	323	211	244	168	199	30	18,1
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	135	178	64	94	15	154	139	904,3

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014 absolut	%
Ordentlicher Aufwand	59 385	62 680	62 336	65 109	65 641	66 560	919	1,4
Eigenaufwand	12 039	12 230	12 304	13 429	13 202	13 177	-25	-0,2
Personalaufwand	4 824	4 923	5 060	5 476	5 482	5 556	74	1,3
Personalbezüge	3 998	4 023	4 111	4 213	4 386	4 445	59	1,3
Arbeitgeberbeiträge	781	804	843	1 126	958	970	13	1,3
Arbeitgeberleistungen	78	47	38	59	47	48	2	3,2
Übriger Personalaufwand	-34	49	68	79	92	93	1	0,9
Sach- und Betriebsaufwand	4 071	3 983	4 029	4 830	4 268	4 536	268	6,3
Material- und Warenaufwand	259	192	138	150	182	191	9	4,8
Betriebsaufwand	3 399	3 386	3 424	4 201	3 611	3 853	243	6,7
Liegenschaften	531	465	414	512	352	426	74	21,0
Mieten und Pachten	149	160	164	169	195	190	-5	-2,5
Informatik	471	496	472	479	570	587	17	2,9
Beratung und Auftragsforschung	238	225	230	235	282	298	16	5,6
Betriebsaufwand der Armee	861	929	968	932	889	976	87	9,8
Abschreibungen auf Forderungen	200	190	221	409	167	188	21	12,6
Übriger Betriebsaufwand	948	921	955	1 465	1 155	1 188	33	2,9
Betrieblicher Unterhalt Nationalstrassen	413	404	467	480	475	491	16	3,4
Rüstungsaufwand	1 001	1 163	997	970	1 226	833	-393	-32,1
Projektierung, Erprobung und Beschaffungsvorber.	111	95	86	95	90	120	30	33,3
Ausrüstung und Erneuerungsbedarf	316	307	317	345	330	360	30	9,1
Rüstungsmaterial	575	761	594	530	806	353	-453	-56,2
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 143	2 162	2 218	2 153	2 225	2 252	26	1,2
Gebäude	487	528	555	509	534	544	10	1,9
Nationalstrassen	1 424	1 416	1 425	1 441	1 483	1 502	18	1,2
Übrige Abschreibungen	232	218	238	203	208	206	-2	-1,0
Transferaufwand	44 024	46 994	47 332	48 838	50 274	51 342	1 068	2,1
Anteile Dritter an Bundeserträgen	7 705	8 549	8 687	8 741	9 263	9 616	353	3,8
Kantonsanteile	4 436	4 466	4 477	4 579	4 816	4 918	103	2,1
Anteile der Sozialversicherungen	2 694	3 519	3 734	3 811	3 834	3 941	106	2,8
Rückverteilung Lenkungsabgaben	576	564	477	351	613	757	144	23,6
Entschädigungen an Gemeinwesen	807	856	1 015	1 005	1 106	1 107	0	0,0
Beiträge an eigene Institutionen	2 850	2 971	3 093	2 950	3 005	3 051	46	1,5
Beiträge an Dritte	13 608	14 317	14 619	15 286	15 681	15 884	203	1,3
Finanzausgleich	2 901	3 049	3 102	3 178	3 185	3 238	53	1,7
Internationale Organisationen	1 597	1 762	1 825	2 096	1 982	2 040	57	2,9
Übrige Beiträge an Dritte	9 110	9 506	9 692	10 012	10 513	10 606	93	0,9
Beiträge an Sozialversicherungen	14 493	15 754	15 399	16 295	16 170	16 668	498	3,1
AHV / IV / ALV	11 053	12 126	11 712	11 842	12 312	12 587	275	2,2
Übrige Sozialversicherungen	3 439	3 628	3 687	4 452	3 858	4 081	223	5,8
Wertberichtigung	4 302	4 160	4 101	4 177	4 625	4 621	-4	-0,1
Investitionsbeiträge								
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	259	386	417	385	424	395	-29	-6,8

C02 Aufwand nach Kontengruppen

Fortsetzung

Mio. CHF	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	Differenz zu VA 2014	
							absolut	%
Finanzaufwand	3 299	3 428	2 664	2 578	2 099	2 041	-58	-2,8
Zinsaufwand	2 902	2 669	2 406	2 128	1 984	1 941	-43	-2,2
Anleihen	2 679	2 481	2 297	2 039	1 861	1 846	-15	-0,8
Geldmarktbuchforderungen	2	6	0	–	22	9	-13	-60,6
Übriger Zinsaufwand	221	182	109	89	102	87	-15	-14,9
Kursverluste	54	88	44	30	–	–	–	–
Kapitalbeschaffungsaufwand	122	116	104	90	105	100	-5	-5,0
Abnahme von Equitywerten	95	440	–	303	–	–	–	–
Übriger Finanzaufwand	126	116	110	28	10	0	-10	-98,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	22	27	37	264	66	1	-66	-98,7

C03 Entwicklung von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

Mittlere jährliche Zuwachsrate in %	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015	2010-2015
Ordentlicher Ertrag	-1,0	3,4	-2,5	1,7	1,5	2,1	1,2
Fiskalertrag	1,7	4,1	-3,0	3,5	3,2	2,4	2,0
Direkte Bundessteuer	0,0	0,0	2,5	0,1	9,6	1,3	2,6
Verrechnungssteuer	-18,1	37,9	-35,7	41,9	-11,1	9,9	4,2
Stempelabgaben	1,8	0,1	-25,2	0,3	7,3	5,4	-3,2
Mehrwertsteuer	4,2	4,7	1,9	2,3	1,8	3,5	2,8
Übrige Verbrauchssteuern	4,4	-3,4	2,8	-1,7	0,9	-2,0	-0,7
Verkehrsabgaben	4,6	5,1	-1,3	-2,3	1,4	0,7	0,7
Zölle	4,5	-3,1	-0,2	1,5	-6,5	-4,0	-2,5
Verschiedener Fiskalertrag	97,9	-8,3	1,0	7,5	17,1	-0,6	3,0
Regalien und Konzessionen	2,5	1,5	-29,1	-15,0	-0,6	-24,5	-14,4
Finanzertrag	-20,5	-12,7	33,1	-33,4	-39,3	-6,3	-15,1
Beteiligungsertrag	9,3	177,9	-70,8	-21,8	-15,1	3,6	-11,0
Zunahme von Equitywerten	-15,5	-31,8	82,0	-36,3	-40,7	-6,9	-15,3
Übriger Finanzertrag	-32,4	45,2	-36,6	-21,8	-34,6	-4,5	-14,8
Übriger Ertrag	-37,7	4,3	-1,5	6,2	-5,3	1,1	0,9
Entgelte	-7,0	-5,3	5,3	5,6	0,1	-0,3	1,0
Verschiedener Ertrag	-64,6	26,6	-13,2	7,5	-16,4	4,8	0,7
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	262,0	31,7	-63,8	46,3	-83,7	904,3	2,7
Ordentlicher Aufwand	2,9	5,5	-0,5	4,4	0,8	1,4	2,3
Eigenaufwand	0,9	1,6	0,6	9,1	-1,7	-0,2	1,8
Personalaufwand	0,2	2,1	2,8	8,2	0,1	1,3	2,9
Sach- und Betriebsaufwand	-1,2	-2,2	1,2	19,9	-11,6	6,3	2,2
Rüstungsaufwand	-8,6	16,2	-14,3	-2,7	26,4	-32,1	-3,6
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	12,7	0,9	2,6	-2,9	3,4	1,2	1,0
Transferaufwand	3,7	6,7	0,7	3,2	2,9	2,1	3,1
Anteile Dritter an Bundeserträgen	8,3	11,0	1,6	0,6	6,0	3,8	4,5
Entschädigungen an Gemeinwesen	3,7	6,1	18,6	-1,0	10,1	0,0	6,5
Beiträge an eigene Institutionen	4,7	4,2	4,1	-4,6	1,9	1,5	1,4
Beiträge an Dritte	2,5	5,2	2,1	4,6	2,6	1,3	3,1
Beiträge an Sozialversicherungen	1,5	8,7	-2,3	5,8	-0,8	3,1	2,8
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	5,8	-3,3	-1,4	1,9	10,7	-0,1	1,4
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	27,5	49,0	8,0	-7,6	9,9	-6,8	8,8
Finanzaufwand	-1,2	3,9	-22,3	-3,2	-18,6	-2,8	-9,2
Zinsaufwand	-4,6	-8,1	-9,9	-11,6	-6,7	-2,2	-7,7
Abnahme von Equitywerten	1 632,4	363,9	-100,0	-	-100,0	-	-100,0
Übriger Finanzaufwand	2,9	5,9	-19,3	-42,9	-22,1	-13,0	-19,9
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	97,3	22,1	35,2	622,6	-74,8	-98,7	-47,5

C04 Struktur von Ertrag und Aufwand nach Kontengruppen

% Anteil am ordentlichen Ertrag / Aufwand	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Voranschlag 2014	Voranschlag 2015
Ordentlicher Ertrag	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Fiskalertrag	90,9	91,5	91,0	92,6	94,2	94,4
Direkte Bundessteuer	28,2	27,2	28,6	28,2	30,4	30,2
Verrechnungssteuer	6,8	9,1	6,0	8,4	7,3	7,9
Stempelabgaben	4,5	4,3	3,3	3,3	3,5	3,6
Mehrwertsteuer	32,5	32,9	34,4	34,6	34,7	35,2
Übrige Verbrauchssteuern	12,0	11,2	11,8	11,4	11,3	10,9
Verkehrsabgaben	3,5	3,5	3,6	3,4	3,4	3,4
Zölle	1,7	1,6	1,6	1,6	1,5	1,4
Verschiedener Fiskalertrag	1,8	1,6	1,6	1,7	2,0	1,9
Regalien und Konzessionen	2,2	2,1	1,6	1,3	1,3	0,9
Finanzertrag	3,9	3,3	4,4	2,9	1,7	1,6
Beteiligungsertrag	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Zunahme von Equitywerten	2,9	1,9	3,6	2,2	1,3	1,2
Übriger Finanzertrag	1,0	1,3	0,9	0,7	0,4	0,4
Übriger Ertrag	2,8	2,9	2,9	3,0	2,8	2,8
Entgelte	2,0	1,8	2,0	2,0	2,0	2,0
Verschiedener Ertrag	0,9	1,0	0,9	1,0	0,8	0,8
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	0,2	0,3	0,1	0,1	0,0	0,2
Ordentlicher Aufwand	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Eigenaufwand	20,3	19,5	19,7	20,6	20,1	19,8
Personalaufwand	8,1	7,9	8,1	8,4	8,4	8,3
Sach- und Betriebsaufwand	6,9	6,4	6,5	7,4	6,5	6,8
Rüstungsaufwand	1,7	1,9	1,6	1,5	1,9	1,3
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	3,6	3,4	3,6	3,3	3,4	3,4
Transferaufwand	74,1	75,0	75,9	75,0	76,6	77,1
Anteile Dritter an Bundeserträgen	13,0	13,6	13,9	13,4	14,1	14,4
Entschädigungen an Gemeinwesen	1,4	1,4	1,6	1,5	1,7	1,7
Beiträge an eigene Institutionen	4,8	4,7	5,0	4,5	4,6	4,6
Beiträge an Dritte	22,9	22,8	23,5	23,5	23,9	23,9
Beiträge an Sozialversicherungen	24,4	25,1	24,7	25,0	24,6	25,0
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	7,2	6,6	6,6	6,4	7,0	6,9
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	0,4	0,6	0,7	0,6	0,6	0,6
Finanzaufwand	5,6	5,5	4,3	4,0	3,2	3,1
Zinsaufwand	4,9	4,3	3,9	3,3	3,0	2,9
Abnahme von Equitywerten	0,2	0,7	–	0,5	–	–
Übriger Finanzaufwand	0,5	0,5	0,4	0,2	0,2	0,2
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	0,0	0,0	0,1	0,4	0,1	0,0

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2015

Mio. CHF	Total Voranschlag 2015	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	EFD	WBF	UVEK
Ordentlicher Ertrag	67 504	23	67	113	428	158	66 241	314	160
Fiskalertrag	63 755	–	–	–	300	–	63 411	3	41
Direkte Bundessteuer	20 369	–	–	–	–	–	20 369	–	–
Verrechnungssteuer	5 314	–	–	–	–	–	5 314	–	–
Stempelabgaben	2 425	–	–	–	–	–	2 425	–	–
Mehrwertsteuer	23 770	–	–	–	–	–	23 770	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 328	–	–	–	–	–	7 328	–	–
Verkehrsabgaben	2 290	–	–	–	–	–	2 290	–	–
Zölle	950	–	–	–	–	–	950	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 309	–	–	–	300	–	965	3	41
Regalien und Konzessionen	634	–	–	–	–	–	431	180	23
Finanzertrag	1 076	–	0	1	0	0	1 044	30	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	804	–	–	–	–	–	804	–	–
Übriger Finanzertrag	272	–	0	1	0	0	240	30	1
Übriger Ertrag	1 884	23	67	111	128	158	1 201	101	95
Entgelte	1 322	20	47	106	110	99	771	84	86
Verschiedener Ertrag	562	3	20	6	19	59	430	17	9
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	154	–	–	–	–	–	154	–	–
Ordentlicher Aufwand	66 560	405	3 116	17 156	2 138	5 032	16 296	11 821	10 597
Eigenaufwand	13 177	405	753	588	640	4 810	2 760	549	2 673
Personalaufwand	5 556	322	565	366	379	1 715	1 440	367	404
Sach- und Betriebsaufwand	4 536	82	187	215	220	2 008	908	172	744
Rüstungsaufwand	833	–	–	–	–	833	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 252	1	1	7	41	254	413	10	1 525
Transferaufwand	51 342	–	2 363	16 568	1 499	222	11 496	11 273	7 922
Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 616	–	–	–	308	–	8 173	–	1 136
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 107	–	1	39	948	80	–	3	36
Beiträge an eigene Institutionen	3 051	–	–	92	26	–	–	2 525	408
Beiträge an Dritte	15 884	–	2 339	203	163	127	3 323	8 069	1 660
Beiträge an Sozialversicherungen	16 668	–	–	16 199	–	–	–	469	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 621	–	–	35	55	15	–	190	4 327
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	395	–	23	–	–	–	–	16	355
Finanzaufwand	2 041	–	–	–	–	0	2 039	–	2
Zinsaufwand	1 941	–	–	–	–	0	1 939	–	2
Übriger Finanzaufwand	100	–	–	–	–	–	100	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	1	–	–	–	–	–	1	–	–

C05 Ertrag und Aufwand nach Departement 2014

Mio. CHF	Total Voranschlag 2014	B+G	EDA	EDI	EJPD	VBS	efd	WBF	UVEK
Ordentlicher Ertrag	66 137	22	47	109	469	173	64 798	332	188
Fiskalertrag	62 270	–	–	–	350	–	61 878	3	39
Direkte Bundessteuer	20 113	–	–	–	–	–	20 113	–	–
Verrechnungssteuer	4 837	–	–	–	–	–	4 837	–	–
Stempelabgaben	2 300	–	–	–	–	–	2 300	–	–
Mehrwertsteuer	22 960	–	–	–	–	–	22 960	–	–
Übrige Verbrauchssteuern	7 480	–	–	–	–	–	7 480	–	–
Verkehrsabgaben	2 273	–	–	–	–	–	2 273	–	–
Zölle	990	–	–	–	–	–	990	–	–
Verschiedener Fiskalertrag	1 317	–	–	–	350	–	925	3	39
Regalien und Konzessionen	840	–	–	–	–	–	609	209	23
Finanzertrag	1 149	–	–	1	0	0	1 121	26	1
Beteiligungsertrag	0	–	–	–	–	–	0	0	0
Zunahme von Equitywerten	864	–	–	–	–	–	864	–	–
Übriger Finanzertrag	284	–	–	1	0	0	257	26	1
Übriger Ertrag	1 863	22	47	108	119	173	1 174	95	126
Entgelte	1 326	20	46	102	103	104	789	80	83
Verschiedener Ertrag	537	2	0	6	16	68	386	15	43
Entnahme aus zweckgebundenen Fonds im Fremdkapital	15	–	–	–	–	–	15	–	–
Ordentlicher Aufwand	65 641	395	3 027	16 662	2 169	5 199	16 049	11 784	10 356
Eigenaufwand	13 202	395	750	579	682	4 965	2 664	542	2 626
Personalaufwand	5 482	325	561	358	401	1 696	1 388	363	391
Sach- und Betriebsaufwand	4 268	69	186	215	231	1 783	890	168	727
Rüstungsaufwand	1 226	–	–	–	–	1 226	–	–	–
Abschreibungen auf Sachanlagen und immat. Anlagen	2 225	1	2	7	50	260	386	12	1 508
Transferaufwand	50 274	–	2 278	16 083	1 487	233	11 221	11 243	7 729
Anteile Dritter an Bundeserträgen	9 263	–	–	–	329	–	7 947	–	986
Entschädigungen an Gemeinwesen	1 106	–	–	38	952	79	–	3	35
Beiträge an eigene Institutionen	3 005	–	–	92	26	–	–	2 485	401
Beiträge an Dritte	15 681	–	2 257	210	135	140	3 274	8 018	1 647
Beiträge an Sozialversicherungen	16 170	–	–	15 712	–	–	–	458	–
Wertberichtigung Investitionsbeiträge	4 625	–	–	31	45	15	–	231	4 303
Wertberichtigung Darlehen und Beteiligungen	424	–	21	–	–	–	–	47	356
Finanzaufwand	2 099	–	–	–	–	0	2 098	–	2
Zinsaufwand	1 984	–	–	–	–	0	1 983	–	2
Übriger Finanzaufwand	115	–	–	–	–	–	115	–	–
Einlage in zweckgebundene Fonds im Fremdkapital	66	–	–	–	–	–	66	–	–

